

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



**Neue soziale Bewegungen
I: Theorie • Lateinamerika**

Impressum blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Alf Baier, Frank Ballot, Andreas Beil, Gerhard Braun, Wolf-Matthias Gall, Claudia Heid, Iris Harnischmacher, Volker Heise, Daniela Heuberger, Peter Hübner, Uwe Jungfer, Susanne Kaszinski, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Christel Opeker, Mariele Pelster, Gunhild Rauch, Angelika Rees, Bernd Riegraf, Scott Roulter, Peter Schmidt, Alexander Spemann, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:

Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.

Druck und Satz:

SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:

prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641) 77053

Copyright bei der Redaktion und den Autoren.

Vervielfältigungen für Unterrichtszwecke erlaubt und erwünscht.

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).

ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich

Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)

Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)

übriges europäisches Ausland:

DM 45,- (bzw. 35,-)

Luftpostabonnements:

Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)

Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)

Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):

Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755

Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047

Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 141:

21. April 1987

Anzeigenschluß für Nr. 141:

28. April 1987

Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhaltsverzeichnis

Editorial	Seite 3
Der Irak im Golfkrieg	Seite 4
Interview mit einem iranischen Asylbewerber ..	Seite 12
Fordismus und neue soziale Bewegungen	Seite 16
Fordismus und die ‚Dritte Welt‘	Seite 24
Vamos Mujeres:	
Zur Frauenbewegung in Chile heute	Seite 28
Brasilien: Stadtteilmobegung	Seite 36
Landlosenbewegung	Seite 40
Straßenkinder	Seite 44
Rezension:	
Bauernbewegung in Bolivien	Seite 51
Strahlende Exporte	Seite 54
Spendenaufwurf	Seite 55
Kurz belichtet	Seite 56
Neuerscheinungen, Zeitschriftenschau	
Tagungshinweise	Seite 58

Hans Klein, „unser“ neuer Entwicklungsminister im Originalton:

Zu Nicaragua:

„...solange die Sandinisten die Demokratie nicht nur unterdrücken, sondern systematisch abbauen, wäre es falsch, diesen Prozeß auch noch zu finanzieren.“

Zu Südafrika:

„Sanktionen fordern, mag vielleicht das eigene Gewissen beruhigen... Aber wer eine solche Politik zu Ende denkt, konsequent zu Ende denkt, der muß erkennen, daß alle Aufstandsbewegungen gegen die Apartheid angeheizt werden durch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage.“

Aus: Die Welt, 14. 3. 87



Ende der 70er Jahre wurde begonnen, Basisbewegungen in der „3. Welt“, die sich gegen die verstärkte Ausbeutung von Mensch und Natur wehren, mit dem Begriff „Neue Soziale Bewegungen“ zu belegen.

Es handelt sich dabei um die Übertragung eines Begriffs, der für die Industrieländer geprägt worden war, auf Bewegungen in der „3. Welt“. Neben Öko-, Friedens-, Frauen-, Selbsthilfe- und Stadtteilgruppen werden auch fundamentalistische islamische Bewegungen dazugezählt.

In den bisherigen Diskussionen stehen die Beschreibungen und Aufzählungen verschiedener Gruppen und Projekte im Vordergrund. Da die Kriterien, nach denen Gruppen zu den „NSB“ gezählt werden, unklar sind, erscheint oftmals die Auswahl der dargestellten Projekte beliebig.

Weitgehend unterblieb die Reflexion der Entstehung der „NSB“ in der BRD und die Auseinandersetzung mit den Grundbedingungen der Entstehung in der „3. Welt“ (außer z.B. F. Schmidt, Südostasien-Info 3/86). Dadurch ist ein Vergleich zwischen den „NSB“, ebenso wenig möglich wie eine Einschätzung der Bedeutung und Chancen.

Schon die Übertragung des Begriffs auf Phänomene in der „3. Welt“ ist problematisch. Sie legt eine voreilige Gleichsetzung der Bewegungen nahe. Davon abgesehen ist der Begriff „NSB“ selbst für die BRD nicht klar definiert. Es entstehen ähnliche Schwierigkeiten der Unschärfe wie z.B. bei der Beurteilung der „Alternativen“ in der BRD oder den Befreiungsbewegungen in der „3. Welt“.

Grundlage zur Beurteilung des Phänomens „NSB“ muß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes sein, auf deren Hintergrund die „NSB“ entstehen. Da der Begriff ursprünglich an die Verhältnisse in den Industrieländern anknüpft, sollen in diesem Heft zuerst die Bedingungen in

der BRD analysiert werden, was wir mit dem Artikel von Roland Roth versuchen.

Das Fordismus-Konzept, das von R. Roth dargestellt wird, stellt eine erweiterte Sichtweise ökonomischer und politischer Entwicklung dar. Es beschreibt die jüngere geschichtliche Entwicklung der BRD, Krisen und kapitalistische Auswege aus diesen Krisen, ohne das Terrain einer materialistischen Sichtweise zu verlassen. Das Entstehen von „NSB“ in der BRD bettet Roth in dieses Modell ein.

Kapitalistische Fortentwicklung hier, muß auf die Länder der „3. Welt“ Einfluß haben: Einbindung in den Weltmarkt, Internationalisierung der Produktion und Produktionsweisen, Formen der Reproduktion wie auch der Export der daraus entstehenden Zwänge und Zerstörungen (Ökologie, Landflucht, etc.) spielen eine Rolle. Um diese Auswirkungen darzustellen, haben wir den Artikel „Fordismus“ und „3. Welt“ von Thomas Hurtienne abgedruckt. Er versucht, auf dem Hintergrund des von Roth dargestellten Fordismus-Konzepts die Einbeziehung der „3. Welt“ in den Weltmarkt zu beschreiben (vgl. Peripherie 22/23). Seine Analyse bezieht sich auf die Auswirkungen neuer Formen der Kapitalakkumulation und der Tendenzen zur Internationalisierung, die völlig unterschiedlich sind, je nachdem, auf welche bestehenden Strukturen in der „3. Welt“ sie stoßen.

Von daher kann es auch keine allgemeingültige Beschreibung von „NSB“ in der „3. Welt“ geben. Vielmehr müssen die einzelnen Länder unter ihren jeweiligen Spezifika im Hinblick auf die Entstehung von „NSB“ gesehen werden.

Die Modelle von Roth und Hurtienne sind unserer Meinung nach fundierte Ansätze, sich der Diskussion zu stellen. Sie bieten Kriterien an, um das Phänomen begrifflich und inhaltlich zu fassen.

Problematisch bleibt weiterhin die Kennzeichnung der „NSB“ als

qualitativ neu. Alle Versuche, das Neue zu bestimmen, stellten sich in unserer Diskussion als kritisch heraus.

Nach wie vor bleibt auch die Frage offen, wie die „NSB“ in der „3. Welt“ letztlich positiv definiert werden können. Es bleibt die Aufgabe, eine getrennte Analyse für jedes einzelne Land zu leisten.

So war es auch im Verlauf der Diskussion lediglich möglich, Negativ-Bestimmungen für „NSB“ festzulegen.

Für die Auswahl der im Heft dargestellten Bewegungen legten wir folgende Kriterien fest:

- keine „alte soziale Bewegung“ im Sinne von Parteien und Gewerkschaften (Gewerkschaften im traditionellen Sinne)
- keine theoretisch bestimmten Inhalte und Ziele, sondern Ansätze in konkreten, alltagsnahen Bereichen wie Sicherungen der Ernährung, Alphabetisierung, Ökologie, Rechtsbeihilfe, etc., ausgelöst durch direkte Betroffenheit; es besteht der Anspruch von Basisdemokratie.
- keine karitativen Projekte.

In der Praxis zeigen sich deutliche Widersprüche zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Zur Hervorhebung dieser Diskrepanzen bringen wir mehrere Interviews mit in bestimmten Projekten aktiven Personen. Der Schwerpunkt liegt in diesem Heft auf Lateinamerika, im speziellen auf Brasilien und Chile. Dabei versuchten wir auch, ökonomische und politische Bedingungen als Hintergrund für die „NSB“ darzustellen. Die letzte Entscheidung zur Einschätzung der „NSB“ müssen wir beim jetzigen Stand der Diskussion dem/der Leser/in überlassen. Schreibt uns Eure Meinung!

Auf die „NSB“ in Südostasien und über die Rolle der Frauen im speziellen werden wir im nächsten Heft eingehen. Über Afrika und den Nahen Osten sind bisher leider keine Beiträge eingegangen. Wir würden uns über Hinweise und Informationen freuen.

Der Irak im Golfkrieg

Der Krieg zwischen dem Irak und dem Iran ist nun in seinem siebten Jahr und gehört damit zu den längsten Kriegen der modernen Geschichte. Fast eine Million Tote und Verletzte sind auf beiden Seiten zu beklagen. Neben der wichtigen Frage, warum der Krieg trotz der zahlreichen erfolglosen iranischen Offensiven vom Iran fortgesetzt wird, wird oft die Frage nach den Hintergründen des irakischen Angriffs gegen den Iran und damit des Kriegsausbruchs gestellt.

Das Baath-Regime im Irak gab als Rechtfertigung für seinen Angriff gegen den Iran vier Gründe an, nämlich „die Unterbindung der Einmischung des Iran in die inneren Angelegenheiten des Irak, die Herstellung der Souveränität des Irak über die Gewässer von Schatt al-Arab, die Rückgewinnung der drei Inseln Großer Tumb, Kleiner Tumb und Abu-Musa im Golf und die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes für die arabische Minorität im Iran.“

In Wirklichkeit sind diese Gründe vorgeschoben bzw. sekundär. Die wahren Gründe sind in der damaligen realen oder vermeintlichen Bedrohung des Baath-Regimes durch die politische religiöse Bewegung im Irak zu suchen. Ein Angriff gegen den Iran sollte zum Sturz der Revolutionsregierung führen und dadurch die innere Gefahr beseitigen. Den „günstigen außenpolitischen Rahmen“ dafür bildeten die Schwächung des iranischen Staates durch die Wirren der Revolution und die Unterstützungsversprechungen seitens der konservativen arabischen Staaten. Ein willkommenes Nebenprodukt wäre die Realisierung der außenpolitischen Ambitionen des Baath-Regimes und vor allem seines Präsidenten Saddam Hussein gewesen, nämlich einen größeren Einfluß in der Golfregion und in der arabischen Welt zu erhalten.

Die Erstarkung der religiösen Bewegung im Irak Ende der siebziger Jahre ist ohne Zweifel im Rahmen der Renaissance des Islam zu sehen. Historische, sozioökonomische und politische Bedingungen sowie die Nachbarschaft zum Iran gaben aber der religiösen Bewegung eine oppositionelle, schiitische Ausrichtung. Dies Faktoren sollen im folgenden kurz beleuchtet werden.

Politische und sozioökonomische Lage des Irak

Soziale und politische Auseinandersetzungen nahmen im Irak seit seiner Islamisierung im 7. Jahrhundert oft die Form ei-

nes konfessionellen Konfliktes zwischen Schiiten und Sunniten an, die beiden Hauptrichtungen im Islam. Die Schiiten, die heute etwa 55 % der irakischen Bevölkerung ausmachen, standen meistens auf der Schattenseite der Macht. In der Geschichte des Irak war nicht selten zu beobachten, daß die Unterdrückten im Schiitentum den Weg ihrer Befreiung suchten.

Im Osmanischen Reich, dessen Staatsreligion sunnitisch war und das seit dem 16. Jahrhundert den Irak beherrschte, waren die Schiiten faktisch vom Staatsdienst und Offizierskorps ausgeschlossen. Diese lebten im überwiegend ländlichen Süden des Irak und zum Teil in Bagdad. Dagegen dominierten die Sunniten in den größeren Städten.

Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches und der Ausrufung der Monarchie im Jahre 1921 unter britischem Mandat besetzten die ehemaligen Beamten und Offiziere des Osmanischen Reiches die wichtigsten Positionen im neuen irakischen Staat. Nun gab es zwar keinen offiziellen Ausschluß der Schiiten vom Machtapparat mehr, aber die ehemaligen osmanischen Beamten und Offiziere wollten ihre Vormachtstellung nicht zugunsten der Schiiten aufgeben. Auch war der Druck von Seiten der Schiiten, in den Staatsapparat zu gelangen nicht sehr stark, teils lag es an Mangel an Bildung

und Ausbildung sowie an ihren Engagement im Handel und im Handwerk, teils an ihrer religiös motivierten Abneigung gegen den „illegalen“ Staat. Trotz der Dominanz der Sunniten im Machtapparat suchte sich die Monarchie Verbündete bei den schiitischen Großgrundbesitzern aus dem Südirak, deren Macht auf Kosten der landlosen Bauern gestärkt wurde.

Die Ausbeutung der landlosen Bauern und die Abhängigkeit von Großbritannien führten zum Widerstand sowohl seitens der Bauern als auch der städtischen Bevölkerung gegen die Monarchie. In diesem politischen Rahmen und begünstigt durch den Zuwachs der städtischen Bevölkerung entstanden die ersten Massenparteien. Unter diesen spielten die Baath-Partei und die Kommunistische Partei des Irak (KPI) eine wichtige Rolle im modernen Irak.

Die Baath-Partei wurde als eine panarabische, kleinbürgerliche Bewegung mit einem stark antikolonialistischen und antiimperialistischen Akzent Anfang der vierziger Jahre in Syrien gegründet. Ein irakischer Zweig der Baath-Partei entstand Anfang der fünfziger Jahre. Mit ihrem nationalistischen Programm mit unklaren sozialen Forderungen konnte sie eher einen Teil der kleinbürgerlichen, städtischen Bevölkerung für sich gewinnen, wo schon Anfang dieses Jahrhun-



derts die Gedanken des arabischen Nationalismus entstanden sind. Dieser Bevölkerungsteil war aber von den Sunniten dominiert. In Folge dessen waren die arabischen Sunniten in der Baath-Partei von vorneherein leicht überrepräsentiert.

In diesem Zeitraum etablierte sich die KPI, die 1934 gegründet wurde und die durch ihre antiimperialistische und soziale Programm die breite Masse der armen Bevölkerungsschichten und Teile der diskriminierten Minderheiten hinter sich brachte, zur stärksten oppositionellen Kraft. Vor allem in den von Migranten bewohnten Vorstädten, wie al-thawra bei Bagdad, aber auch in den drei heiligen Städten der Schiiten, Nejef, Korbala und Khadimia, und in der vorwiegend von Schiiten bewohnten Hafenstadt Basra konnten die Kommunisten Fuß fassen.

Der revolutionäre Militärputsch von 1958 führte zu einer grundsätzlich neuen Situation im Irak. Die Monarchie wurde gestürzt, die Großgrundbesitzer zum wesentlichen Teil enteignet. Die politischen Parteien konnten zeitweise öffentlich arbeiten. Die KPI stieg zur stärksten politischen Kraft im Land auf. Die Baath-Partei konnte aber dafür viele kleine und mittlere Offiziere für sich gewinnen und dadurch 1963 durch einen Militärputsch an die Macht kommen. Die Kommunisten wurden brutal verfolgt, viele Offiziere entlassen. Da die Baath-Partei sich überwiegend auf arabisch-sunnitische Offiziere in der Armee stützte, verringerte sich die Repräsentanz der Schiiten in der Armee noch weiter. Der Sturz der Baath-Herrschaft nach neun Monaten durch eine nasserfeindliche Offiziersgruppe, die ebenfalls arabisch-sunnitisch dominiert war, drängte noch einmal den Anteil der schiitischen Offiziere zurück.

Die Spaltung der Baath-Partei im Jahre 1964 führte zur Dominanz einer Offiziersgruppe aus der nördlich von Bagdad gelegenen Stadt Tikrit und damit der Sunniten in der Führung des Rechten Flügels, der 1969 zum zweiten Mal durch einen Militärputsch an die Macht gelangte. Diese brachten langsam ihre Klientel in führende Positionen der Armee und des Staatssicherheitsdienstes. Im Volksmund hieß die Regierung nun die „Tikriti-Clique“.

Bedrängt durch den bevorstehenden Aufstand der Kurden im irakischen Kurdistan ging die Baath-Partei ein Bündnis mit den Kommunisten ein. Dies brachte aber der KPI keine wirkliche Machtbeteiligung, dafür kostete es ihr die Sympathie vieler Anhänger. Als sich die Baath-Partei erstickt genug fühlte und eine Öffnung zum Westen und zu den konservativen arabischen Staaten bevorstand, kündigte sie das Bündnis mit der KPI 1978 einseitig auf. Es setzte dann eine Verfolgungswelle gegen die Kommunisten ein. Die Kader der KPI mußten ins Ausland oder nach Kurdistan flüchten bzw. kamen ins Gefängnis. Diese Verfolgung führte zu einer erheblichen Schwächung der KPI, die auf

diesen Schlag nicht vorbereitet gewesen war.

Neben der Ausschaltung ihrer politischen Gegner hat die Baath-Partei die günstige wirtschaftliche Entwicklung ausgenutzt, um sich zu konsolidieren.

Zur wirtschaftlichen Entwicklung

Eine entscheidende Rolle im wirtschaftlichen Leben des Irak spielt das Erdöl seit 1952, als die irakische Regierung mit den westlichen Erdölgesellschaften die gleichmäßige Teilung des Gewinns vereinbarte. Der Anteil der Erdöleinnahmen am Staatshaushalt stiegen von ca. 60 % im Jahre 1960 auf über 90 % heute. Die während der dreißiger und vierziger Jahre wegen der Ausbeutung durch die Großgrundbesitzer einsetzende Migration, vor allem aus dem Südirak, in die Großstädte wurde nun durch Aufbauprojekte in den Städten erheblich verstärkt.

1973 war ein entscheidendes Jahr in der Wirtschaftsgeschichte des modernen Irak. Durch die „erste Erdölkrise“ verdreifachten sich die Erdöleinnahmen. Viele Aufbauprojekte, aber auch viele sinnlose Prestige-Projekte wurden in Angriff genommen. Die Landflucht wurde dadurch noch mehr verstärkt. Der Anteil der städtischen Bevölkerung stieg auf über 65 %. Dies führte zu einer Stagnation und teilweisen Rückgang der Landwirtschaft. Die „zweite Erdölkrise“ verstärkte diese Tendenz noch weiter.

Diese wirtschaftliche Entwicklung führte zur Entstehung einer neuen Schicht von reichen Bauunternehmern, Bodenspekulanten und „Geschäftsvermittlern“, die eng mit der Staatsbürokratie und der Führung der Baath-Partei verbunden ist. Da aber die Großindustrie, einschließlich der Erdölförderung, in staatlicher Hand liegt, und der Großgrundbesitz in der Landwirtschaft abgeschafft wurde, blieb die neue „Geldaristokratie“ ein Anhängsel der Staatsbürokratie und kann nur über diese Macht ausüben. Durch die Verfügungsgewalt über die wichtigsten Produktionsmittel ist die Staatsbürokratie voll im

Besitz der wirtschaftlichen und politischen Macht. Begünstigt wird dies durch das hierfür zugeschnittene politische System. Die Staatsbürokratie nimmt sich viele Privilegien materieller und machtpolitischer Natur heraus. Dabei nimmt sie immer mehr Züge einer herrschenden Klasse an.

Realität der Macht

Die wirkliche Macht wird im Irak vom 1968 gebildeten „Oberkommando der Revolution“ (OK) ausgeübt, das von den putschenden Baath-Offizieren und einigen Führungskräften der Baath-Partei gebildet wurde. Die Anzahl der OK-Mitglieder und seine Zusammensetzung haben sich inzwischen mehrmals geändert. Die vom OK 1970 verfaßte „vorläufige Verfassung“, die mit einigen kleinen Änderungen bis heute gültig ist, legt die Machtbefugnisse des OK wie folgt fest:

- Das OK ist das höchste Gremium im Staat (§ 37).
- Der Vorsitzende des OK ist automatisch der Präsident der Republik (§ 38).
- Das OK nimmt mit 2/3-Mehrheit neue Mitglieder auf, die auch Mitglieder in der obersten Führung der Baath-Partei im Irak sein müssen (§ 38).
- Der Vorsitzende des OK und sein Stellvertreter besitzen eine totale Immunität, die nur vom OK aufgehoben werden kann (§ 40).
- Alle Verordnungen des OK besitzen Gesetzeskraft (§ 42).
- Das OK kontrolliert die Arbeit der Minister (§ 44).
- Der Vorsitzende des OK und Präsident der Republik ist gleichzeitig Oberbefehlshaber der Armee und Repräsentant der Exekutive (§ 56).
- Der Vorsitzende des OK ernennt und entläßt die Minister und Richter (§ 56).

Das erst seit 1980 bestehende Parlament wird formal vom Volk gewählt, seine Befugnisse sind jedoch stark eingeschränkt. Es kann von sich aus keine Gesetzesvorschläge in militärischen sowie finanz- und staatsicherheitspolitischen Angelegenheiten unterbreiten (§ 53). Praktisch kann



Saddam Hussein bittet, in die Partei einzutreten

gegen den Willen des OK kein Gesetz erlassen, und keine Gesetzesvorlage des OK wesentlich verändert werden.

Das Verhältnis des Staates zur Baath-Partei wird weiter durch das „Gesetz der führenden Partei“, Nr. 142 von 1974 geregelt, nach dem das politische Kommuniqué des für die Baath-Führung entscheidenden 8. Parteitages als „Programm und Arbeitsanleitung“ für die Minister und alle Dienststellen im Staat vorgeschrieben wurde.

Die verfaßte Diktatur der Baath-Partei läßt die Existenz anderer politische Gruppen nicht zu und schon gar nicht ihre Machtbeteiligung. Die Parlamentswahlen sind eine Farce. Die Unterdrückung und Verfolgung der oppositionellen Gruppen ist auf der Tagesordnung (s. die Jahresberichte von Amnesty International).

Die Demokratie wurde auch innerhalb der Baath-Partei vor längerer Zeit abgeschafft, die sich immer mehr zu einem Instrument in den Händen einer kleinen Clique verwandelte. Saddam Hussein, obwohl selber Zivilist, war seit dem Militärputsch von 1969, gestützt auf den damaligen Präsidenten und höchsten Baath-Offizier al-Baker, der starke Mann des Machtapparates. Es gelang ihm immer wieder, sich seiner politischen Konkurrenten in der Baath-Partei zu entledigen. Sie wurden hingerichtet, ermordet oder auf unbedeutende Botschafterposten abgeschoben. Die Armee machte er langsam zur „ideologischen Armee“, indem er Kader der Baath-Partei nach 6- bis 24-monatigen Lehrgängen zu Offizieren ernannte. Diese verdrängten immer mehr die Berufsoffiziere von den wichtigsten Führungspositionen in der Armee. Nachdem er al-Baker als Präsident ablöste, verwandelte er den Irak in eine Ein-Mann-Diktatur. Dabei stützt er sich nur noch auf Verwandte, Jugendfreunde und ehemalige Genossen der Untergrundarbeit. Das Mißtrauen regiert innerhalb der Baath-Partei, deren Mitgliederzahl (einschließlich der organisierten Sympathisanten) von 2000 im Jahre 1968 auf über eine Million heute stieg. Die Motivation für den Parteieintritt der neuen Mitglieder ist mehr als zweifelhaft. Die Führung der Baath-Partei fürchtet die „unzuverlässigen Opportunisten“, aber auch die Infiltration durch andere politische Gruppen. Dies zeigen die Änderungen des § 200 des Baghdader Strafgesetzbuches aus den Jahren 1974, 1976 und 1978, die die Todesstrafe für diejenigen vorsehen, die Mitglieder der Baath-Partei geworden sind und gleichzeitig einer anderen politischen Organisation angehören, die eine frühere Mitgliedschaft in einer anderen politischen Organisation verschweigen oder nach Austritt aus der Baath-Partei in eine andere politische Organisation eintreten.

Dieser offenen Diktatur gelang es zwar jede oppositionelle Stimme zum Schweigen zu bringen, nur war damit die Unzufriedenheit weiter Teile der Bevölkerung nicht beseitigt. Dies auf der einen Seite

und das politische Vakuum auf der anderen Seite gaben der politischen religiösen Opposition die größte Chance ihrer Geschichte.

Die politisch-religiöse Bewegung im Irak

Die religiöse sunnitische Bewegung erlangte im modernen Irak zu keinem Zeitpunkt eine größere politische Bedeutung. Dagegen spielte die schiitische Geistlichkeit bzw. die politische schiitische Bewegung in bestimmten Zeitabschnitten eine wichtige Rolle. In der Revolution von 1920 gegen die britischen Kolonialisten, an der fast alle Schichten und Bevölkerungsgruppen des Irak teilgenommen hatten, mobilisierte die schiitische Geistlichkeit die Bevölkerung im Süden des Irak. Während der Monarchie stellte sich ein Teil der schiitischen Geistlichkeit gegen

die offene Kollaboration der Monarchie mit der Mandatmacht Großbritannien. Bekannte Geistliche wie Mehdi al-Khalisi wurden verbannt. Es gab aber keine politische Organisation bzw. ideologische Ausrichtung mit dem Ziel der Gründung eines islamischen Staats.

Die erste politische schiitische Gruppierung, al-Hizb al-Fatimi (Fatimiden-Partei), trat Mitte der sechziger Jahre in Erscheinung. Sie spielte keine wichtige Rolle und verschwand nach ein paar Jahren völlig. Ende der sechziger Jahre wurde Hizb al-Da'wah al-Islamiya (Partei des Islamischen Aufrufs) gegründet, die hier kurz „al-Da'wah“ genannt wird. Zwei Gründe sind für das Auftreten von politischen schiitischen Organisationen zu damaligem Zeitpunkt maßgeblich. Erstens sah die schiitische Geistlichkeit durch die Erstarkung der Kommunisten ihren Einfluß in ihrer Gemeinde bedroht, und zweitens löste die offene antischiitische Hal-



Wasserrad am Euphrat

tung des damaligen Präsidenten Abdulsalam Aref (1963-1966), deren Ausdruck eine zunehmende Überrepräsentation der Sunniten im Staatsapparat war, Verbitterung bei den Schiiten aus.

Mehrere Jahre blieb al-Da'wah ohne große politische Bedeutung. Die politische Landschaft im Irak war beherrscht von den nationalarabischen Gruppen, wie der Baath-Partei, den nationalkurdischen Gruppen und den Kommunisten. Es schien so, als ob es keinen Platz für andere politische Gruppen geben könnte. Entscheidende ökonomische und politische Veränderungen schafften innerhalb von wenigen Jahren aber den Boden für eine gewaltige Stärkung der politischen religiösen Bewegung:

1) Die KPI war durch ihre Bündnispolitik mit der Baath-Partei sowie der Verfolgungswelle von 1978 geschwächt und unglaubwürdig geworden. Ihr Massenpotential war nun das Ziel politischer Agitation seitens der politischen religiösen Bewegung. Tatsächlich konnte die religiöse Bewegung in den oben genannten ehemaligen Hochburgen der KPI die meisten ihrer Anhänger gewinnen.

2) Die politische Unterdrückung seitens des Baath-Regimes nahm Anfang der siebziger Jahre enorm zu. Zwei Stoßrichtungen waren dabei zu beobachten. Erstens wurden die oppositionellen Gruppen brutal verfolgt bzw. die politische Betätigung ihrer Bündnispartner eingeschränkt. Zweitens wollte die Baath-Partei, nach faschistischem Muster, die gesamte Bevölkerung in von ihr kontrollierte Massenorganisationen, wie Studenten-, Jugend-, Arbeiter-, Berufsverbände usw. eingliedern. Wer sich weigerte, wurde bedroht und galt als illoyal. Viele verloren deswegen ihre Arbeit. Wer eine wichtige Position innehatte, mußte Mitglied in der Baath-Partei werden. Viele Menschen traten in die Baath-Partei bzw. in ihre Massenorganisationen ein, um sich zu schützen, bzw. um ihre privaten Interessen oder ihre Karriere zu fördern.

3) In großen Teilen der irakischen Gesellschaft entstand das Gefühl, daß die traditionellen politischen Kräfte versagt hatten. Die demütigende Niederlage im 6-Tage-Krieg gegen Israel von 1967 wurde als Ausdruck für das Versagen der arabischen nationalen Bewegung empfunden, die antrat, um „die arabische Heimat zu befreien“. In Wirklichkeit haben die nationalen Regierungen nur die Befreiung ihres jeweilig eigenen Volkes bekämpft. Dies und die oben erläuterte Niederlage der Kommunisten ließ eine politische Lücke entstehen.

4) Ein Gefühl der Bedrohung der kulturellen Identität machte sich in allen islamischen Ländern breit. Die Überschwemmung der Märkte dieser Länder mit Konsumwaren, der Kulturimperialismus durch Film, Fernsehen, Video, Musik, Literatur usw. und die Änderung der sozio-ökonomischen Situation führten zum Ver-





Iraner auf iranischem Soldatenfriedhof

lust traditioneller Werte und Sicherheiten im Rahmen der Familien, Clan-, Stammes- und Dorfgemeinschaftsbindungen. Vor allem bei den Migranten in den Städten, die heute die Mehrheit der Großstädter ausmachen, ist diese Entwurzelung zu beobachten. In den erdölexportierenden Ländern macht sich das durch die rasche „Entwicklung“ noch mehr bemerkbar. Die Menschen suchen Halt in den ihnen vertrauten Werten wie der Religion.

1975 spaltete sich Munazamat al-Amel al-Islami (Organisation des Islamischen Wirkens) von al-Da'wah ab. Diese beiden Organisationen bilden heute den Kern der politischen religiösen Bewegung. Bis zur iranischen Revolution traten sie nur wenig in Erscheinung. Zwei große Demonstrationen gegen die Baath-Regierung in den Jahren 1974 und 1977, die während der schiitischen Prozessionen stattfanden, sollen von ihnen initiiert worden sein.

Auf der Woge der iranischen Revolution

Mit der Revolution im Iran war es gelungen, eine der schlimmsten Diktaturen durch das Volk zu stürzen. Dies erweckte große Hoffnungen beim irakischen Volk, sich selbst zu befreien. Die Tatsache, daß der Kampf des iranischen Volkes von der schiitischen Geistlichkeit geführt wurde,

gab der religiösen irakischen Opposition einen zusätzlichen Auftrieb. Die Welle der Sympathie für die iranische Revolution machte nicht einmal Halt vor den Millionen in der Baath-Partei und ihren Massenorganisationen. Viele der unteren Ränge haben sich im Geheimen mit der Revolution im Iran solidarisiert. Als Indiz dafür kann man den damals angeordneten Einzug der Waffen der Parteimitglieder in machen Orten des Südiraks ansehen. Die Differenzen über den richtigen Weg zur Überwindung der neuen Situation verstärkte den Machtkampf innerhalb der Baath-Partei. Im Juli 1979 wurde al-Baker durch Saddam Hussein abgelöst. Einen Monat später wurde ein angeblich von Mitgliedern der Baath-Partei geplanter Staatsstreich aufgedeckt. Einundzwanzig führende Mitglieder wurden hingerichtet.

Ein Teil der schiitischen Geistlichkeit stellte sich nun zum ersten Mal seit vielen Jahren offen gegen die Regierung. Mohammed Baqer al-Sadr, der zweithöchste schiitische Gelehrte im Irak, rief zum ersten Mal 1979 zum Generalstreik auf. Massiver Einsatz der Sicherheitskräfte verhinderte aber dessen Befolgung.

Die politische schiitische Bewegung sah nicht nur in der iranischen Revolution ihr Vorbild, sondern betrachtete den Iran als ihr Hinterland. Viele führende Kräfte und einfache Mitglieder gingen in den Iran, wo ihnen Unterstützung gewährt wurde. Aus-

bildungslager und Waffen sollen ihnen zur Verfügung gestellt worden sein.

Im Winter 1979/80 begannen die ersten bewaffneten Aktionen seitens der politischen schiitischen Bewegung gegen Zentren der Baath-Partei und des Staatssicherheitsdienstes sowie gegen Persönlichkeiten der Baath-Partei. Der Höhepunkt war ein gescheiterter Attentatsversuch gegen den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenminister Tariq Aziz Anfang April 1980. Die Baath-Partei sah sich der ernsthaftesten Herausforderung ihrer Herrschaft gegenüber. Zum ersten Mal mußten die führenden Kräfte der Baath-Partei um ihr Leben bangen. Mit der Treue der einfachen Mitglieder konnten sie nicht fest rechnen, während gleichzeitig die religiöse Bewegung breite Sympathien genoß. Viele oppositionelle Gruppen sahen die Aktionen gegen die Baath-Partei mit Genugtuung und liebäugelten mit einem breiten Bündnis aller Oppositionsgruppen nach dem Muster der iranischen Revolution, um Saddam Hussein zu stürzen.

Kurz nach dem Attentatsversuch gegen Tariq Aziz hielt Saddam Hussein eine dramatische Rede in Radio und Fernsehen und schwor Rache für das „irakische Blut“ (gemeint war das Blut einer zufällig beim Attentatsversuch getöteten Studentin) und warf dem Iran vor, hinter dem Attentatsversuch zu stehen. Am 19. April 1980

wurden Mohammed Baqer al-Sadr, seine Schwester Bint al-Huda und weitere schiitische Geistliche hingerichtet. Ein Gesetz wurde erlassen, das rückwirkend jedes Mitglied der politischen religiösen Bewegung mit dem Tod bedroht. Die Baath-Partei sah ihre Überlebenschance nur in der Liquidierung der politischen religiösen Bewegung, deren Wurzeln sie im Iran sah. In dieser Logik verfangen, glaubte sie, durch den Sturz der Revolutionsregierung im Iran ihre Herrschaft zu retten.

Die Konfrontation

Auch wenn innenpolitische Gründe für die Kriegsentscheidung maßgeblich waren, so spielten weitere Faktoren eine Rolle. Von Bedeutung waren ohne Zweifel die persönlichen Ambitionen Saddam Husseins und seines Regimes, die Nachfolge des Schahs als „Gendarm am Golf“ anzutreten und einflußreichster Führer der Araber zu werden. Früher hatte ihm der Schah im Wege gestanden, heute die Revolutionsregierung. Ein weiterer Faktor war das Bestreben, das 1975 aufgezwungene Abkommen von Algier zu annullieren und die Grenze zugunsten des Irak zu korrigieren. Die Hintergründe dieser Politik in der panarabischen Ideologie zu suchen, wäre nur bedingt richtig, da erstens das Baath-Regime zu damaliger Zeit in einer solchen Bedrängnis war, daß für die Verwirklichung von panarabischen Gedanken kaum Platz vorhanden war, und zweitens das Regime von Saddam Hussein, wie die meisten diktatorischen Regimes in der Dritten Welt, mehr darauf bedacht war, innenpolitisch seine Macht zu festigen als außenpolitische Ziele zu verfolgen. Die Außenpolitik ist somit oft eine Fortsetzung der Innenpolitik. Eine Okkupation des Ölreichen Khusistan (Arabistan) wäre außerdem weder vom Westen noch von einer iranischen Regierung hingenommen worden, was wahrscheinlich auch Saddam Hussein bewußt war. Denn dies hätte die Entstehung einer unzuverlässigen regionalen Großmacht mit Erdölreserven von über 14 Milliarden Tonnen und einer Förderkapazität von über 500 Millionen Tonnen bedeutet, die destabilisierend im Sinne der westlichen Interessen gewirkt hätte.

Die Lage verschärfte sich seit Sommer 1979 zunehmend. In den Medien beider Länder wurde jeweils die Gegenseite scharf angegriffen und für bewaffnete Aktionen verantwortlich gemacht. Viele Offiziere der ehemaligen kaiserlichen Armee befanden sich nun im Irak. Im Winter 1980 sollen es mehrere tausend gewesen sein. Die irakische Regierung begann die kurdischen Aufständischen im iranischen Kurdistan zu unterstützen. Beide Seiten versuchten damit, die Gegenseite durch Unterstützung der jeweiligen Opposition zu destabilisieren.

Die Entscheidung des Baath-Regimes den Iran anzugreifen, wurde wahrscheinlich im späten Frühjahr erwogen. Zur Vorbe-

reitung des Angriffskrieges können sowohl die geheimen Besuche des letzten Ministerpräsidenten des Schahs, Bachtiar, in Bagdad als auch der Besuch von Saddam Hussein und seinem Außenminister Tariq Aziz in den Ländern Saudi-Arabien, Nordjemen, Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten Ende August 1980 angesehen werden, wo sie mit den Staatsoberhäuptern und den Armeebefehlshabern konferiert haben.

Die irakische Regierung schätzte die Situation im Iran als günstig für einen militärischen Angriff ein. Der iranische Staat war durch die Wirren der Revolution geschwächt. Die Erdölproduktion, Haupteinnahmequelle des iranischen Staates, war auf einen Bruchteil des Standes von vor der Revolution gesunken. Ein wesentlicher Teil der Industrie war nicht funktionsfähig, die Armee existierte praktisch nicht mehr. Die meisten kaiserlichen Offiziere waren entlassen worden. Komplizierte Waffensysteme wurden nicht mehr gewartet. Hinzu kamen die Auseinandersetzungen innerhalb des Revolutionslagers und die Bedrohung durch die Anhänger des ehemaligen Schahs, die sich im Ausland zu sammeln und zu organisieren begannen. Außenpolitisch war der Iran isoliert. Die Beziehungen zum Westen und zu den prowestlichen Ländern des Nahen Ostens waren schlecht. Die Affäre der amerikanischen Geiseln war auf dem Höhepunkt. Zu den osteuropäischen Ländern war das Verhältnis ziemlich distanziert.

In seinen Kriegsüberlegungen wurde Saddam Hussein durch eine Reihe von Faktoren bestärkt. Die konservativen Golfstaaten und Jordanien versprachen ihm finanzielle, logistische und politische Unterstützung. Die Regierungen dieser Länder fürchteten wie der Westen die Ausstrahlung der iranischen Revolution und sahen sich dadurch gefährdet. Ein weiterer Faktor sind die falschen Informa-

tionen über den angeblich desolaten Zustand der Wirtschaft und der Armee im Iran, über angebliche Unzufriedenheit der Bevölkerung sowie über die angebliche Putschbereitschaft der Armee, die der irakischen Regierung zugespielt wurden. Quelle für diese Informationen waren nach vielen Presseberichten die monarchistische, iranische Opposition und die saudische Regierung, die vom amerikanischen Geheimdienst mit Nachrichten versorgt wurde. Zudem ist anzunehmen, daß die amerikanische Regierung Saddam Hussein über Saudi-Arabien grünes Licht für den Angriff gab.

Die Einnahme Teherans oder gar des ganzen Iran durch die irakische Armee war auf Grund der Größe des Landes sowie der militärischen und logistischen Möglichkeiten der irakischen Armee nicht diskutabel. So spekulierte Saddam Hussein darauf, durch empfindliche Niederlagen für die Iraner und die Besetzung der Erdölanlagen im Süden Irans, den Sturz des Revolutionsregimes herbeizuführen oder es mindestens so zu schwächen, daß es in jeder Hinsicht keine Gefahr mehr für ihn darstellen sollte. Ein Sieg gegen den Iran hätte die innenpolitische Lage im Irak in doppelter Hinsicht stabilisiert. Erstens hätte die religiöse Bewegung ihr Vorbild und Hinterland verloren. Zweitens hätte ein außenpolitischer Erfolg seine Stellung im Inland gefestigt. Darüber hinaus wäre er in der Lage gewesen, dem Iran eine Grenzkorrektur und die Anerkennung seiner Vormachtstellung aufzuzwingen.

Der Krieg beginnt

Am 22. September überschritten irakische Truppen die Grenze zum Iran. Propagandistisch versuchte das Baath-Regime, den Krieg als eine natürliche Folge der „Erbfeindschaft“ zwischen Persern und Arabern zu deuten. Der Krieg wurde als die „zweite Qadisia“ oder „Saddams Qadisia“ bezeichnet, nach der bekannten





Bau von Luftschutzbunkern in Teheran

Schlacht zwischen dem islamisch-arabischen Heer und dem Heer des Sassaniden-Königs im 7. Jahrhundert, die mit dem Sieg der moslimischen Araber das Ende des Sasaniden-Reiches herbeiführte.

Nach den anfänglichen, bescheidenen Siegen wurde die irakische Armee langsam vom iranischen Territorium zurückgedrängt. Schon jetzt machte sich die schlechte Kampfmoral der irakischen Soldaten bemerkbar. Die iranische Stadt Khorramshahr verteidigenden irakischen Truppen ergaben sich fast ohne Kampf. Dabei machten die Iraner auf einem Schlag fast 30.000 Kriegsgefangene.

Zurück auf ihrem Territorium wurde die irakische Armee seit 1982 in die Defensive gedrängt. Die irakische Propaganda spricht seitdem vom „Verteidigungskrieg gegen die iranischen Aggressoren“ und versucht dadurch das irakische Volk gegen die vorrückende iranische Armee zu mobilisieren. Mehrere Friedensangebote, die auf alle Anfangs gestellten Bedingungen verzichteten, gingen an die Adresse Irans. Ein Sieg der irakischen Seite war nicht mehr möglich, und eine Fortführung des Krieges könnte nicht nur eine militärische Niederlage bedeuten, sondern gefährdet auch die innere Front. Die iranische Regierung blieb aber hartnäckig bei ihrem Ziel, nämlich die „Beseitigung von Saddam Hussein“.

Auf der anderen Seite blieb aber auch der von der Revolutionsregierung im Iran erhoffte Aufstand des schiitischen Bevölkerungsteils aus. Die totale Überwachung und die Angst vor Repressalien spielen

ohne Zweifel eine wichtige Rolle. Es fehlt aber auch bei den überwiegend schiitischen Soldaten eine eindeutige Identität als Schiiten. Nationalirakische aber auch nationalarabische Gedanken und verschiedene politische Weltanschauungen überlappen die Bindung zum Schiitentum. Außerdem gelingt es der irakischen Regierung, den Iran für die Weiterführung des verhassten Krieges verantwortlich zu machen. Die schon lange vorhandene Kriegsmüdigkeit und die Friedenssehnsucht schlagen sich teilweise in Aggressionen gegen die iranische Seite um. Die Diktatur von Saddam Hussein und seine Schuld am Ausbruch des Krieges erscheinen dann als zweitrangig gegenüber der täglichen Bedrohung durch den Krieg. Dazu kommt die Furcht vor einer noch schlimmeren Situation nach einem eventuellen Sieg Irans, wie Bürgerkrieg mit der Gefahr des Zerfalls der staatlichen Einheit des Iraks und ausländische Intervention.

Die irakische Opposition ihrerseits ist kaum in der Lage, die Geschehnisse entscheidend zu beeinflussen. Ein Wirken am Sturz von Saddam Hussein erscheint bis heute als unwahrscheinlich. Sie ist zersplittert und geschwächt. Die kurdischen Aufständischen stehen in einem engen Bündnis mit dem Iran und koordinieren ihren Kampf im irakischen Kurdistan mit der iranischen Armee. Sie sind in zwei Hauptgruppen gespalten, die sich bis Ende des letzten Jahres blutig bekämpft haben und die nun unter iranischem Druck ihre Streitigkeiten beilegen wollen. Ihnen

gelingt es zwar immer wieder, die irakische Armee schmerzhaft zu treffen, sie sind aber kaum in der Lage, weit entfernt vom Zentrum der Macht, einen entscheidenden Beitrag zum Sturz von Saddam Hussein zu leisten.

Die politische schiitische Opposition, die vor Jahren als eine Bedrohung für das Baath-Regime erschien, verlor in den letzten Jahren erheblich an Einfluß. Eine Reihe von Faktoren sind dafür maßgeblich. Sie wurde wie keine andere oppositionelle Gruppe mit allen Mitteln der Unterdrückung verfolgt. Tausende ihrer Mitglieder und Sympathisanten wurden hingerichtet, sitzen in Gefängnissen oder mußten das Land verlassen. Eine Atmosphäre des Terrors, wie willkürliche Hinrichtungen, Deportationen ganzer Familien in den Iran, Sippenhaftung usw. erschweren ihre politischen und militärischen Aktivitäten. Ein weiterer Grund ist die totale Identifikation der politisch religiösen Bewegung mit dem Iran und seinem Regime, das überwiegend für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich gemacht wird. Dabei hat die anfänglich große Begeisterung für die iranische Revolution, nicht zuletzt wegen der innenpolitischen Situation im Iran, nachgelassen. Von Bedeutung ist auch ihre innere Zersplitterung. Die Bildung des „obersten Rates der islamischen Revolution im Irak“ in Teheran führte nicht zu einer inneren Festigung. Als weiterer Grund ihrer Schwächung ist zu erwähnen, daß sie, obwohl sie gesamtislamische Ziele anstrebt, nur vereinzelt sun-

nitische Moslems für sich gewinnen konnten. Sie blieb damit fast rein schiitisch.

Die KPI, die durch ihr Bedürfnis mit der Baath-Partei 1973 und die Verfolgungswelle von 1978 stark geschwächt wurde, besitzt heute nur noch einen geringen Einfluß im Inland. Die meisten ihrer Kader sind im Exil. Innere Streitigkeiten und die Spaltung in zwei sich bekämpfende Fraktionen haben zu einer weiteren Schwächung geführt. Andere politische, auch sich neu formierende Gruppen, haben eine geringere Bedeutung.

Alle Versuche, eine starke vereinigte Opposition zu schaffen, sind bis heute gescheitert. Dazu führten sowohl die innerkurdischen Widersprüche als auch die Widersprüche zwischen der religiösen und säkularen Opposition. Diese Widersprüche haben sich wieder zugespitzt und zuletzt an der Frage der Fortsetzung des Krieges manifestiert. Während die religiöse Bewegung und große Teile der kurdischen Nationalbewegung die Möglichkeit des Sturzes von Saddam Hussein nur in der Fortsetzung des Krieges sehen, sind andere Teile der Opposition der Ansicht, der Krieg sei gegen die Interessen des irakischen Volkes gerichtet und plädieren für seine Beendigung, auch „um bessere Bedingungen für den Kampf gegen Diktatur von Saddam Hussein zu schaffen“.

Das irakische Volk befindet sich heute in einem Dilemma zwischen der Diktatur von Saddam Hussein mit seiner Unterdrückung und seiner Verantwortung für den Ausbruch des Krieges einerseits und der mörderischen Fortsetzung des Krieges sowie der ungewissen Zukunft bei einem eventuellen iranischen Sieg auf der anderen Seite.

Ali Amer

**SANDINO
DRÖHNUNG**

KAFFEE

AUS NICARAGUA

OHNE

ZWISCHENHANDELSPROFITE

**INCL. 10 % SPENDE
ZUM SELBSTKOSTENPREIS
100 DM FÜR 10 x 1 PFUND**

**Vorfinanziert durch
ABO statt Bankenk... bei:**

**Bärlicher
Kaffee-Genossenschaft e. G.**
Crellestraße 22
1000 Berlin 62
☎ 030 / 781 40 18
DI 12-15 Uhr, DO 16-20 Uhr
INFOBLATT ANFORDERN!



WENN SCHON BANANEN

Der internationale Bananenmarkt

Ist seit jeher ein geradezu klassisches Beispiel für ungerechte Handelsstrukturen, politischen und wirtschaftlichen Kolonialismus und vieles mehr.

Drei US-Konzerne beherrschen 63 % des Weltmarktes: United Brands (Chiquita, Oncel Tuca), Standard Fruit (Dole) und Del Monte.

Auch an Nicaragua Bananen haben immer die Multis verdient, zuletzt Standard Fruit, die sich 1982 vertragsbrüchig von der Vermarktung zurückzog. Mit Hilfe einer kleineren US-Firma allerdings gelang es BANANIC, dem staatlichen Exportunternehmen, die Bananenproduktion weiterhin in den USA abzusetzen.

Seit Reagan's Handelsembargo vom Mai 1985 jedoch ist den nicaraguanischen Bananen der traditionelle Markt in Kalifornien verschlossen - Europa bleibt als einzige Alternative.

Die Nicaragua-Bananen sind gewzungenmaßen hier und sie haben es schwer, sich auf dem übersättigten, von den Konzernen beherrschten europäischen Markt durchzusetzen. Aber das Wesentliche ist:

sie sind in der Geschichte der zentralamerikanischen Bananenländer die ersten, die von einem Land selber produziert, auf den Markt gebracht und verkauft werden!



Nicaraguas Bananenproduktion

Ist im Vergleich zu anderen Ländern nicht sehr bedeutend. Dennoch brachte sie bis zum US-Embargo etwa 1/10 der so dringend benötigten Exporterlöse.

Heute verlassen etwa 100000 Kisten wöchentlich das Anbaugelände an der Pazifikküste zwischen Chinandega und Puerto Corinto. In den 15 Plantagen mit insgesamt nur 2700 ha Fläche sind gut 4.000 Menschen beschäftigt. Sie sind festangestellt und im Genuß aller in Nicaragua üblichen Sozialleistungen, wie kostenlose Gesundheitsversorgung, verbilligte Grundnahrungsmittel, Bereitstellung von Wohnungen, Schulunterricht für die Kinder usw. Solche Produktions- u. Arbeitsbedingungen sind noch längst keine Selbstverständlichkeit in anderen Bananenländern, wo häufig Plantagenarbeiter/innen nach ein paar Monaten ausgewechselt werden, etwa um gewerkschaftliche Organisation zu verhindern.

Wenn es noch einen weiteren Unterschied gibt, dann ist es das Bewußtsein der Menschen. Überall ist zu spüren, daß sie für ihre eigene und gemeinsame Sache arbeiten:

„Bisher waren die Bananen ein Symbol der Abhängigkeit und Unterdrückung, jetzt sind sie Symbol unserer Unabhängigkeit und Freiheit...“

DANN

AUS NICARAGUA

NICA-Bananen

kommen über den belgischen Generalimporteur AVM in den normalen Fruchtgroßhandel, d.h. sie können auch von jedem Obst- oder Lebensmittelgeschäft in der BRD verkauft werden; jedoch führen bisher nur wenige Läden regelmäßig NICA-Bananen. Eine ständige Nachfrage kann mithelfen, die Bananen im Handel unterzubringen und Nicaragua einen guten Erlös zu verschaffen.

Deshalb:

Achten Sie beim Kauf auf das NICA-Zeichen bzw. fragen Sie in den Geschäften immer wieder nach den NICA-Bananen!

Gefordert ist unsere Bereitschaft als Verbraucher, bewußt Bananen aus Nicaragua zu kaufen.

Weitere Informationen erhalten Sie gerne bei:

Hessisches Forum
entwicklungspolitischer
Aktionsgruppen (HEFO)

Petersiliengassen 1
6460 Gelnhausen

NEUERSCHEINUNG

FOOD FIRST COMICS

4,50

NICHT GENUG FOR ALLE?



HUNGER UND VERSCHWENDUNG
USA, PHILIPPINEN UND WIR



Sach-Comic zur Welternährung
44 S. broschiert
Preis DM 4,50

Bezug:

Gesellschaft für entwicklungs-
politische Bildung (GEB)
Postfach 5222, 7800 Freiburg

Unterrichtsmaterialien Dritte Welt



Lieferbare Titel:

Nr. 1 Nicaragua (überarbeitet 1985)
— Nr. 4 Zigeuner — Nr. 6 Welthandel
I — Nr. 7 Kolonialismus — Nr. 8/9
Welthandel II — Nr. 10 Bolivien
(überarbeitet 1985) — Nr. 11 Imperialismus — Nr. 12 Großtechnologie
— Nr. 13 Tourismus — Nr. 14 Modernisierung des Elends — Nr. 15/16
Waffenexport — Nr. 17 Politische
Flüchtlinge — Nr. 18 Türken in
Deutschland — Nr. 19/20 Israel in
Palästina — Nr. 21 Brasilianischer
Zucker

Loseblattsammlung

Einzelnummer ca. 32 S. A4-Format
— kopierfähig, Einzelpreis DM 6,-
zzgl. Porto
Doppelnummer = doppelter Umfang, Preis DM 12,-

**Sonderpreise bis 30. 5. 87
Frühjahrsaktion —
Wir räumen unser Lager!
5 Hefte nach freier Wahl
für nur DM 20,- (inkl. Porto)**

Iran

Ich will in Frieden — ohne Angst leben

Interview mit J., einem Asylbewerber, 29 Jahre alt. Seit Anfang August 1986 in der BRD (das Interview wurde auf Deutsch geführt).



*Unter den Augen der Mullahs:
Junge Iraner bei einer Soldatenversammlung*

Frage: Nach sechs Jahren Auslandsaufenthalt in der Schweiz und England bist Du 1980 in den Iran zurückgekehrt. Wo hast Du die letzten Jahre im Iran gelebt?

Antwort: Ich wohnte mit meinen Eltern, meinem Bruder und meiner Schwester im Süden Teherans. Als alleinstehender Mann habe ich keine Möglichkeit, mir eine eigene Wohnung zu nehmen. Die Vermieter im Iran haben Angst, Wohnungen an nicht verheiratete Männer zu vermieten, da diese ja Damenbesuch bekommen könnten. Falls die Revolutionswächter etwas davon erfahren, kann auch der Vermieter Schwierigkeiten bekommen. Außerdem haben sie Angst, daß man in den Wohnungen Bomben bastelt.

Frage: Wo hast Du gearbeitet?

Antwort: Ich arbeitete als stellvertretender Verkaufsleiter bei einer Konsumgenossenschaft (Central Union of Consumers' Cooperative for Iranian Workers). Ich verdiente 8.000 Tomans brutto im Monat (nach offiziellem Wechselkurs ca. DM 2.000,-). Das waren ca. 6.800 Tomans netto, also mehr als dreimal soviel wie ein Arbeiter verdient. Ich hatte eine wöchentliche Arbeitszeit von 44 Stunden (Donnerstag und Freitag waren frei) und 18 Tage Jahresurlaub.

Die Konsumgenossenschaft hat landesweit rd. 360 Beschäftigte, in unserer Filiale waren es 115; davon nur drei Frauen. Früher gab es 12 weibliche Beschäftigte,

aber neun von ihnen waren wegen Verstöße gegen Kleidungs Vorschriften entlassen worden. Nach meiner Ausreise soll noch eine der Frauen entlassen worden sein. Es ist sehr schlimm für sie, da sie alleinstehend ist, keine Eltern mehr hat und sie für eine jüngere Schwester sorgen muß. Sie hat praktisch keine Chance, eine Arbeit zu finden.

Antwort: Ich saß in einem Raum mit neun Angestellten, die alle männlich waren. Sieben von ihnen waren Regierungsgegner, zwei Heszbollahs, also Regierungsanhänger, die gleichzeitig als Spitzel eingesetzt waren.

Frage: Wie war die Situation am Arbeitsplatz?

So konnten wir Regierungsgegner uns nur sehr vorsichtig und leise unterhalten. Ich hatte immer Angst, daß jemand uns belauscht. Neulich habe ich im deutschen Fernsehen den Film „Das siebte Kreuz“ gesehen — es war wie im Iran: immer Angst haben.

Es war bekannt, daß ich kein Regierungsanhänger bin. Ich habe auch keinen Bart getragen und wenn ich mich rasiert hatte, wurde ich mißbilligend angeschaut. Wenn die Heszhollahs die Regierung lobten, habe ich geschwiegen. Etwas gegen Khomeini zu sagen, bedeutet auch etwas gegen Gott zu sagen und dies kann das Leben kosten.

In den Betrieben gibt es Vertreter der sogenannten „Islamischen Union“, deren

Aufgabe u.a. das Verteilen und Aufhängen von Postern und Koransprüchen, die Vorbereitung der täglichen Gebetsstunden im Betrieb wie auch das Vorbeten ist. Sie werden auch als Chauffeure für die Mullahs und natürlich auch als Spitzel eingesetzt. Bekommt die „Islamische Union“ Informationen über irgendeinen Angestellten, so wird diese Information an die Revolutionswächter weitergegeben. In unserem Betrieb gab es sechs Leute von der „Islamischen Union“. Mir sind aus unserem Betrieb 3 oder 4 Fälle bekannt, daß Leute wegen ihrer oppositionellen Haltung entlassen worden sind.

Frage: Sonst ist ihnen nichts passiert?

Antwort: Nein, sie haben aber das Entlassungsgeld, das normalerweise den Entlassenen bezahlt wird, nicht bekommen.

Frage: Wieviel ist das?

Antwort: Ein Monatsgehalt pro Beschäftigungsjahr.

Antwort: Wird das auch den Arbeitern in der Fabrik gezahlt?

Antwort: Ja.

Frage: Hattest Du persönlich Schwierigkeiten am Arbeitsplatz?

Antwort: Ich hatte ständig große Angst, daß jemand mich denunziert wegen eines Wortes oder eine Bemerkung. Zum Beispiel nannten wir die Toilette „Imams Büro“, was man natürlich nicht laut sagen konnte. Wir Regierungsgegner haben auch politische Witze erzählt, wenn wir sicher sein konnten, daß keine Spitzel anwesend waren.

Einmal bin ich jedoch von jemand verurteilt worden, als ich Witze über Khomeini erzählt hatte. Ich wurde von den Vertretern der Islamischen Union verhört, aber ich habe natürlich alles geleugnet.

Frage: Und sie haben Dir geglaubt? War die Sache damit erledigt?

Antwort: Sie glaubten mir, weil ich beim Verhör nach der Person fragte, die erzählt hatte, ich hätte Witze erzählt. Aber natürlich haben sie nicht den Namen des Spitzels preisgegeben.

Vor ca. einem Jahr hatte ich größere Schwierigkeiten. Bei uns gibt es in jedem Büro mindestens ein Bild von Khomeini und von seinem Nachfolger Montaseri; oft sogar vier Bilder. In jedem Stockwerk gibt es auch einen Lautsprecher. Jeden Mor-



gen werden ca. 1/2 Stunde lang Koranvorlesungen und zur Mittagszeit die Gebetsstunden durch den Lautsprecher gesendet. Mir gingen die Lautsprecher auf die Nerven, da sie immer sehr laut eingestellt waren und man sie überall hörte.

Einmal — es war kurz vor der Gebetsstunde und ich mußte noch einen Kunden bedienen — als gerade das Vorbeten zu hören war, fing der Lautsprecher zu heulen an. Ich habe in Anwesenheit des Kunden über den Lautsprecher und die Koranvorlesungen geschimpft — die persische Sprache ist sehr reich an Schimpfwörtern. — Dieser Kunde hat dann wegen mir einen Brief an die Mullahs geschrieben, der auch in der Gebetsstunde vorgelesen wurde.

Nach diesem Vorfall sprach der Manager eine Zeitlang nicht mehr mit mir, obwohl er dies sonst täglich sehr häufig tat. Mein Chef forderte mich auf, die Angelegenheit mit der Islamischen Union zu regeln. Ich habe mich dann schriftlich entschuldigt und versprochen, daß so etwas sich nicht wiederholen wird. Es war mir sehr unangenehm und danach hatte ich große Angst.

Frage: Wie ging es dann weiter?

Antwort: Es passierte nichts, außer daß ein weiterer Heszollah in mein Zimmer versetzt wurde. Sein Arbeitstisch war direkt mir gegenüber, so daß er mich ständig kontrollieren konnte. Daher wagte ich zum Beispiel nicht, das Zimmer zu verlassen, denn wenn meine Freundin mich in meiner Abwesenheit angerufen hätte, hätten die anderen herausgefunden, daß ich eine Freundin hätte. Solche Beziehungen muß man sehr geheim halten, da sie sonst schlimme Strafen zur Folge hätten.

Ich wurde wahrscheinlich deshalb nicht bestraft, weil ich sehr qualifiziert war und der Betrieb, auch der Manager, auf meine Kenntnisse und Hilfe angewiesen war. Sie können ja nicht alle töten!

Frage: Gibt es Gewerkschaften im Iran?

Antwort: Nein, Gewerkschaften sind verboten.

Frage: Warst Du beim Militär?

Antwort: Glücklicherweise wurde mein Jahrgang vom Militärdienst befreit. So mußte ich nicht in den sinnlosen Krieg und ich habe noch nie eine Pistole in der Hand gehabt.¹

Frage: Merkt man etwas von dem Krieg in Teheran?

Antwort: Natürlich. Erstens ist die Versorgungssituation schlecht geworden und viele Lebensmittel und Waren sind rationiert. Ab und zu gibt es Luftangriffe auch auf Teheran. Und man hört häufig von Männern, die an der Front gefallen sind.

Frage: Kennst Du auch Kinder, die an der Front eingesetzt waren oder dort starben?

Antwort: Nein, aber es gibt viele, nur nicht in unserem Stadtteil. Die meisten Kindersoldaten kommen aus armen Familien von ländlichen Gegenden.

Frage: Du hast die Situation am Arbeitsplatz und einiges über die Kriegseinwirkungen erzählt. Wie sah es dann in dem privaten Bereich aus? Was hast Du zum Beispiel in Deiner Freizeit gemacht?

Antwort: Ich habe viel gelesen, Romane und Bücher über übernatürliche Kräfte, die mich besonders interessierten, weil

mein Vater Sûjst² ist und ich wollte mehr darüber wissen. Aber in den letzten Jahren konnte ich mich schwer konzentrieren, weil ich sehr nervös war.

Ich gehe auch sehr gern ins Kino, aber nach der Revolution war ich im Iran nur zweimal im Kino, weil keine interessanten Filme gezeigt werden oder sie bis zur Unkenntlichkeit zensiert sind. Es gibt auch keine Kneipen, nur 3 oder 4 Caf terias in ganz Teheran sowie Restaurants im Norden der Stadt. Also ausgehen kann man nicht, abends ist dort sowieso nicht los.

Man kann Freunde besuchen, Alkohol trinken, Opium und Haschisch rauchen. Als ich in Europa lebte, habe ich weder geraucht noch Alkohol getrunken. Aber weil es im Iran kein Vergnügen gibt, sind diese Sachen die einzige Möglichkeit, sich zu entspannen und sich für einen kurzen Augenblick wohlfühlen. Aus Nervosität wurde ich im Iran Kettenraucher.

Frage: Hattest Du eine Freundin?

Antwort: Ja, aber ich konnte sie nur heimlich nach sorgfältigen „Vorbereitungen“ treffen. Erstens haben die Eltern solche Beziehungen aus moralischen Gründen nicht gern; die Mullahs dulden sie gar nicht. Es wäre unvorstellbar gewesen, daß ich meine Freundin mit dem Auto abgeholt hätte oder wir zusammen auf der Straße gelaufen wären. Sogar Ehepaare werden auf der Straße von den Revolutionsf hrern angehalten und die Eheleute müssen nachweisen, daß sie miteinander verheiratet sind. Mit der Freundin die Nacht zusammen verbringen — undenkbar!

Frage: Welche Schwierigkeiten bzw. Einschränkungen gab es sonst im privaten Bereich?

Antwort: Manchmal werden die Bewohner Teherans aufgefordert, abends, genauer um 21 Uhr, auf die Dächer zu steigen und „Allah ist mächtig“ zu rufen. Ich habe nicht immer geweigert, diesen Unsinn mitzumachen, obwohl meine Eltern versuchten, mich zu überreden, da auch sie Angst vor den Folgen hatten.

Ein weiteres Beispiel für die Einschränkungen sind oppositionelle künstlerische Tätigkeiten. Mein Vater schreibt gerne und viele Gedichte zu aktuellen Themen, die er dann der Familie vorliest. Aber anschließend muß er die Gedichte verbrennen oder zerreißen, damit man sie nicht findet. Als Banisadr die Regierung verließ und aus dem Iran flüchtete, gab es sehr viele Hinrichtungen. Nicht nur Männer, sondern sehr viele Frauen, 16- bis 17-jährige wurden hingerichtet. Mein Vater hat darüber ein sehr langes Gedicht geschrieben. Leider kann er die Gedichte nicht aufbewahren.

Frage: Kann er sie auswendig?

Antwort: Leider nicht.

Frage: Kann er Dir nicht die Gedichte anonym schicken, damit sie nicht verlorengehen? Solche Gedichte sind doch ein Teil der politischen Kultur oder Untergrund-Literatur.

Antwort: Es wäre besser, sie an eine andere Anschrift zu schicken, da evtl. auch mein Name auf der Liste der Regierungs-

gegner im Ausland steht und das Regime hat seine Leute auch hier in der BRD, insbesondere in Köln und Bonn.

Frage: Wie hast Du Dein Leben im Iran empfunden?

Antwort: (Sehr spontane Antwort) Sinnlos! Stell Dir vor, Du lebst in einem Land, wo Zeitungen völlig abhängig von der Regierung sind. Du kannst nicht erfahren, was in der Welt los ist. Im Fernsehen und Radio gibt es nur islamische Gesetze. Du darfst nicht Musik hören, keine Freundin haben... Man muß immer mit Notlügen leben, sie sind notwendig und man braucht sie oft, um zu überleben.

Im Iran wurde ich sehr nervös. Ich habe schlecht geschlafen und meine Hände zitterten so, daß ich kaum eine Teetasse halten konnte. Seit ca. vier Jahren führte ich Selbstgespräche — zu Hause, im Badezimmer, auf der Straße.

Frage: Auch am Arbeitsplatz?

Antwort: Nein, nicht dort, weil ich immer sehr viel zu tun hatte, aber auf der Straße. Ich konnte mich nicht kontrollieren; ich weiß nicht, was ich gesprochen hatte. Mein Bewußtsein war völlig ausgeschaltet. Auf der Straße sieht man viele Menschen, die Selbstgespräche führen.

Ich hatte auch Angst, daß ich ebenfalls einen Herzinfarkt bekomme, so wie viele Junge Männer im Iran.

Einmal bin ich nach Dienstschaft aus dem Büro gegangen und befand mich

abends unter einer Brücke, weit entfernt von unserem Haus. Mein Herz klopfte sehr stark. Bis heute weiß ich nicht, wie ich dorthin gekommen bin und warum.

Frage: Wie geht es Dir jetzt?

Antwort: Die Selbstgespräche hörten schlagartig auf, als ich den Iran verließ. Ich habe jetzt auch keine Angst (außer vor Ablehnung meines Asylantrages) und meine Hände zittern nicht mehr.

Frage: Wann hast Du beschlossen, den Iran zu verlassen?

Antwort: Ich habe 1984 einen Paßantrag gestellt, erhielt den Paß aber erst im Januar dieses Jahres. Im Februar bin ich mit meinem Bruder nach Tokio, Seoul und Singapur zum Urlaub gereist. Eigentlich wollte ich in Japan bleiben, aber es war nicht möglich. (Am Arbeitsplatz hatte ich gesagt, ich fahre nach Syrien, da es ein islamisches Land ist. Jedoch haben sie herausbekommen, daß ich nicht in Syrien war.)

Frage: Und wie kamst Du dann in die BRD?

Antwort: Nach der oben erwähnten Reise habe ich mir überlegt, was ich tun soll. Eigentlich war es mir egal, in welches Land ich gehe. Die BRD war naheliegend, da ich Deutsch kann.

Frage: Was hast Du dann unternommen?

Antwort: Ich habe alle meine Sachen ver-



kauft; das Auto und die Stereo-Anlage und habe einen Kredit von 30.000 Toman — vier Tage vor meiner Ausreise — von meinem Arbeitgeber genommen.

Frage: Was sind das für Kredite?

Antwort: Jeder Beschäftigte kann einen zinslosen Kredit beim Arbeitgeber erhalten. Ich war gerade an der Reihe, einen solchen Kredit zu bekommen und das Geld brauchte ich für meine Reise.

Frage: Wußte jemand am Arbeitsplatz, daß Du den Iran verlassen wolltest? Und was ist mit dem Kredit?

Antwort: Nur ein Kollege wußte Bescheid. Ich bin einfach von einem Tag zum anderen weggeblieben. Vielleicht hat man meine Eltern nach mir gefragt, ich weiß es nicht.

Der Kredit wird mit dem Geld verrechnet, daß ich sonst bei einer Entlassung erhalten hätte. Ein Kollege hat mir geschrieben, daß nach meiner Ausreise die Kredite eingestellt worden sind, weil man jetzt Angst hat, alle wollen weggehen.

Frage: Sind auch andere Leute von Deinem Betrieb ins Ausland gegangen?

Antwort: Vor mir waren es drei Leute, nach mir sind zwei weitere Leute von meiner Abteilung ins Ausland gegangen. Für viele ist die Ausreise eine Kostenfrage, wenn sie nicht gut verdienen. Andere sind für die Eltern verantwortlich oder haben Angst vor dem Leben in einem fremden Land.

Frage: Du bist über die Türkei und Ost-Berlin nach West-Berlin eingereist. Hat man Dich dort willkommen geheißen?

Antwort: Im Gegenteil. Die Polizisten in West-Berlin haben mich gefragt, was ich hier will. Woraufhin ich ihnen ebenso dumm antwortete, daß ich gekommen bin, um gutes Bier zu trinken.

Ich und die anderen Iraner, die gleichzeitig mit mir kamen, wurden verhaftet und 16 Stunden auf dem Polizeirevier festgehalten. Wir bekamen nichts zu essen und durften auch nicht zur Toilette gehen.

Frage: Wußtest Du über die Situation von Asylbewerbern in der BRD Bescheid?

Antwort: Ich hatte nur etwas von Sammel-lagern und von dem monatlichen Taschengeld gehört, aber nichts von Arbeitsverbot und Residenzpflicht.

Frage: Wie findest Du Deine Situation hier?

Antwort: Sehr schlecht. Ich darf nichts tun; nur essen, schlafen und Bücher lesen.

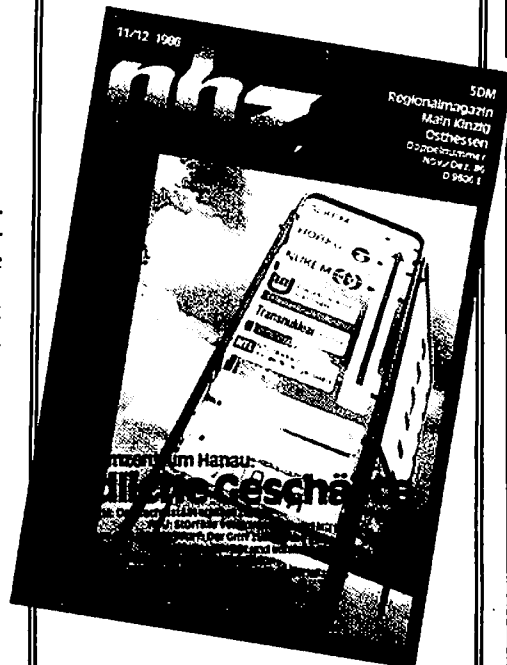
Frage: Was erhoffst Du von der Zukunft?

Antwort: Daß ich als Asylbewerber anerkannt werde. Und: ich will in Frieden — ohne Angst leben.

Raili Samela

Atomzentrum Hanau: Tödliche Geschäfte

In Hanau wird der Stoff gebunkert, aus dem die Bombenträume großdeutscher Politiker sind.



Die neue Sondernummer „Atomzentrum Hanau: Tödliche Geschäfte“ von nhz — Neue Hanauer Zeitung — und IUH — Initiativegruppe Umweltschutz Hanau — informiert darüber,

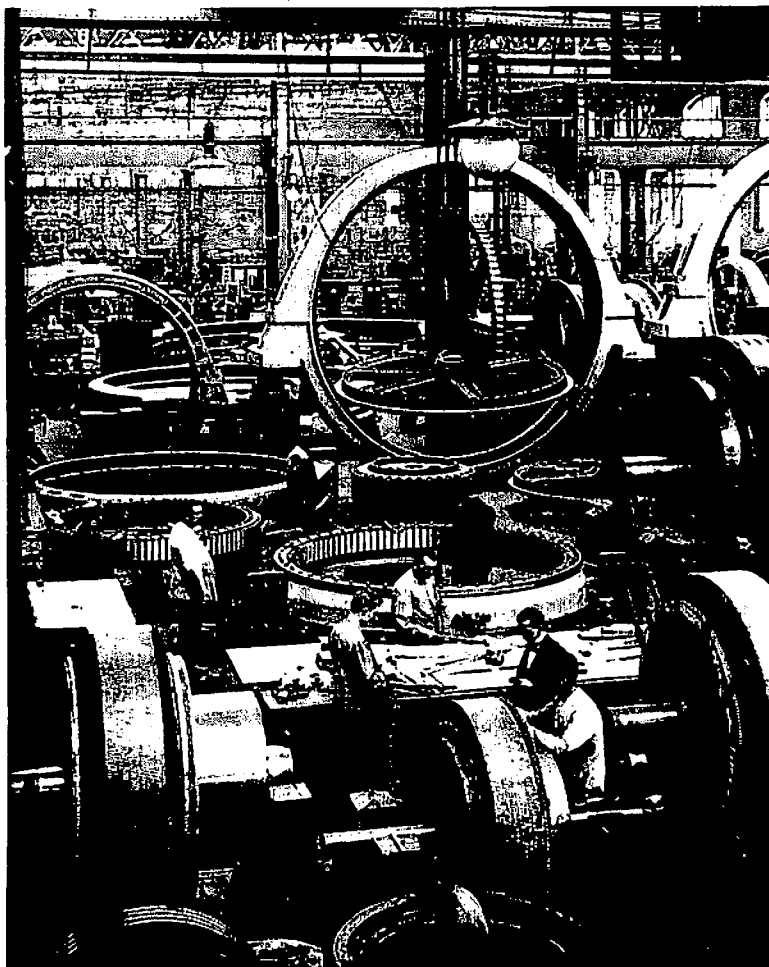
- was am 8. 11. 86 rund 20000 nach Hanau trieb,
- was die Staatsanwaltschaft dazu gebracht hat, **Anklage gegen Alkem-Manager** und Ministerialbeamte zu erheben,
- wie langsam, aber sicher die Hanauer Umwelt **radioaktiv verseucht** wird,
- warum die militärische Nutzung der friedlichen Kernenergie **keine Fantasiegeburt** übergeschappter Atomgegner ist,
- wie **WAAckersdorf in Hanau** vorbereitet wird,
- wie mit dem Stoff aus Hanau **Pershings** gefüttert werden,
- wie **namibische Arbeiter** für deutsche Brennelemente ruiniert werden,
- welchen Sinn eine **deutsche Atomstreitmacht** haben könnte,
- welches Ausmaß die **Spätfolgen** von Tschernobyl haben werden,
- was **Gewerkschaften** und Anti-Atom-Bewegung noch trennt und doch verbinden müßte,
- wie der Widerstand vor Ort bisher aussah — u.v.a.m.

Atomzentrum Hanau: Tödliche Geschäfte, 68 S. A4, 5 DM (+ Versandpauschale: pro Sendung 1,50 DM). Mengenrabatte auf Anfrage. Lieferung von Einzel-exemplaren nur gegen Vorkasse (Scheck, Schein, Bfm.). Bestellungen bei: nhz, Hauptstr. 48, 6467 Hasselroth 1, 06055/7945.

immer noch **links**

links
Sozialistische Zeitung
● Seit 1969
● Forum der Neuen Linken
● Jeden Monat neu
Einzel-exemplar DM 4,50
Jahresabonnement DM 49,-
Bezug:
Sozialistisches Büro
Postfach 10 20 62
6050 Offenbach

Fordismus und neue soziale Bewegungen



Gesellschaftliche Entwicklungsphasen als theoretischer Bezugsrahmen für die Analyse sozialer Bewegungen

1. Stufen, Phasen, Perioden gesellschaftlicher Entwicklung — Brauchen wir solche Erklärungsansätze für die Analyse sozialer Bewegungen?

Die Debatte über neue soziale Bewegungen scheint mir durch einen zentralen Widerspruch geprägt zu sein. Während sich das öffentliche Interesse einer allgemeinen Verunsicherung über die gesellschaftliche Entwicklung, über die Wege aus der Krise und die Bewältigung der Krisenlasten verdankt, entzieht sich die wissenschaftliche Debatte solchen zeitdiagnostischen Ansprüchen weitgehend. Auf die Frage nach dem Beitrag der neuen Protestakteure bei der Gestaltung der Nachkriegsgesellschaft müssen wir

meist passen, oder wir beeilen uns mit der Versicherung, daß die Bewegungsmilieus selbst bereits die Botschaft seien. Dennoch breitet sich auch im akademischen Bereich das Gefühl aus, in einer gesellschaftlichen Übergangsperiode zu leben, deren Horizont offen ist. Es äußert sich zunächst in einem verbreiteten Unbehagen an jenen allgemeinen, historisch-unspezifischen Analysekonzepten, die bis spät in die 70er Jahre dominieren. Sicher, soziale Bewegungen sind eine spezifische Form kollektiven Handelns, mit eigener Rationalität, spezifischen Ressourcen, kollektiver Identität, gemeinsamen Motiven und Zielen. Versuche, aus solchen Merkmalen eine allgemeine Theorie zu zimmern, wie jüngst Castells in seiner „cross-cultural theory of urban social movements“ (1983) oder die Konstruktion von

Ablaufmustern sozialer Bewegungen (Rammstedt 1978) sind auf heftige Kritik gestoßen, weil sie die historischen Kontextbedingungen vernachlässigen.

Wer aus dem Dilemma solcher Reichkeitstheorien die Flucht in soziologische Großtheorien antritt, bleibt nicht minder orientierungslos. Die Antworten der Großtheorien fallen besonders dürrig aus, wenn die Frage nach dem „Neuen“ der neuen sozialen Bewegungen gestellt wird. Sie erzeugt Verlegenheit, wird zum theoriepolitischen Streitobjekt. Die bisherigen Antwortversuche gehen in verschiedene Richtungen. Sowohl *neue Träger* als auch *neue Interaktionsformen* und *neue Zielsetzungen* wurden entdeckt: neue Mittelschichten organisieren sich in SPINs — segmented, polyccephalous interaction networks. Es geht ihnen nicht mehr um

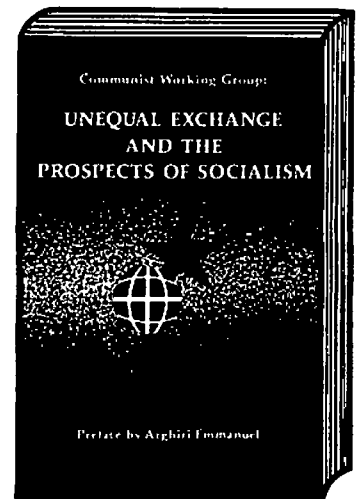
rechtliche und politische Gleichheit oder um ökonomische Forderungen. Wenn wir solchen Bestimmungsversuche des „Neuen“ Revue passieren lassen, fällt ihr deskriptiver und partikularer Charakter ebenso ins Auge, wie ihre Abhängigkeit von den jeweiligen Bewegungskonjunkturen. Die aktuelle Verlagerung des Interesses auf die subjektive Seite, Binnenstrukturen und Netzwerke der Bewegungsmilieus resultiert wohl nicht zuletzt aus dem Verlust an „Sichtbarkeit“, d.h. politischer Militanz der Bewegungen in den letzten Jahren.

Es lassen sich jedoch auch systematische Einwände gegen das vorherrschende Bild von den „neuen sozialen Bewegungen“ geltend machen. Wenn davon ausgegangen wird, daß es vor allem die *neuen Mittelschichten*, besonders die Professionellen der Humandienstleistungen, sind, die sich an den nsB als expandierende soziale Schicht ein politisches Terrain geschaffen haben, werden nicht nur empirische Zweifel wach. Versuche, aus der berufsbedingten Sensibilität gegenüber negativen sozialen Folgen oder der relativen Arbeitsplatz- und Einkommenssicherheit als Staatbedienstete, ihre besondere Bereitschaft zu unkonventionellem politischen Engagement „abzuleiten“, scheinen mir ebenso zu kurz gegriffen wie konservative Vorbehalte, die die expandierenden Mittelschichtprofessionellen in einer bottleneck Situation sehen: Verstopfte Aufstiegskanäle zwingen die „neue Elite“ gelegentlich zu demonstrativen Umwegen, zur Popularisierung neuer politischer Themen und zur Abwanderung in Protestparteien. Ebenso wie der Versuch, die neuen sozialen Bewegungen in die Tradition des Kleinbürgerprotests einzureihen (Eder 1985) und ihre Ideologien aus der Zwischenposition im Klassengefüge zu bestimmen, müssen sich solche Interpretationen mit dem Einwand auseinandersetzen, daß sie etwas wiederholen, was schon in der marxistischen Tradition in die Irre führte: aus einer mehr oder weniger präzisen Analyse der ökonomischen Klassenlage eindeutige Zuordnungen von sozialen Klasseninteressen und bestimmten politischen Optionen und Artikulationsformen vorzunehmen. Es hat den Anschein, als müsse in der Debatte über die Mittelschicht-These jene Lektion noch einmal wiederholt werden, die im Zusammenhang von Arbeiterklasse und marxistischer Klassentheorie gelernt werden mußte. Dies verwundert umso mehr, weil andererseits die neuen sozialen Bewegungen gerade Anlaß gaben, in der Sozialstrukturanalyse neue Wege zu suchen. Prägen die neuen Bewegungen nicht doch eher neue *soziale Identitäten* aus: entlang spezifischer Lebenslagen und biografischer Abschnitte (Jugendproteste und Altenbewegung), situativer Betroffenheiten (Bürgerinitiativen), gegenkultureller Milieus, Identitäten entlang von geschlechtsspezifischen Herrschaftserfahrungen, spezifischen Geschlechtsrollen

(Frauenbewegung, Schwulenbewegung). Was in den nsB zum Ausdruck kommt, läßt sich nicht auf ein Mittelschichtinteresse reduzieren, sondern verweist auf eine sozialstrukturelle Modernisierung und eine Umbruchsituation, in der feste sozialstrukturelle Zuschreibungen an Aussagekraft verloren haben. D. h. freilich nicht, daß die in den nsB Engagierten kein spezifisches Sozialprofil aufweisen. Die Ressourcen an Zeit, Wissen und politisch/kommunikativen Fähigkeiten sind sozialstrukturell weiterhin ungleich verteilt. Verglichen mit den Beteiligungsprofilen von etablierten politischen Institutionen zeigt sich, daß nsB sozial und geschlechtsspezifisch ungleich offener sind.

Vor ähnlichen Schwierigkeiten stehen Versuche, an den Interaktionsmustern und Organisationsformen der Bewegungen das „Neue“ festzumachen. Das Bild kleiner, anti-hierarchischer Gruppen, die Ergebniswert und Außenwirkung balancieren, und sich zu Netzen mit institutionellen Knotenpunkten zusammenfügen, stellt allenfalls eine Momentaufnahme dar. Die Basisgruppen dürften insgesamt wesentlich vielgestaltiger sein, z.B. mit teilweise deutlich autoritären Mustern und traditionellen Entscheidungsstrukturen (die Linie reicht von den Parteaufbauorganisationen in der Auflösungsphase der Studentenbewegung bis zu hierarchischen Mustern in religiösen und therapeutischen Gruppen von heute: dies gilt sicherlich auch für einzelne Bürgerinitiativen). Ihre organisatorische Netzwerk ist ebenfalls in der Entwicklung und zeigt sehr unterschiedliche Ausprägungen (von subkulturellen „Kiez“-Mentalitäten bis zur nationalen Parteaorganisation). Sowohl die Gruppenstrukturen als auch ihre Netze unterliegen nachhaltigen Veränderungen. Als oppositionelle Kampfprodukte sind sie zugleich ein bedrohtes Terrain, in dem Niederlagen, Enttäuschungen, Integrations- und Kooptationsprozesse ihre Spuren hinterlassen². Mutmaßungen, die Bewegungsmilieus seien stabil, weil sie fundamentale politische Bedürfnisse etwa der Mittelschichten befriedigen oder hohe Gratifikationen für ihre Konsumenten garantieren, unterschätzen möglicherweise sowohl die interne Dynamik wie auch den politischen Druck der Umwelt.³ Zudem verblaßt das Bild des „Neuen“ sehr schnell, wenn wir auf Länder mit einer politischen Kultur blicken, die durch starke „grass-root“ Traditionen und politische Fragmentierung geprägt ist.⁴ Noch diffuser fallen die Versuche aus, in den Zielen und Motivstrukturen der nsB das „Neue“ zu erblicken. Von Angst (Eder 1983), Schmerz (Offe 1985) oder einer „neuen Sensibilität“ (Marcuse 1969) motiviert, kämpfen die Engagierten um die Erhaltung oder Erweiterung qualitativer Lebenschancen. Ob es dabei um die Erweiterung der emanzipatorischen Zielsetzungen der Moderne (Offe 1983), oder um rückwärtsgewandte Motive — Natur als Politikersatz — (Kraushaar 1978, Kluge

A new book on the economics of imperialism and its political consequences



The book examines the theory of Unequal Exchange, which was put forward by Arghiri Emmanuel in the beginning of the seventies. But not only this - the book adds concrete figures to the theory, which estimates that the exploitation, via unequal exchange, yearly transfers value corresponding to hundreds of billions of US dollars. But, first and foremost, the book dares to draw the political conclusions which stem from the imperialism of trade. It shows how the relatively privileged economic position of the working classes in Western Europe and North America has affected their attitude towards the anti-imperialist struggle in the third world.

"UNEQUAL EXCHANGE AND THE PROSPECTS OF SOCIALISM represents a very strong presentation of the political implications of the theory of unequal exchange for the left forces in the core/imperialist countries. While I do not share the conclusions in many ways, I believe these are questions which could benefit from fuller discussion. While there are many works already on unequal exchange, its defenders tend to discuss largely its economic functioning, and its detractors its political implications. Your book has the singular virtue of arguing both the economic and political issues."

Immanuel Wallerstein.

ORDER FORM

Please send me _____ copies of Unequal Exchange and the Prospects of Socialism at 10 US\$. Allow for post and packaging 3 US\$.

I enclose a cheque for _____ made payable to MANIFEST PRESS. Payment with order please.

Name _____

Address _____

(please print clearly)

MANIFEST PRESS
Landskronagade 2
DK-2100 Copenhagen Ø, Denmark.



1984) geht, ist heftig umstritten. Keines der Ziele oder der Motive ist historisch neu. Ihre Spuren lassen sich ohne Mühe in der Romantik, dem utopischen Kommunismus oder der Bohème aufspüren. Neu scheint allenfalls, daß sie im gesellschaftlichen Zentrum stehen und ihre Protagonisten über größere Ressourcen verfügen.

Die wohl verbreitetste Form, mit der Dimension gesellschaftlichen Wandels im Zusammenhang mit nsB umzugehen, stellt die *Postindustrialismus-These* dar. Seine wesentlichen Konturen hat das Konzept der „postindustriellen Gesellschaft“ in den Entwürfen von Touraine (1969, dt. 1972) und Bell (1973, dt. 1975) erhalten. Beide Autoren bieten analytische Konstrukte, die Grundzüge einer Zukunftsgesellschaft kenntlich machen sollen. Da beide Zukunftsentwürfe noch vor den tiefgreifenden Krisen der siebziger Jahre formuliert wurden, wundert es nicht, daß inzwischen zentrale Annahmen zur Überprüfung anstehen.

Soweit ich sehe, wurden die Einwände bislang nicht von den Vertretern der Postindustrialismusthese ernsthaft aufgegriffen. Dieser grobe Überblick über einige Schwierigkeiten im Umgang mit neuen sozialen Bewegungen als Indikatoren oder Träger gesellschaftlicher Entwicklungen

legt einen neuen Anlauf in Richtung einer möglichst nicht-reduktionistischen Einbettung der nsB-Forschung in den Kontext gesamtgesellschaftlicher Analysen nahe. Die Auseinandersetzung mit den nsB, ihren Entstehungsbedingungen, Trägern, politischen Einflußchancen, soziokulturellen Innovationen etc. nötigt zu gesellschaftlichen Zeitdiagnosen. In der Debatte um das „Neue“ der nsB ist dies eher angelegt als ausgeführt, in den Annahmen über die heraufziehende postindustrielle Gesellschaft oft vorschnell in einige spektakuläre Merkmale — empirisch wenig triftig — eingezwängt. Zeitdiagnosen gewinnen dagegen in dem Maße an Profil, wie sie die augenblickliche Lage in eine historische Perspektive rücken und entlang neuer Erfahrungen korrigieren. Erst dann gelingt es, das Spektrum der möglichen Bedeutungen sozialer Bewegungen ins Blickfeld zu nehmen:

- als Protagonisten gesellschaftlicher Krisenprozesse,
- als Akteure in einer gesellschaftlichen Umbruchphase, die an Suche nach sozialen Modellen für die Nachkrisengesellschaft beteiligt sind,
- als Vorformen einer künftigen sozialen Bewegung, die als zentraler Akteur der neuen Gesellschaft angesehen werden

- kann, oder — weniger spektakulär —
- als neue Form kollektiver politischer, sozialer und kultureller Praxis, die eine progressive Erweiterung des Innovations- und Korrekturpotentials der gegenwärtigen Gesellschaft abgeben könnte, oder schlicht
- als zeitgemäße Nachfolger in einem Bewegungsektor, der den dynamischen Teil eines ansonsten stabilen politischen Systems ausmacht.

2. Fordismus als Phase kapitalistischer Vergesellschaftung

a. Anmerkungen zum Theorieprogramm

Das Fordismus-Konzept verdankt sich diversen theoretischen Quellen und zeitgenössischen Orientierungsbedürfnissen. Es stellt den Versuch dar, zu einem Phasenmodell kapitalistischer Entwicklung beizutragen, das neues Licht auf die gegenwärtige Übergangsphase und die aktuellen Krisenprozesse wirft und von der Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit eines neuen kapitalistischen Akkumulations- und Vergesellschaftungsmodells ausgeht, um dessen Strukturen in einer vermutlich jahrzehntelangen Übergangsperiode gekämpft wird.

Es zieht damit Konsequenzen aus den verschiedenen Versionen der Spätkapitalismus-These, in der die Möglichkeit eines qualitativ neuen kapitalistischen Vergesellschaftungsmodells schon begrifflich versperrt war.⁵ Es knüpft an zentrale Annahmen der marxischen Krisentheorie an (tendenzieller Fall der Profitrate) und versteht sich als Alternative zu jenen Versionen einer „Theorie der langen Wellen“, die vor allem technologische Basisinnovationen oder mutige Unternehmerpersönlichkeiten in den Mittelpunkt neuer Aufschwungkkräfte stellen.⁶

Auf den ersten Blick fügt sich das Konzept „Fordismus“ in solch reduzierte Sichtweisen, nimmt es doch einen historischen Begriff auf, der mit dem Erfolg des Automobilbauers Henry Ford im ersten Viertel dieses Jahrhunderts verknüpft ist. Fords Betriebsgrundsätze (Massenproduktion, Fließbandfertigung, eigenes Marketing etc.) mußten die Zeitgenossen faszinieren. Als einer von vielen hatte er 1903 in Detroit mit 8 Beschäftigten angefangen und leitete 1926 einen Konzern mit 88 Fabriken, 600.000 Beschäftigten und einem Ausstoß von 2 Millionen Automobilen pro Jahr, was ihm einen US-Marktanteil von rund 50 % sicherte. Nicht nur die Produktionszahlen, sondern auch seine vergleichsweise hohen Löhne (5-Dollar-Tag), der Achtstundentag die „Demokratisierung“ des Automobils durch Großserienfertigung und ständige Verbilligung bildeten die Grundlage für eine Propagierung des „Fordismus“ in allen politischen Lagern (Maier 1980). Unterstützt von missionarisch gehaltenen Propaganda-Schriften des Unternehmers „My life and work“

(1922) und „Moving forward“ (1930) wurde der „Fordismus“ bei Antonio Gramsci zu einem Fortschrittskonzept, von dem auch die Arbeiterbewegung profitieren könne (Gramsci 1967:367-404). Bert Brecht meinte 1926 bewundernd, Ford Fabriken könnten auch dem Sozialismus entstammen (Brecht 1967:Bd.20,24) und Kurt Tucholsky schrieb in den Jahren 1927/28 „Fordschritt“ gelegentlich mit „d“. Die Fordismus-Gegner hoben vor allem die dehumanisierende Seite der extremen Arbeitsteilung am Fließband und gewerkschaftsfeindliche, teilweise kriminelle Praktiken der Arbeiterkontrolle hervor.

Wenn in unserem Zusammenhang von „Fordismus“ die Rede ist, geht es jedoch nicht um Unternehmensgeschichte oder das Marketing einer Idee. Vielmehr wird Fordismus als kapitalistische Formation verstanden, die sich zuerst in der Zwischenkriegszeit in den USA herausbildete. Der durch die internationale politische und ökonomische Dominanz der USA erzeugte Anpassungsdruck sorgte nach dem Zweiten Weltkrieg dafür, daß die Produktions- und Reproduktionsstrukturen des amerikanischen „Modells“ sich in den entwickelten kapitalistischen Ländern weitgehend durchsetzen konnten. Dies allerdings in national sehr unterschiedlichen Ausprägungen. Die Internationalisierung der Produktion, des Handels und des Finanzsystems sowie die Herausbildung neuer Formen der internationalen Arbeitsteilung bescherte den entwickelten kapitalistischen Ländern für zwei Jahrzehnte enorme Wachstumsraten; es entstand jedoch kein globaler Fordismus, sondern abhängige Formen von Entwicklung und Unterentwicklung in den Ländern der „Dritten Welt“.

Es gibt somit nicht die fordistische Gesellschaft, der als Entwicklungsmodell alle Nationen zustrebten. Fordismus kennzeichnet vielmehr die gemeinsamen Merkmale eines Akkumulationsmodells und der dazugehörigen gesellschaftlichen Arrangements in den entwickelten kapitalistischen Ländern der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg.

b. Strukturmerkmale des Fordismus

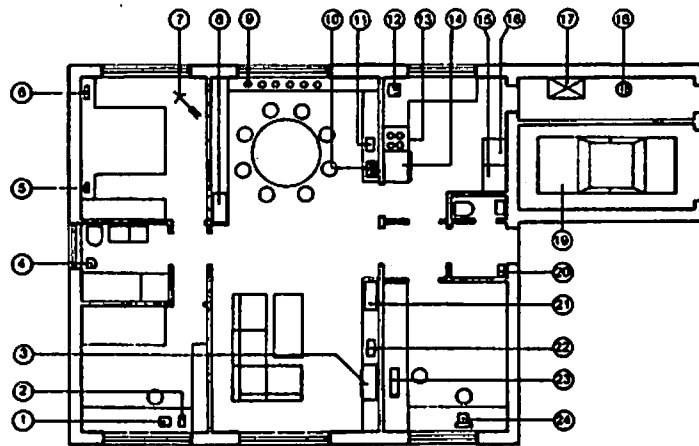
Grundlage des Fordismus ist der Übergang von einer „extensiven“ zu einer „intensiven“ Akkumulationsstrategie (Lipietz 1985:119), die auf *tayloristischer Arbeitsorganisation* und der *Massenproduktion* von Konsumgütern basiert. Dies setzt die Überwindung eines ökonomischen Dualismus voraus, der noch die Weimarer Republik kennzeichnete. Erst als auch die Arbeitskraftreproduktion in Form von Massenkonsum zur kapitalistischen Anlage- und Verwertungsphäre wird („innere Landnahme“), können die Überproduktionskrisen der frühen Massenfertigung überwunden werden. Dies führt zu einem Schrumpfen des „traditionellen Sektors“ (bedarfsorientierte bäuerliche Familienbetriebe, Kleingewerbe, traditionelle Dienstleistungen etc.) und einer Verallgemeine-

rung der Lohnarbeit. Die Durchkapitalisierung der Gesellschaft ist dabei an eine Steigerung und Verstetigung der Reallöhne gebunden. Die neue Akkumulationsstrategie hat umwälzende Konsequenzen für die gesamte *Sozialstruktur* und tradierte *Lebensweisen*. Traditionelle Milieus lösen sich allmählich auf, mit dem Verschwinden unsicherer Beschäftigungsverhältnisse kündigt sich für die Lohnarbeiter ein „Abschied von der Proletarität“ an (Mooser 1983). Der Anteil der Lohnabhängigen nimmt vor allem zu Lasten der selbständigen Mittelschichten drastisch zu. Dabei homogenisiert sich die Arbeiterschaft, ohne zu einer sozialstrukturell verhaltensprägenden Einheit zu werden. Die Homogenisierung ist vielmehr von einer Individualisierung begleitet — vor allem unter Prosperitätsbedingungen, die eine drastische Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen mit sich bringen.

In diesem sozialstrukturellen Umbruch verlieren auch die Solidar- und Vereinsstrukturen der Unterschichten, z.B. das „proletarische Lager“, an Bedeutung. Zur zentralen Instanz privater Vergesellschaftung wird stattdessen die Kleinfamilien, auf sie sind die Angebote der Wohnungsbau-gesellschaften und die staatliche Eigenheimförderung zugeschnitten. Familiäre Sozialisation und Reproduktion sollen

in den Arbeitsprozeß fördert (kritisch Marcuse 1964). Isolierung, Normierung und Verhaltensstandardisierung erscheinen dabei als die Negativseiten der fordistischen Individualisierungsschübe, die zunächst durchaus als Befreiung von „bornierten“ persönlichen Abhängigkeiten und traditionellen Einbindungen erfahren werden kann. Da die Reproduktion der Subjekte nichtkapitalistische Bedingungen benötigt, droht mit der „inneren Landnahme“ deren Reproduktion prekär zu werden. (Brückner 1982).

Das fordistische Akkumulationsmodell kommt ohne neue Formen der politischen Regulierung nicht aus. Die Ausdehnung der Staatstätigkeit reicht vom keynesianischen deficit-spending bis zur gezielten Familienpolitik. Eckpfeiler einer Durchstaatlichung der Gesellschaft sind u.a. die Herausbildung des modernen Sozialstaats, der im Dienste einer „intensiven“ Arbeitskraftnutzung soziale Infrastrukturen bereithält, die gegen spezifische Reproduktionsrisiken sichern und zugleich ein Selektions- und Kontrollsystem darstellen. Staatliche Einrichtungen übernehmen zunehmend Funktionen, die vormals von „naturwüchsigen“ gesellschaftlichen Institutionen (Familien, Nachbarschaften, Vereine etc.) erbracht wurden. Desintegrative Tendenzen werden von staatlichen



Mikroelektronik im Haushalt

1 Lernspiel, 2 Taschenrechner, 3 Fernschreiber, 4 Personenwaage, 5 Kalenderuhr, 6 Gesundheits-Analysator, 7 Trimmergerät, 8 Vorwahlradio, 9 Blumenpflegegerät, 10 Tastentelefon, 11 Informationsanzeige, 12 Haushaltscomputer, 13 Küchenherd, 14 Kühlzentrum, 15 Spülmaschine, 16 Waschmaschine, 17 Heiz-Klimaanlage, 18 Bewässerungsregelung, 19 Auto-Bremsautomat, 20 Sicherheitszentrum, 21 Musik-Lehrinstrument, 22 Fernsehspiel, 23 Nähmaschine, 24 Schreibbrochner

jene Selbstdisziplin und Normalität garantieren, die der taylorisierte Arbeitsprozeß abverlangt. Zugleich erhält sie die Funktion einer Konsumgemeinschaft von gadgets und Dienstleistungen. Die neuen Angebote des Massenkonsums wirken kulturell normierend, wobei die „Identität“ des Einzelnen, sein Selbstwertgefühl, sich nicht unerheblich nach seiner Fähigkeit bestimmt, von der angebotenen Warenfülle Gebrauch zu machen — was die Bereitschaft zu einer kontinuierlichen Einbin-

Überwachungs- und Kontrollsystemen bearbeitet. Die Tendenzen zum Überwachungs- und Wohlfahrtsstaat, die durch die fordistische Restrukturierung der Gesellschaft hervorgebracht werden, hat J. Hirsch im Bild des „Sicherheitsstaats“ (1980) zusammengefaßt. Im westdeutschen Kontext und darüber hinaus läßt sich zudem ein Transformationsprozeß von Parteien und Gewerkschaften nachzeichnen, der in Richtung Etatisierung und Bürokratisierung gegangen ist. In der

massenintegrativen Orientierung unserer „Volksparteien“ spiegeln sich die Auflösungsprozesse traditionaler Parteimilieus oder der Reste einer lebendigen Arbeiterbewegung. Eine breit gestreute Mitglieder- und Wählerschaft wird mit Alltagsprogrammen angesprochen, deren ideologische Grundlage das Produktivitäts-, Wachstums- und Fortschrittskonzept des fordistischen Akkumulationsmodells bildet. Der hohe gesellschaftliche Organisationsgrad und die ökonomischen Konzentrationsprozesse ermöglichen — begünstigt durch die skizzierten sozialstrukturellen Homogenisierungstendenzen — die Ausbreitung korporativer Regulierungsformen, das Schließen von „Wachstumspakten“, um die ökonomische Position auf dem Weltmarkt und damit auch die innere Stabilität zu sichern.

c. Fordismuskrise

Es liegt in den akkumulationstheoretischen Prämissen des Fordismuskonzepts, daß die erfolgreich durchgesetzten neuen Gesellschaftsstrukturen schließlich zur Schranke der Kapitalverwertung werden. Die Ressourcen einer spezifischen historischen „Prosperitätskonstellation“ (Lutz 1984) unterliegen dem Verschleiß. Die Stagnations- und Krisenprozesse des letzten Jahrzehnts sind die des fordistischen Akkumulations- und Vergesellschaftungsmodells insgesamt. Die Produktivitätsreserven der tayloristischen Arbeitsorganisation scheinen weitgehend aufgebraucht. Trotz früh einsetzender Flexibilisierungen (Sloanism) bleibt der taylorisierte Produktionsprozeß störanfällig und vergleichsweise starr. Das Fließband schafft einen neuen Typus von Massenarbeiter, der auf weitere Intensivierungsversuche, auf Monotonie und Entfremdung einerseits mit diffusen Verweigerungsformen reagiert (Absentismus, Schlämperei, Sabotage, sinkende Arbeitsmoral) andererseits bildet dieser relativ homogene Massenarbeiter die Grundlage für eine gewerkschaftliche Interessenpolitik, die eine drastische Senkung der Lohnkosten schwierig macht. Technisch möglichen Rationalisierungsschritten sind aus diesen Gründen enge Grenzen gesetzt. War der taylorisierte Arbeitsprozeß die zentrale Stütze des fordistischen Akkumulationsmodells, so wird er zunehmend zum Krisenfaktor.

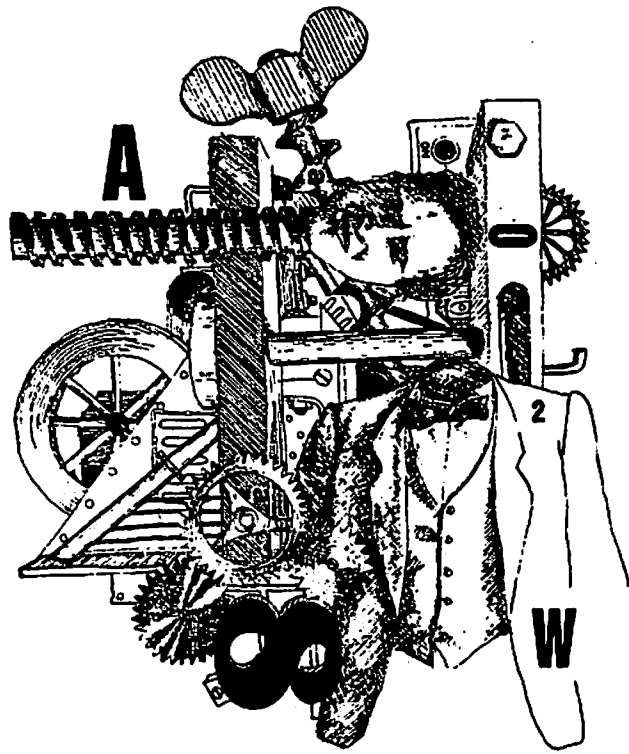
Mit der produktiven Grundlage kommen auch die darauf zugeschnittenen gesellschaftlichen Institutionen ins Schlingern. Dies gilt zunächst für den Sozialstaat, der nicht nur in eine Finanzklemme gerät, weil sich die Transferzahlungen mit der Zahl der Beschäftigten verringern und gleichzeitig die Leistungsansprüche steigen. Auch seine von Vollbeschäftigung und Erzeugung von Arbeitsbereitschaft zugeschnittenen Formen verlieren bei Dauerarbeitslosigkeit ihre Plausibilität. Die weitgehende Verrechtlichung der Sozialleistungen und das Eigengewicht des institutionellen Netzes lassen zwar Ein-

schnitte zu, verhindern jedoch eine drastische Reduzierung des Reproduktionsniveaus. Eine weitere Schranke für profitable Kapitalverwertung.

Das in Prosperitätszeiten etablierte staatsadministrativ-industrielle Verbundsystem erweist sich in Krisenzeiten als relativ inflexibel, um jene Strukturanpassungen durchzusetzen, die neue Wachstumsschübe versprechen. Aber selbst wenn dies im nationalen Maßstab gelingt, sind negative Rückwirkungen, „Opfer“ und Fehlinvestitionen beim Modernisierungswettlauf wahrscheinlich. Die diversen Weltmarktverflechtungen setzen nationalen Regulierungsstrategien enge Grenzen.

Das auf Massenkonsum und Massenproduktion angelegt fordistische Akkumulationsmodell gerät auch auf der stofflichen Ebene an Grenzen.

Was in der Gründerphase als „grünes“ Projekt angepriesen worden war — sparsamste Ressourcennutzung auf der Ebene der Arbeitskräfte & Rohstoffe, zudem sollte Fords Modell „T“ mindestens so langlebig sein wie seine Besitzerin bzw. sein Besitzer und den Naturgenuß demokratisieren, weil nun auch dem Arbeiter die Fahrt „ins Grüne“ ermöglicht wurde — offenbarte sich bald als Verschwendungsproduktion mit jährlich wechselnden Modellen, geplanter Obsoleszenz und sinkendem Gebrauchswert. Das Symbolprodukt des Fordismus gilt uns heute als Inbegriff irrationaler Ressourcenverschwendung, sei es nun auf der Ebene der notwendigen Rohstoffe für Produktion und Betrieb, seien es die damit „programmierte“ Isolierung und Individualisierung für den Benutzer, der mit wachsender Motorisierung nachlassende Nutzen für den einzelnen oder die ökologischen Folgekosten vom



Landwirtschaftsverbrauch durch Straßenbau bis zum Waldsterben, von den unmittelbar destruktiven Folgen (Unfalltote) ganz zu schweigen. Knappheit und Schädigungen sorgen für einen Anstieg der Kosten für die vormals billigen Naturressourcen. Mit der „Demokratisierung“ z.B. der dauerhaften Konsumgüter steigen ihre sozialen Kosten, sinkt der individuelle Nutzen (z.B. bei Eigenheimen). Die ökologischen Krisenerscheinungen bilden eine der Teilmengen, die in Infragestellung des fordistischen Konsum- und Lebensmodells eingehen. Schon der Zirkel von Arbeit und Konsum hat seine Tücken. Die widersprüchlichen Anforderungen von Arbeitsdisziplin und Konsumlust lassen Reibungsflächen entstehen, was in der Debatte über den Wertewandel durchscheit. Auch der fortwährende Warenhungern stellt ja keine anthropologische Konstante dar, sondern mußte schon in den Kindertagen des Massenkonsums durch eine Werbe- und Bewußtseinstheorie angeheizt werden — immer mit der Gefahr, daß die Lücke zwischen Verheißung und Erfüllung nicht neue Konsumlust, sondern Frust und Verweigerung erzeugt. Nicht von ungefähr ist die Konsumkritik eines der frühesten und überaus dauerhaften Protestthemen. Selbst wo das Bild vom glücklichen Konsumenten noch zu stimmen scheint, nistet oft schon das Unbehagen über die Folgen der „kulturellen Freisetzungprozesse“ (Ziehe 1981), die das fordistische Modell mit sich gebracht hat. Zwischenmenschlichen Beziehungen scheint die stabile Grundlage zu fehlen, „Subjektivität“ eine prekäre Veranstaltung, modenabhängig, in der Tendenz zum Monadenasein und krisenanfällig.

Schließlich sei noch auf die globale Dimension der Fordismus-Krise hingewie-

sen. Stabilisierende oder gar krisenbereinigende Rückkoppelungen sind aktuell weder zwischen den entwickelten kapitalistischen Industrienationen zu erwarten, noch durch die „newly industrialised countries“ oder die Habenichtse der Dritten Welt. Dies drückt sich sowohl in der Verschuldungskrise der „DrittWeltländer“ als auch in der Erosion der US-Hegemonialposition aus (Altvater 1985, Prokla 59/1985).

d. Postfordismus?

Aus der Perspektive eines Phasenkonzepts kapitalistischer Entwicklung deuten die verschiedenen Aspekte der gegenwärtigen Krise auf eine strukturelle Umbruchsituation. Wir stecken in einer gesellschaftlichen Umstrukturierungsphase, in der ein neuer Regulierungstyp und ein neues Akkumulationsmodell gesucht werden. Der Blick zurück auf die langwierige Durchsetzung des fordistischen Modells — es handelt sich in Westeuropa um eine Zeitspanne von mehr als 30 Jahren mit zwei Weltkriegen und faschistischen Krisenlösungsversuchen — läßt erneut eine lange Übergangsperiode erwarten: mit einer Fülle von widersprüchlichen, heterogenen Experimenten und Initiativen auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Die Konturen eines neuen „postfordistischen“ Akkumulationsmodells, inklusive der darauf abgestimmten gesellschaftlichen und politischen Institutionen, Ideologien und Mentalitäten, lassen sich aus heutiger Sicht nicht sicher extrapolieren. Aktuelle Tendenzen können sich als vorübergehende Krisenerscheinungen entpuppen, heute noch mächtige Akteure an Einfluß verlieren.

Trotz dieser Vorbehalte zeichnen sich inzwischen einige mögliche Entwicklungsrichtungen deutlicher ab. Im Zentrum steht die Suche nach einer nachtayloristischen Arbeitsorganisation. Neue Informations-, Steuerungs- und Regelungstechniken erlauben flexiblere Mensch/Maschine-Kombinationen. Da Vollautomatisierung in vielen Bereichen zu störanfällig und kostspielig sein wird, bleibt in der materiellen Produktion ein Anteil dequalifizierter Arbeit. Die neue Flexibilität bedeutet daher auch einen „Taylorismus auf höherer Stufe“. Hinzu kommt die Ausbreitung computerisierter Heimarbeit. Gefordert ist ein „Massenarbeiter neuen

Typs“, dessen Arbeitsprozeß individualisiert, parzelliert, räumlich gestreut organisiert sein wird — eingebunden in deregulierte Beschäftigungsverhältnisse.

Die technologischen Grundlagen für ein neues „take-off“ liegen mit der Mikroelektronik, den Bio- und Gentechnologien bereit. Obwohl über ihre gesellschaftliche Nutzung noch nicht entschieden ist, deuten die Zeichen auf einen Industrialisierungsschub im Büro und Dienstleistungsbereich, der die Tendenzen in Richtung „Selbstbedienungs-“ und „Selbstüberwachungsgesellschaft“ (Gershuny 1978) sowie weitere Individualisierung verstärken dürfte. Die Herausbildung entsprechender Konsummuster verläuft offensichtlich zögernd, zumal die individuelle Konsumzeit nicht beliebig vermehrbar ist (Scharpf 1985).

Bereits in der Debatte über das „Modell Deutschland“ wurden Heterogenisierungs- und Dualisierungstendenzen diagnostiziert. Flexiblere Arbeitsorganisation und Beschäftigungsverhältnisse beschleunigen diesen Trend ebenso wie die damit verbundenen Freisetzungsprozesse. Die Spaltungstendenzen sind deutlicher zu erkennen als der Weg zu egalitären Alternativen: eine „Mehrheit“ von Überbeschäftigten, gestreßten „Arbeitsplatz-Besitzern“ vs. eine „Minderheit“ von Arbeitslosen, Gelegenheitsarbeitern, Frührentnern und „drop-outs“. Während die Frauen noch einen erheblichen Teil des „taylorisierten Massenarbeiters“ stellten, droht nun besonders für sie eine „Hausfrausierung“ gesellschaftlicher Arbeit in Gestalt neuer Formen der Subsistenzproduktion (von Werlhof 1983). Wachsende Einkommensdifferenzen führen zur Polarisierung im Konsumbereich: banalisierte Massenware vs. Luxuskonsum. Was sich also insgesamt ankündigt ist eine Heterogenisierung der Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse in den kapitalistischen Metropolen selbst und mit der Rücknahme fordistischer Lohnarbeit insgesamt ein Rückgang des Reproduktionsniveaus.

Die Verwaltung der Umstrukturierungsphase und das in Partikeln bereits sichtbare neue Akkumulationsmodell erfordern einen starken Staat. Deregulierung und Sozialstaatsabbau sowie die neuen Konfliktlinien einer segmentierten und gespaltenen Gesellschaft begünstigen die Tendenz zu einem „autoritären Etatismus“

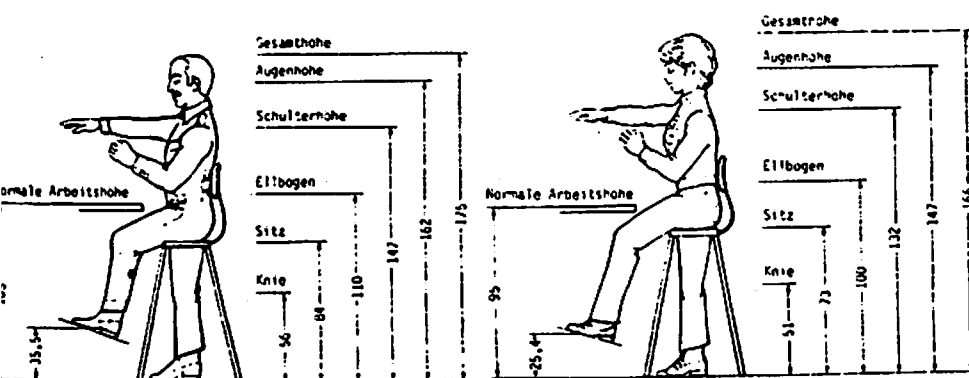
(Poulantzas 1978). Angesagt scheint die Umwandlung der „Volksparteien“ in etatistische Politikmaschinen, die einen autoritär-populistischen Diskurs inszenieren (Esser/Hirsch 1984), die auf der Grundlage einer entformalisierten politischen Sphäre agieren.

Diese Aussagen über die Konturen eines nachfordistischen Akkumulationsmodells müssen auch deshalb vage und spekulativ bleiben, weil gegenwärtig durchaus unterschiedliche nationale Wege aus der Krise gesucht werden (Scharpf 1985). Ob auch der zukünftige Gesellschaftsentwurf als „Amerikanismus“ zur Welt kommen wird, wie z.B. Gorz (1985) vermutet, ist offen.

3. Soziale Bewegungen und Fordismus

In der Darstellung des Fordismuskonzepts habe ich bislang einen zentralen Aspekt ausgeblendet, nämlich die konstitutive Bedeutung von sozialen Kämpfen und Bewegungen. Auch wenn der Akkumulationsprozeß als Motor der gesellschaftlichen Umwälzungen angesehen wird, versuchen die Vertreter der Fordismus-These den Fußangeln eines ökonomistisch reduzierten Marxismus zu entgehen. Schon in den Arbeitsprozeß sind soziale Kämpfe eingeschrieben. Die tayloristische Reorganisation der Produktion ist kein technisch-wissenschaftlicher Sachzwang oder die blinde Exekution von Marktgesetzen, sondern ein herrschaftliches Projekt der Arbeitsintensivierung und der Enteignung von Kontrollkompetenzen der Arbeiter über den Produktionsablauf. Ein umfangreiches Kapitel in den Arbeiterbewegungen dieses Jahrhunderts ist daher der mehr oder weniger erfolgreiche Widerstand gegen den Taylorismus. Nationale und branchenspezifische Unterschiede finden hier eine erklärende Variable (de Montmollin/Pastré 1984, Lappe 1985). Auch nach erfolgreicher Taylorisierung bleibt der Arbeitsplatz ein Kampffeld; am Fließband entwickeln sich neue Kampfformen von der Sabotage bis zum Massenstreik. Fordismus ist nur als gesamtgesellschaftliches Projekt denkbar. Er bedarf disziplinierter Lebensführung und entsprechender Mentalitäten, Freizeit muß als Konsumzeit „erfunden“ werden. Diese Umbrüche sind von widerstreitenden Bewegungen geprägt, die oft anti- oder profordistische Komponenten amalgamieren. Die fordistische Lebensweise kommt nicht ohne die neue Bewußtseins- und Werbeindustrie in Gang, flankiert von Rationalisierungs- und technokratischen Bewegungen. Teile der Jugendbewegung definieren sich selbst als antitayloristisch. Die faschistischen Bewegungen propagieren Elemente des fordistischen Projekts: Produktivismus, Freizeitindustrie, Konsumismus.

Daß auch Strömungen der Arbeiterbewegung auf den Fordismus setzen oder ihn zu beerben hoffen, war schon am

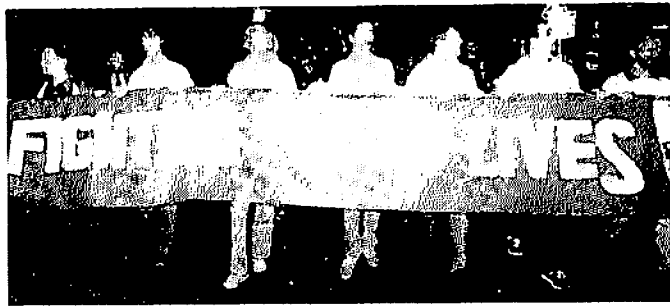


Beispiel Gramscis deutlich geworden.

Schon aus diesen Bewegungsbeispielen wird deutlich, daß im Fordismuskonzept einerseits ein Interpretationsrahmen für die Analyse sozialer Bewegungen in ihrem Vergesellschaftungszusammenhang gefunden werden kann, andererseits jeder Ableitungsanspruch — etwa im Sinne eines Grundwiderspruchs, der zwei Hauptbewegungen gebiert — in die Irre führt. Soziale Bewegungen können Ausdruck und Verstärker von Krisentendenzen einer Vergesellschaftungsform sein, sie treten als Akteure in einer Übergangsperiode oder als gestaltende Kräfte der neuen Gesellschaft auf. Sie können dabei, wie etwa die Arbeiterbewegung, in mehreren Phasen der kapitalistischen Entwicklung eine zentrale Rolle einnehmen, oder sie treten, wie die faschistischen Bewegungen, als Protagonisten regressiver Krisenlösungen auf. Auch wenn die homogenisierende Wirkung des Fordismus die Ausbildung relativ starker Organisationen der Arbeiterschaft begünstigte, bleibt doch sehr die Frage, ob deren Organisationspraxis (z.B. in der BRD) nicht in wesentlichen Zügen (Bürokratisierung, Individualisierung, Verrechtlichung) fordistische Grundmuster variiert und sich gegenüber den Folgelasten dieses Vergesellschaftungsmusters eher abschottete — mit der Folge von Bewegungen, die die liegengebliebenen Themen politisieren. Wenn schon das fordistische Bewegungsterrain nicht durch eine zentrale Bewegung strukturiert war, so ist dies für die gesellschaftlichen Heterogenisierungstendenzen der neuen Phase gegenwärtig noch weit weniger zu erwarten. Wenn im folgenden das Thema Fordismus und soziale Bewegungen vor allem auf die „neuen sozialen Bewegungen“ bezogen wird, dann deshalb, weil vor allem von ihnen radikale Kritiken am vorherrschenden Vergesellschaftungsmodus vorgebracht werden und mit ihnen gegenläufige Sozialmilieus entstanden sind. In diesem Sinne scheint die These vom „Ende der Arbeiterbewegung“ (Pirker 1982) für die Bundesrepublik plausibel, in der es nicht mehr zu Ausprägung der traditionellen Solidar- und Vereinskultur kam.

a. Neue soziale Bewegungen als „Produkte“ des Fordismus

Sieht man einmal von literarischen und bohèmehaften Vorläufern ab, dann treten nsB am Ende der Boomphase auf und klagen die liegengebliebenen Versprechen der Phase ein: *Modernisierung* der kulturellen, persönlichen und sozialen Verhältnisse. Den Bewegungen geht es um den Abbau von autoritären Überhängen und eine Relativierung der puritanischen Leistungsmoral. Die Chancen des Individualisierungsschubs werden im Sinne des Anspruchs auf Selbstverwirklichung und Gestaltung der eigenen Lebensumstände gegen traditionalistische Überhänge eingefordert: demokratische Normen gegen autoritäre und faschistische Traditionsbestände, Chancengleichheit gegen das Fort-



wirken traditioneller Benachteiligungsmuster (etwa für Frauen und Arbeiterkinder im Bildungswesen), demokratische Öffnung der Hochschulen gegen ein reaktionäres Ordinarienwesen, reflexiver Umgang mit Lebensstilen gegen autoritäre Leitbilder (Familie, inklusive Kinder, Küche und Kirche).

Aber bereits in den Anfängen reduzieren sich nsB nicht auf die Ausweitung und Beschleunigung der kulturellen Freisetzungprozesse, die für das fordistische Projekt zentral sind. Vielmehr artikulieren sie auch dessen immanente *Widerspruchs- und Krisenpotentiale*. Die „Beat-Generation“ kreierte nicht nur selbstbewußt immer neue Konsummuster und agierte als Avantgarde der Werbeindustrie gegen die Unbeweglichkeit der Elterngeneration, sondern drückte bereits deutlich das Unbehagen an der warenförmigen Zurichtung und konsumistischen Umdeutung von Lebenswünschen aus. Von der Konsumismus-Kritik führt ein kurzer Weg zu neuen Formen der Gemeinschaftsbildung. Nähe, affektive Solidarität und kollektive Gegenbilder sind nicht nur selbstreferentielle Gestaltung, sondern auch Reaktion auf die fordistisch erzeugte Isolation und Atomisierung. In den Protesten gegen Rüstung und Atombewaffnung, gegen die „schmutzigen“ Kriege in der „Dritten Welt“, gegen die Verschandelung der Natur oder gegen innergesellschaftliche Gewaltformen (vom Autoverkehr bis zum inszenierten Massensport) stehen die destruktiven Seiten des Akkumulationsmodells in den Metropolen und an seinen „Rändern“ auf der Tagesordnung.

Mit dem Nebeneinander von Modernisierung und Widerspruch hängt wohl auch die *politische Ambivalenz* der neuen sozialen Bewegungen zusammen. Einmal können sie als bedeutsame Schubkräfte für politische Reformen gesehen und genutzt werden, wie z.T. in der Phase der „inneren Reformen“. Zum anderen werden sie zu Akteuren, die Krisenprozesse deutlich beschleunigen, wo die administrativen Reaktionen den vergesellschaftungskritischen Eigensinn der nsB verfehlen müssen und zugleich Anstöße für Folgebewegungen geben können, falls integrative und repressive Strategien erfolglos bleiben. Für die Bundesrepublik läßt sich zeigen, daß die reformpolitische Einbindung eher die Ausnahme blieb und nsB deutlicher als Protagonisten der Krise fordistischer Vergesellschaftung wirkten. Dies gilt vor allem für die Mißbilligung politischer Formen, sozialstaatlicher Regulierungen und kultureller Modelle, sowie die Sensibilisierung für die Folgelasten des Fordismus.

b. Neue soziale Bewegungen als Akteure in einer Umbruchsphase

NsB sind zwar „Kinder“ des Fordismus, weil sie in dieser Phase kapitalistischer Vergesellschaftung entstanden und von ihr geprägt sind, ihre aktuelle politische und gesellschaftliche Bedeutung erhalten sie jedoch als Akteure in einer Periode des Übergangs zu einem neuen Akkumulations- und Gesellschaftsmodell. Der Blick zurück auf die langwierige Durchsetzung des Fordismus läßt erwarten, daß diese Mutationsphase Jahrzehnte dauern kann. In diesem Zeitraum unterliegen auch die sozialen Akteure schnellen Veränderungen und bilden wechselnde Konfliktlinien und Bündnisconstellationen aus. Nichts spricht für die Annahme, daß ausgerechnet die neuen sozialen Bewegungen diesem Veränderungsprozeß entzogen sein sollten.

Das Fordismuskonzept legt zunächst eine nüchterne Bestandsaufnahme gesellschaftlicher Machtverhältnisse nahe. NsB sind dann nicht der lebendige Indikator für den sanften Übergang zum Postindustrialismus, sondern ein minoritärer Akteur bzw. ein soziales Kräftefeld, das in einigen Bereichen politische Themen vorgibt, soziale und kulturelle Muster ausprägt, die gesellschaftliche Resonanz erzielen. Dieses Innovationspotential der Bewegungsmilieus steht oft im ungekehrten Verhältnis zu ihrem politischen Einfluß. Während in der sozialdemokratischen Ausprägung des „Modell Deutschland“ das etablierte politische System gegenüber den Bewegungsthemen abgeschottet schien und die Bewegungsmilieus angesichts dieser Ausgrenzung ihre alternativen Muster und Selbstdeutungen zuspitzen konnten, sind heute die Bewegungsthemen in den Programmdiskussionen aller Parteien präsent, und die nsB scheinen im Zustand der „latenz“ eigentümlich sprachlos oder konfus.

Dies deutet auf eine weitere Schwachstelle der nsB hin: ihre Produktionsferne. Sicher, kulturelle Muster, Werthaltungen, Milieus sind wichtige Faktoren bei der Durchsetzung bzw. Blockierung von Produktionsmodellen und Technologien, darauf legt gerade das Fordismuskonzept Wert. Zudem haben die nsB nicht wenig zur „Politisierung der Produktion“ (Kitschelt 1985) beigetragen, indem sie gegen die Folgelasten von großindustriellen Anlagen und Risikotechnologien, gegen Ressourcenverschleiß und Umweltzerstörung demonstrieren und sich auf die Suche nach alternativen Technologien, Produk-

tionsweisen und Produkten begeben. Auch die Projektzone der Bewegungen ist durch die Debatten über Schattenwirtschaft und Dualgesellschaft zu neuer Anerkennung gekommen. Dennoch ist die Distanz zur industriellen Produktion groß. Da diesem Bereich auch im Nachfordismus eine zentrale Rolle zukommen wird, wirkt diese Leerstelle auch auf die Reichweite und die politischen Chancen der Alternativen, die aus den nsB kommen, zurück.

Für die Stabilität der nsB und ihre Fähigkeit, immer neue Themen aufzugreifen, ist die Ausbildung von Netzwerken, SPINs, Scenes etc. zentral. Die relative Stärke und Eigenständigkeit der westdeutschen nsB dürfte vor allem auf die Dichte der Projekte- und Alternativkultur, auf die Etablierung von „Scenes“ in den größeren Städten zurückzuführen sein (Brand 1985). Kulturelle Gegenmuster können hier erprobt und durchgehalten werden, politische Orientierungen — etwa die prägende Wirkung der „Neuen Linken“ — überdauern einzelne Themenkonjunkturen. Die Bewegungsmilieus erlauben unterschiedliche Formen und Grade des Engagements: es treffen sich Professionelle aus den Projekten und Konsumente, Daueraktivisten und Trittbrettfahrer, Günstlinge der alternativen Lebenschancen und gegenkulturelle Avantgardisten. Aber diese Bewegungsmilieus sind keine Inseln oder gar „befreite Gebiete“. Dauerarbeitslosigkeit, Kürzungen in den Sozialtats wirken auf Ansprüche und Möglichkeiten ebenso ein wie die Einbeziehung in staatliche Sozial- und Arbeitsmarktpolitiken. Wurde in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre vor allem um das politische Selbstverständnis als Gegenkultur gerungen — etwa mit der symptomatischen Alternative „Autonomie oder Getto“ (Kraushaar 1978) — so stehen wenige Jahre später eher pragmatische und Überlebensfragen im Vordergrund (Professionalisierung, Subventions- und Förderungsbedingungen etc.). Die Reproduktion der Bewegungsmilieus, ihre Innovationspotentiale und Protestkapazitäten dürfen keineswegs als gesichert unterstellt werden.¹⁰

Bei der Suche nach den gesellschaftlichen Alternativen der nsB findet sich gegenwärtig eine verwirrende Vielfalt. Diese Situation widerspricht zunächst jenen Hoffnungen, die auf eine zunehmende konzeptionelle Verdichtung und Konturierung gerichtet waren. Zwar werden egallitäre (materielle Grundsicherung, Arbeitszeitpolitik) und Vetopositionen gegenüber den neuen Technologien bezogen, die eine politische Gestaltbarkeit allererst ermöglichen sollen. Aber die politischen und sozialen Gegenentwürfe der nsB ergeben sich nicht aus der Erweiterung von Bewegungsmilieus und Alternativprojekten.

Radikalitätsverlust, Inkorporierung, Segmentierung, Isolierung und politische Neutralisierung sind einige der Begriffe,

die heute fallen, wenn von Entwicklungstendenzen in den Bewegungsmilieus die Rede ist. Auch wenn genaue Analysen fehlen, signalisiert dies, daß nsB vielleicht zu voreilig zu einem stabilen und einflussreichen Akteur der Mutation stilisiert wurden. Noch größere Vorsicht ist gegenüber Versuchen angebracht, der Unübersichtlichkeit der Übergangssituation durch eine Positivierung der Protestakteure und ihrer Milieus zu entgehen. Marcuses „neuer Mensch“ ist ebenso Utopie geblieben wie die „stille Revolution“ der Postmaterialisten.

Roland Roth

Anmerkungen

1. Präzise Analysen über die soziale Zusammensetzung einzelner Bewegungen und Bewegungsmilieus stehen noch weitgehend aus. Meist gilt als Beleg für die Mittelschichten-These die Sozialstruktur der Wählerschaft grün-alternativer Listen und Parteien. Neuere Daten lassen auch an solchen Deutungen Zweifel aufkommen (Schmollinger 1985:20 ff); danach scheint z.B. der Arbeiteranteil bei Grün-Wählern nur wenig unterproportional (Infas 1985). Insgesamt dürfte die soziale Zusammensetzung der Bewegungsmilieus wesentlich heterogener sein, als in der Mittelschichten-These unterstellt.
2. Bewegungs„unternehmer“ haben durchaus Chancen auf dem „normalen“ Markt und sie nutzen auch solche Optionen. Dies läßt sich nicht nur mit der Sogwirkung der Werbebranche auf Aktivisten der 68er-Generation belegen; Horx und Stephan bieten aktuelles Anschauungsmaterial.
4. Kitschelt 1985
5. Dieser Einwand richtet sich nicht gegen den analytischen Gehalt der Spätkapitalismus-These (politische Regulierung, wohlfahrtsstaatliche Sicherungssysteme etc.)
6. In der Darstellung des „Fordismus“-Konzepts knüpfte ich weitgehend an neuere Arbeiten von Joachim Hirsch (besonders 1985a,b) an, die teilweise auf gemeinsame Arbeitszusammenhänge zurückgehen. Zur aktuellen Debatte über die „langen Wellen“ s. Jänicke (1985).
7. Liepietz (1982, 1984) spricht von peripherem Fordismus und „bloody taylorization“, dem es vor allem an der Konsum- und Wohlfahrts„schleife“ der kapitalistischen Metropolen fehlt.
8. Da es mir lediglich um die Erweiterung von Fragestellungen und Interpretationsperspektiven geht, verzichte ich auf Einzelbelege. Übersichten über den westdeutschen Bewegungssektor bieten Brand/Büsser/Rucht (1983) und Roth (1985).
9. Es ist wohl ein Zeichen für die „Modernität“ der nsB, wenn Krieg und Hunger in der „Dritten Welt“ nicht als kontingent oder historisch zufällig gedeutet werden, sondern als vom „System“ produziert.
10. Oft tendieren Beiträge zu nsB zu allzu optimistischen Annahmen über die involvierten Individuen. Daß auch dort destruktive und selbstdestruktive Erscheinungen aufzufinden sind, Selbstreferenz zu „Belagerungsmentalität“, neuer Bescheidenheit und Realitätsverlust führen kann, sollte zumindest erwogen werden (s. Lasch 1984).

Literaturverzeichnis

- Altwater, Elmar, 1985: Kredit und Hegemonie. Über die Aussichten für einen baldigen Aufschwung des kapitalistischen Weltmarkts, in: Jänicke, 79-118
- Bell, Daniel, 1973: Die nachindustrielle Gesellschaft. Frankfurt/NY 1975
- Brand, Karl-Werner, (Hg.), 1985: Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Ein internationaler Vergleich. Frankfurt/NY
- Brückner, Peter, 1982: Psychologie und Geschichte. Berlin
- Castells, Manuel, 1983: The city and the grassroots. London
- Eder, Klaus, 1983: Neue soziale Bewegungen. Arbeiterbewegung und bürgerliche Emanzipationsbe-

- wegung. Überlegungen zu Kontinuität und Diskontinuität in der Geschichte der sozialen Bewegungen in der Moderne. Ms.
- Eder, Klaus, 1985: Die „neuen sozialen Bewegungen“: Moralische Kreuzzüge, politische Protestbewegungen oder soziale Bewegung? Ms.
- Esser, Josef/Joachim Hirsch, 1984: Der CDU-Staat: Ein politisches Regulierungsmodell für den „nachfordistischen“ Kapitalismus, in: Prokla 56, 51-56
- Ford, Henry, 1922: My life and work, Garden City, NY
- Ford, Henry, 1930: Moving Forward, Garden City, NY
- Gershuny, Jonathan, 1978: Die Ökonomie der nachindustriellen Gesellschaft. Produktion und Verbrauch von Dienstleistungen, Frankfurt/NY 1981
- Gorz, André, 1985: Le modèle américain et l'avenir de la gauche, in: Autogestion, 19, 7-14
- Gramsci, Antonio, 1967: Philosophie der Praxis, Frankfurt
- Habermas, Jürgen, 1981: Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 2, Frankfurt
- Habermas, Jürgen, 1985a: Der philosophische Diskurs der Moderne, Frankfurt
- Habermas, Jürgen, 1985b: Die neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt
- Hirsch, Joachim, 1980: Der Sicherheitsstaat. Das „Modell Deutschland“, seine Krisen und die „neuen sozialen Bewegungen“, Frankfurt
- Hirsch, Joachim, 1985a: Fordismus und Postfordismus. Die gegenwärtige gesellschaftliche Krise und ihre Folgen, in: Politische Vierteljahresschrift, 2, 1960-1982
- Hirsch, Joachim, 1985b: Auf dem Wege zum Postfordismus? Die aktuelle Neuformierung des Kapitalismus und ihre politischen Folgen, in: Das Argument, 151, 325-342
- Kitschelt, Herbert, 1985a: Materiale Politisierung der Produktion. Gesellschaftliche Herausforderung und institutionelle Innovation in fortgeschrittenen kapitalistischen Demokratien in: Zeitschrift für Soziologie, 3, 188-208
- Kluge, Thomas, (Hg.), 1984: Grüne Politik, Frankfurt
- Kraushaar, Wolfgang, (Hg.), 1978: Autonomie oder Getto? Frankfurt
- Lappe, Lothar, 1985: Technologie, Qualifikation und Kontrolle: Die Labor-Process Debatte aus der Sicht der deutschen Industriesoziologie, Ms., Berlin
- Lipietz, Alain, 1985: Akkumulation. Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff der „Regulation“, in: Prokla, 58, 109-137
- Lutz, Burkhard, 1984: Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt/NY
- Marcuse, Herbert, 1964: Der eindimensionale Mensch, Neuwied 1967
- Marcuse, Herbert, 1969: Versuch über die Befreiung, Frankfurt
- de Montmollin, Maurice/Oliver Pastré, (Hg.), 1984: Le taylorisme, Paris
- Mooser, Josef, 1983: Abschied von der „Proletarität“. Sozialstruktur und Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik in historischer Perspektive, in: Werner Conze/Rainer M. Lepsius (Hg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 143-186
- Offe, Claus, 1983: New social movements: Challenging the boundaries of institutional politics, Ms., Bielefeld
- Offe, Claus, 1985: Gesellschaftstheoretische Agenda zur Behandlung von neuen sozialen Bewegungen, Vortrag, München
- Poulantzas, Nicos, 1978: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, sozialistische Demokratie, Hamburg
- Rammstedt, Otthein, 1978: Soziale Bewegung, Frankfurt
- Scharpf, Fritz W., 1985: Strukturen der postindustriellen Gesellschaft, oder: Verschwindet die Massenarbeitslosigkeit in der Dienstleistungs- und Informations-Ökonomie?, IIM/LMP 84-23, Berlin
- Touraine, Alain, 1969: Die postindustrielle Gesellschaft, Frankfurt 1972
- von Werthof, Claudia, 1983: Der Proletarier ist tot. Es lebe die Hausfrau?, in: dies. Maria Mies, Veronika Bernholdt-thomsen, Frauen, die letzte Kolonie, Reinbeck, 113-136
- Ziche, Thomas, 1981: Zur Verletzlichkeit des Narzismus. Der psychische Niederschlag „kultureller Freisetzungprozesse“, Ms.



Fordismus und „3. Welt“

Fordismus, peripherer Kapitalismus und halbindustrialisierte Schwellenländer

Dieser Beitrag ist ein Auszug aus einem längeren Artikel des Autors, der in der „Peripherie“ Nr. 22/23, 1986, abgedruckt wurde.

Ausgangspunkt jenes Artikels ist die von Hurienné konstatierte Krise der entwicklungspolitischen Großtheorien. Insbesondere die gerade für kritische Dritte-Welt-Bewegte stark richtungsweisende Theorie des peripheren Kapitalismus steht dem derzeit zu beob-

Der auf der breiten Massennachfrage beruhende autozentrierte Kapitalismus war erst das späte Resultat der Verallgemeinerung der fordistischen Akkumulations- und Regulierungsweise in der Nachkriegszeit. Zum ersten Mal in der langen Geschichte des Kapitalismus konnte das Problem der Absatzmärkte für die industrielle Wachstumsdynamik durch die Verkopplung des Produktivitätswachstums mit der Reallohnentwicklung und die Verflechtung von Produktionsmittel- und Konsumgüterindustrien bei wachsender Kapitalisierung der Landwirtschaft endogen „gelöst“ werden.

Die hohe Wachstumsdynamik der metropoliten Massenkongsumgütermärkte wies den externen Märkten daher eine neue Rolle zu: während der Außenhandel der Industrieländer vor dem 2. Weltkrieg als komplementärer Austauschprozeß zu zwei Dritteln auf Agrar- und Rohstoffländern ausgerichtet war, verschob er sich in dem fordistischen Nachkriegsboom auf den substitutiven interindustriellen Austausch zwischen Industrieländern.¹ Dementsprechend sank der Anteil der agrarischen Primärgüter am Welthandel von fast der Hälfte 1913/37 auf ein Fünftel 1970, während der Anteil der mineralischen Rohstoffe (inklusive Brennstoffe) von 16 auf 22 % und der Fertigwaren von 37 auf 55 % anstieg. Innerhalb der Fertigwaren erhöhte sich dabei der Anteil des

achtenden Differenzierungsprozeß innerhalb der dritten Welt relativ hilflos gegenüber. Als globales Erklärungsmodell hat sie versagt — so Huriennés These — ; allenfalls auf die sozio-ökonomischen Verhältnisse in einigen afrikanischen Ländern können ihre Grundaussagen noch Anwendung finden.

Aussichtsreicher scheint es dem Autoren, die derzeitigen Entwicklungen innerhalb des Weltkapitalismus mit Hilfe der auf französische, strukturalistische beeinflusste Marxisten zurückgehende Fordismustheorie (siehe Text von R. Roth) zu erklären.

Sie ist Hurienné zufolge der Theorie des peripheren Kapitalismus noch in einem weiteren Punkt überlegen: Ihre Auffassung von der Entwicklung des zentralen Kapitalismus kommt der Realität wesentlich näher. Eine sorgfältige Sichtung des historischen Materials zur Industrialisierung Englands und anderer mitteleuropäischer Industrieländer hat sie zu einer Revision der von Senghaas und Eisenhans überzeugt verfochtenen Auffassung bewogen, der Industriekapitalismus sei schon in seiner ersten Phase binnenmarktorientiert und an einer breiten Massennachfrage nach industriellen Konsumgüter ausgerichtet gewesen.

Maschinen- und Fahrzeugbaus von einem Viertel auf die Hälfte.

Diese Entwicklungstendenzen, die Struktur und Dynamik des Welthandels revolutionierten, waren nur die Kehrseite der wachsenden Autozentriertheit des metropoliten Kapitalismus: Die technologische Modernisierung der Landwirtschaft erhöhte den Selbstversorgungsgrad

und senkte daher den Importbedarf Westeuropas bei vielen Nahrungsmitteln; die durch niedrige Erdölpreise geförderte Substitution natürlicher durch synthetische Rohstoffe beflügelte die chemische Industrie und begrenzte gleichzeitig die Nachfrage nach agrarischen Rohstoffen aus den Entwicklungsländern; die enorme Steigerung der Reallohniveaus dynamisierte

vor allem die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern und weniger die nach den tropischen Genußmitteln und „Kolonialwaren“ Kaffee, Kakao, Tee und Tabak: die hohe Kapitalintensität der landwirtschaftlichen und industriellen Massenproduktion führte über die schnell steigende Nachfrage nach spezialisierten Kapitalgütern zu einer zunehmenden Produktions-spezialisierung innerhalb Westeuropas.

Entgegen dem äußeren Anschein einer wie vor 1913 primär durch hohe Exporte begründeten industriellen Wachstumsdynamik kam in der Phase der Verallgemeinerung der fordistischen Massenproduktion in Westeuropa bis 1965 der endogenen Binnenmarktdynamik das Primat zu: Trotz hoher Exporte stieg deren Anteil an der Industrieproduktion bis 1965 mit der Ausnahme der Bundesrepublik nur geringfügig.

Erst mit der nach 1965 einsetzenden Krise des fordistischen Wachstumsmodells kam es zu einer enormen Zunahme des Internationalisierungsgrades der Industrieproduktion durch den wechselseitigen intra-industriellen Handel und entsprechende Direktinvestitionen.

Die allgemeinen Folgen der relativ autozentrierten Entwicklung der Industrieländer und des ab 1965 einsetzenden Internationalisierungswettlaufes für die Peripherie des kapitalistischen Weltsystems waren zwiespältig. Die wachsende Autozentriertheit der fordistischen Akkumulationsdynamik und die Strukturveränderungen des Welthandels führten einerseits zu ihrer relativen Abkoppelung oder Desintegration aus der Weltwirtschaft, bewirkten andererseits aber eine um so intensivere Ankoppelung an das fordistische Konsum- und Wachstumsmodell der industriellen Zentren.

Der Anteil der außereuropäischen Peripherie an den Weltexporten sank zwischen 1950 und 1970 von 31 auf 18 %, ohne die erdölexportierenden Länder von 24 auf 11 % (UNCTAD 1984, S. 26). In den siebziger Jahren erhöhte sich nur der Anteil der OPEC von 1,7 auf 17 %, während der Anteil der restlichen Entwicklungsländer bei 11 % stagnierte. Gleichzeitig sank auch die Bedeutung der Peripherie für die Industriegüterexporte der Industrieländer: Zwischen 1955 und 1970 ging ihr Anteil von 33 % auf 19 %, ohne OPEC von 28 % auf 16 % zurück und erhöhte sich bis 1981 auf 29 %, ohne OPEC aber nur auf 18 % (UNCTAD 1984, S. 74, Bairoch 1975, S. 105).

Das entsprach 1970 ca. 5,3 % der Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe der Industrieländer. Aber auch der Anteil der Peripherie an den Kapitalgüterexporten der Industrieländer lag nur 2 % über denen der Industriegüterexporte (UNCTAD 1984, A 10).

Noch deutlicher wird der Bedeutungsverlust der Peripherie bei der Entwicklung der Auslandsinvestitionen. Vor dem 2. Weltkrieg entfiel auf sie noch fast die Hälfte

te aller Auslandsinvestitionen der Industrieländer, in der Nachkriegszeit sank ihr Anteil ähnlich wie bei den Kapitalgüterimporten von 1950 noch 40 % auf 25 % im Jahre 1980. Hinter diesem allgemeinen Bedeutungsverlust der Peripherie, welcher die wachsende Autozentriertheit des metropoliten Kapitalismus ausdrückte, verbirgt sich allerdings ihre wachsende Differenzierung hinsichtlich ihres Entwicklungsniveaus, ihrer Wachstumsdynamik und Formen der Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft.

Mit einigen Daten der Weltbank sollen diese Unterschiede zunächst auf einer rein quantitativen Ebene ansatzweise umschrieben werden. Dabei ist zu beachten, daß die Bruttosozialprodukt-daten bei ihrer Umrechnung in Dollarwerte noch nicht um die großen internationalen Preisunterschiede korrigiert worden sind (Weltbank 1982, S. 22f).

Nach diesen unkorrigierten Weltbankdaten blieb zwischen 1955 und 1980 die Einkommensdifferenz zwischen Entwicklungs- und Industrieländern mit 1:14,5 in etwa gleich groß bei drastischer Zunahme des absoluten Abstandes von 4600 auf 9880 Dollar von 1980. Obwohl dies der gängigen Annahme von rasch steigenden Einkommensunterschieden widerspricht, erscheint dies auf dem Hintergrund der jährlichen Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts pro Kopf durchaus plausibel. Der leichte Vorsprung der Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern von 3,6 zu 3,1 % 1955/70 wurde in den siebziger Jahren durch das deutlich höhere Wachstum der letzteren im statistischen Durchschnitt wieder wettgemacht. Abgesehen davon, daß allein durch die wachsende Monetarisierung gesellschaftliche Verhältnisse sich ein höheres Wachstum für die Entwicklungsländer ohne durchschnittliche Wohlfahrtsgewinne ergeben kann, verbarg sich hinter der Konstanz der Einkommensunterschiede eine *wachsende Differenzierung* innerhalb der Peripherie:

- Der Einkommensabstand der Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen stieg 1955/1980 von einem Verhältnis von 1:4 auf 1:6, zur Untergruppe der bedeutenden Fertigwarenexporteure von 1:7 auf 1:10 und zu den Ölexporturen mit hohem Einkommen von 1:30 auf 1:42.

- Der relative Einkommensabstand zu den marktwirtschaftlichen Industrieländern vergrößerte sich bei den Entwicklungsländern mit niedrigem Einkommen von 1:30 auf 1:40, verringerte sich aber in Folge des relativ hohen Wachstums in den siebziger Jahren geringfügig für die mittleren Einkommen von 1:7 auf 1:6,7 und die Fertigwarenexporteure von 1:4,7 auf 1:4. Trotzdem erhöhte sich der absolute Einkommensabstand nicht nur für die Länder mit niedrigem Einkommen von 4780 auf 10.350, sondern auch für die mit mittlerem Einkommen von 4240 auf 9030 und die Fertigwarenexporteure von

8390 auf 4070.

- Der relative Einkommensabstand zu den Ländern mit niedrigem Einkommen war daher für die Länder mit mittlerem Einkommen insgesamt 1980 mit 1:6 fast ebenso groß wie der zu den Industrieländern, für die Untergruppe der Fertigwarenexporteure und die restlichen 10 Länder der oberen Einkommenskategorien mit 1:10 deutlich höher als der Abstand zu den Industrieländern von 1:4, während der durchschnittliche absolute Einkommensabstand mit 1320 bis 2390 Dollar nur ein Siebentel bzw. ein Drittel des Abstandes zu den Industrieländern ausmachte.

- Während der Einkommensabstand zwischen marktwirtschaftlichen Industrieländern ohne die europäischen Entwicklungsländer Portugal, Griechenland und Jugoslawien sich von 1:5 auf fast 1:2 reduzierte, erreichte er 1980 in Asien extrem hohe Werte (Bangladesh zu Südkorea 1:12, zu Saudiarabien 1:92), in Afrika (Mali zu Nigeria 1:5, zu Algerien 1:10) deutlich hohe und in Lateinamerika (Bolivien zu Brasilien 1:4, zu Venezuela 1:7) relativ hohe Werte.

- Das Pro-Kopf-Einkommen Südamerikas überstieg 1980 das Afrikas um das Zweieinhalbfache, das Asiens um das Sechsfache. Der Einkommensabstand Lateinamerikas zu Schwarzafrika und zu Asien war 1980 größer als der zu den Industrieländern (ohne die europäischen Entwicklungsländer 1:5 und zu Europa insgesamt 1:3,6).

Die hohen Einkommensunterschiede innerhalb der Peripherie korrespondieren mit deutlichen, wenn auch weniger krassen Unterschieden bei den ökonomischen und sozialen Entwicklungsindikatoren Urbanisierungs- und Industrialisierungsgrad, Alphabetenquote, Lebenserwartung und Kindersterblichkeit, Kaloriengehalt pro Kopf, Anteil der absoluten Armut an der Gesamtbevölkerung, etc. (Weltbank 1983, S. 218 f.). Allerdings läßt sich auch bei einigen Schwellenländern wie Brasilien und Mexiko mit einem vergleichsweise hohen ökonomischen Entwicklungsniveau, aber einer extrem hohen Ungleichheit der sozialen und regionalen Einkommensverteilung ein deutlicher Rückstand der sozialen Entwicklungsindikatoren feststellen, der allerdings nur in eindeutigen Armutsregionen wie dem Nordosten Brasiliens sich den Durchschnittswerten der armen Entwicklungsländer annähert.

Zwischen Einkommensniveau und Ungleichheit der Einkommensverteilung läßt sich aufgrund der vorliegenden, vor allem für die unteren und obersten Einkommenssegmente unzulässigen Erhebungen für einzelne Länder nur ein lockerer Zusammenhang erkennen. Während die Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen eher eine egalitäre Verteilung aufwiesen, gibt es in der unteren und der oberen Einkommenskategorie der Länder mit

mittlerem Einkommen sowohl Länder mit geringer (Südkorea, Taiwan, Argentinien) und hoher Ungleichheit (Kenia, Elfenbeinküste, Brasilien Mexiko). Andererseits ist in allen Entwicklungsländern mit einer überdurchschnittlich hohen kapitalistischen Wachstumsdynamik (Südkorea, Taiwan, Brasilien) die Einkommensungleichheit eher gestiegen, während sie in den Ländern oder Phasen mit schwachem Wachstum eher gesunken ist.

Wie lassen sich nun diese extrem hohen *quantitativen* Unterschiede im durchschnittlichen Einkommens- und sozialökonomischen Entwicklungsniveau innerhalb der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems *qualitativ* darstellen? Im Unterschied zum autozentrierten Kapitalismus mit seiner tendenziellen Angleichung der Produktionsstrukturen, Konsumweisen und Einkommensniveaus zwischen und innerhalb der industriellen Kernländer war die kapitalistische Entwicklung in der Peripherie durch eine hohe und zunehmende Heterogenität der sozialökonomischen Entwicklungsprozesse, der Entwicklungswege und des Entwicklungsniveaus zwischen Ländern, Regionen und volkswirtschaftlichen Sektoren gekennzeichnet. Diese wachsende Heterogenität der Entwicklungsniveaus und Entwicklungswege war das Produkt unterschiedlicher historischer Ausgangsbedingungen und der dadurch bedingten unterschiedlichen Formen, Strukturen und Folgen der durch den Weltmarkt vermittelten Penetration der fordistischen Konsum- und Akkumulationsweise als allgemeinem Zivilisationsmodell der Nachkriegszeit:

1. In der Mehrheit der jungen Kolonialländer Schwarzafrikas mit später politischer Unabhängigkeit, die zum Zeitpunkt der Entkolonialisierung einen über 70 %igen Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten einen Urbanisierungsgrad von unter 20 %, einen Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt von unter 8 % und einen im Durchschnitt weit unter 20 % liegenden Anteil von überwiegend landwirtschaftlichen Lohnabhängigen aufweisen, führte die Penetration an der fordistischen Konsumweise eher zum klassischen Fall der peripher-kapitalistischen Verknüpfung von Luxusgüterimporten (Autos, Fernseher etc.) mit Primärgüterexporten, in letzter Zeit auch einfachen Konsumgüterexporten. Diese Länder zeichnen sich außerdem aus durch zunehmende Produktionsmittelimporte für den Aufbau von fordistischen Konsumgüterindustrien mit Montagecharakter und — trotz hoher Wachstumsraten von Produktion und Beschäftigung — niedrigem, meist sinkendem Verflechtungsgrad mit dem Rest der Volkswirtschaft, trotz niedriger Löhne und langer Arbeitszeiten niedriger Produktivität, einem geringen Anteil an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung und damit auch geringer sozialökonomischer Entwicklungseffekte.² Die Verallgemeinerung der fordistischen Konsumweise blieb daher i.d.R. auf kleine

städtische Eliten begrenzt, die ihren Luxuskonsum nur durch hohe Erdöl- und Bergbaurenten finanzieren können sowie durch die verstärkte Ausbeutung der Landwirtschaft, die nach wie vor die Mehrheit der Bevölkerung beschäftigt. Dieser „urban bias“ führte daher mit wenigen Ausnahmen in die Entwicklungssackgasse einer vor allem in Afrika dramatisch zunehmenden Agrarkrise, mit einem über 50 % geschätzten Anteil der absolut Armen, mit der Ausweitung des informellen Sektors in den Städten und in der Industrie, der Konservierung entwicklungsfähiger Sozialstrukturen, hoher politischer Instabilitäten und eines wachsenden Einkommensabstandes zu den Industrie- und Schwellenländern.

2. In den ehemaligen Kolonialländern Nordafrikas, des Nahen Ostens und Süd- und Südostasiens sowie den eher mittelgroßen und kleinen exportorientierten Ländern Lateinamerikas lag 1950 der Urbanisierungsgrad, der Anteil der Industrie und der Lohnabhängigen deutlich über der ersten Gruppe der klassischen peripher-kapitalistischen Länder. Die kapitalistische Produktionsweise wies daher bereits einen höheren Verallgemeinerungsgrad auf, allerdings eher in Form eines exportorientierten Agrarkapitalismus und eines dominanten städtischen Handelskapitals. Die mit der Ausnahme Indiens, Ägyptens und der Türkei erst verspätet nach der Unabhängigkeit bzw. in Lateinamerika nach dem Ende des Primärgüterexportbooms 1954 einsetzende importsubstituierende Industrialisierung wurde selbst bei einfachen Konsumgütern in hohem Maße von ausländischen Konzernen dominiert und blieb im Bereich dauerhafter Konsumgüterindustrien auf Montageindustrien mit hohen Vorproduktimporten beschränkt. Die fordistische Konsumweise erfaßt in diesen Ländern zwar einen quantitativ größeren Teil der städtischen Bevölkerung, die hohe Ineffizienz der dauerhafte Konsumgüter montierenden Industrien beschränkte aber über die hohe relative Preise eine weitgehende Revolutionierung der Konsumstrukturen der städtischen Beschäftigten. Andererseits wiesen die traditionellen Konsumgüterindustrien eine dynamische Entwicklung auf, die durch die Produktionsverlagerungen in den 70er Jahren unterstützt wurde.

Trotz Ölpreiserhöhung und verstärkter industrieller Reexporte aus freien Produktionszonen blieben die Entwicklungseffekte der Industrie begrenzt. Entsprechend groß ist der Anteil des informellen Sektors der nichtkapitalistischen Waren- und Dienstleistungsproduzenten an den nichtlandwirtschaftlichen Beschäftigten. Die vor allem seit der Verschuldungskrise dramatische Devisenknappheit führte in vielen Ländern dieser Gruppe zu einem massiven Ruin importabhängiger Konsumgüterindustrien und dem boomartigen Zuwachs der einfachen Warenproduktion, die lokale Rohstoffe, einfache Produktionsmittel und konkurrenzlos billigen Fa-

milienarbeitskraft einsetzte.

3. Zu einer weitgehenden Übertragung der fordistischen Akkumulationsweise kam es in der 3. Welt nur in den wenigen Flächenstaaten Lateinamerikas (Argentinien, Mexiko, Brasilien) mit langer politischer Unabhängigkeit, die bereits 1950 über eine von nationalen Unternehmern getragene abgeschlossene Industrialisierung im Bereich einfacher Konsumgüter verfügten — mit einem Anteil der Industrie am BIP von 19 % (Mexiko) bis 24 % (Argentinien) und einer vergleichsweise entwickelten materiellen Infrastruktur. Die hinter hohen Zollschränken vorwiegend von ausländischen Konzernen organisierte Implementation fordistischer Konsumgüterindustrien war mit dem von staatlichen Unternehmen organisierten Aufbau von schwerindustriellen Vorproduktindustrien und dem Ausbau der komplementären materiellen Infrastrukturen verbunden. Die dazu notwendigen hohen Kapitalgüterimporte wurden durch die Primärgüterexporte der modernisierten landwirtschaftlichen Exportproduktion und des Bergbaus sowie den als Direktinvestitionen deklarierten Transfer von abgeschriebenen, aber noch funktionstüchtigen Produktionsanlagen aus den Industrieländern „finanziert“.

Die in der Auf- und Ausbauphase des fordistischen Industriekomplexes extrem hohen Wachstumsraten der Industrieproduktion und der Industriebeschäftigung führten zusammen mit dem wachsenden interindustriellen Verflechtungsgrad, der in den 70er Jahren durch die weitgehende Komplettierung der Kapitalgüterindustrien enorm gesteigert wurde, zu vergleichsweise hohen Zuwächsen der Arbeitsproduktivität und damit langfristig sinkenden relativen Preisen für fordistische Konsumgüter.

Trotz des Fehlens einer umfassenden fordistischen Regulierungsweise und damit einer nur bei der Hälfte der Produktivitätszuwächse liegenden Steigerungen der industriellen Durchschnittslöhne bei hoher Zunahme der Lohndifferenzen und eher stagnierenden, phasenweise sogar sinkenden Mindestlöhnen führte die relative Verwohlfelerung der fordistischen Konsumgüter und die massive Konsumentenkreditverschuldung zu einer Revolutionierung der Konsumstruktur der städtischen Lohnabhängigen, die aufgrund des auf 70% ansteigenden Urbanisierungsgrades bereits fast die Hälfte aller Erwerbstätigen ausmachen: Wie in den Industrieländern entfiel die Mehrheit ihrer Konsumausgaben auf großindustriell verarbeitete Waren bei einem 1950/80 von 50 % auf 33 % sinkenden Anteil der Nahrungsmittelausgaben. Dementsprechend sank der Anteil der im nichtkapitalistischen Sektor Beschäftigten in der Industrie auf 10 % (Brasilien) bis 20 % (Argentinien) und an der nichtlandwirtschaftlichen Beschäftigung auf 24 % (Brasilien) bis 35 % (Mexiko). Aufgrund des insgesamt im Vergleich zu den Industrieländern



Motorenmontage / VW do Brasil

niedrigen durchschnittlichen Einkommen- und Lohnniveaus war die fordistische Integration des Konsums der städtischen Lohnabhängigen und sogar Teilen des informellen Sektors in den Kapitalverwertungskreislauf der kapitalistischen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen mit einer städtischen Lohn- und Einkommensdifferenz von über 1:10 und einem Rückgang des pro-Kopf-Konsums von Grundbedarfsgütern verbunden. Ebenso pendelte sich das Einkommensgefälle zur Landwirtschaft und zu den unterentwickelten Regionen auf 1:2 ein.

Der steigende Grad der Einkommensdifferenzierung und damit der Ungleichheit der Einkommensverteilung führte nach dem Abschluß der Aufbau- und Ausbauphase der fordistischen Konsumgüterindustrien zu dynamischen Realisierungsproblemen, die in Argentinien durch das neoliberale Experiment der Militärdiktatur noch verschärft wurden, in Brasilien und Mexiko durch wachsende Industriegüterexporte, eine zunehmende Auslandsverschuldung, staatliche Großprojekte im Infrastrukturbereich und durch den Ausbau der Kapitalgüter- und Grundstoffindustrien nur mühsam bis zum Ausbruch der Verschuldungskrise 1982 überdeckt werden konnten. Die darauf folgende, nur mit 1929/31 vergleichbare tiefe Rezession 1982/83 und die Verwandlung der größten Schuldnerländer der Peripherie in Nettokapitalexporture ließ die entwicklungspolitische

Sackgasse einer binnenmarktorientierten, rein imitativen fordistischen Industrialisierung ohne eine entsprechende Regulierungsweise, den Aufbau eigener technologischer Kapazitäten und die Modernisierung der binnenmarktorientierten Landwirtschaft offenkundig werden.

4. Im Vergleich zu der eher binnenmarktorientierten fordistischen Industrialisierung in den großen Flächenstaaten Lateinamerikas und dem peripheriekapitalistischen, eher exportorientierten Entwicklungsweg, eines Verelendungswachstums der Primärgüterexporte, der industriellen Reexporte aus freien Produktionszonen und der importabhängigen, nichtintegrierten Konsumgüterindustrialisierung in Afrika und Südostasien folgte die nachholende Industrialisierung in den ostasiatischen Schwellenländern Südkorea und Taiwan eher dem japanischen Weg eines graduellen Aufbaus von Konsumgüter-, Zwischenprodukt- und Investitionsgüterindustrien durch den Wechsel von Phasen der zollgeschützten Importsubstitution und selektiver exportorientierter Industrialisierung. Diese erfolgreiche Kopie des japanischen Entwicklungsweges war nur durch die Existenz von sich wechselseitig verstärkenden günstigen Entwicklungsbedingungen möglich: die durch den japanischen Imperialismus bewirkte koloniale Agrarmodernisierung und enklavenhafte Schwerindustrialisierung, die extrem hohe Marshallplan-ähnliche Starthilfe der USA, die durch die unmittelbare System-

konkurrenz bedingte Reform- und Modernisierungsimperativen für die autoritären Staatsklassen und die Mobilisierung der konfuzianistischen Tradition entwickelter Arbeitsamkeit und kollektiver Selbstgenügsamkeit der traditionellen Gartenbaukultur als Gratisproduktivkraft.⁴

Die Exporterfolge dieser Länder basierten dabei zunächst eher auf der tayloristisch organisierten Konsumgüterproduktion, welche hohe Vorproduktimporte und höchste Arbeitsintensität mit vergleichsweise niedrigen Arbeitslöhnen und langen Tages- und Jahresarbeitszeiten voraussetzte. Der Aufbau einer fordistischen Massenproduktion von dauerhaften Konsumgütern erfolgte dagegen erst seit Ende der 70er Jahre und zwar primär für den Export.

Hohe Importrestriktionen, das Verbot des internen Verkaufs von für den Export produzierten Farbfernsehern im Südkorea, die niedrige PKW-Dichte und die relativ egalitäre Einkommensverteilung beschränkten die Verallgemeinerung der fordistischen Konsumweise. Obwohl die durchschnittlichen industriellen Reallöhne in den 70er Jahren überproportional anstiegen, und der Anteil der Nahrungsmittelausgaben der Lohnabhängigenhaushalte wie in Brasilien und Mexiko 1964/80 von 58 % auf unter 40 % sanken, stiegen die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter nur geringfügig. Im Unterschied zu den lateinamerikanischen Schwellenländern blieb der Anteil der in nichtkapitalistischen Kleinbetrieben Beschäftigten an der nichtlandwirtschaftlichen Beschäftigung auf dem hohen Niveau von über 40 % (Taiwan) bis 55 % Südkorea, während er in der Industrie mit 20 % doppelt so hoch wie in Brasilien war.

Thomas Hurtienne

Anmerkungen

1. 1965: 75 % der Warenexporte und 73 % der Industriegüterexporte; Roth 1984.
2. vgl. Samiv Amin 1973, 1975
3. Garcia/Tokman 1984, S. 105
4. Hurtienne 1982
5. Asche 1984

Literaturangaben:

- Amin S. (1973) Neo-Colonialism in West Africa, Penguin
- Amin S. (1975), Die ungleiche Entwicklung, Hamburg
- Asche H. (1984), Industrialisierte Dritte Welt? Ein Vergleich von Gesellschaftsstrukturen in Taiwan, Hongkong und Südkorea, Hamburg
- Bairoch P. (1975), The Economic Development of the Third World since 1900, London
- Garcia/Tokman (1984), Transformación ocupacional y crisis, In: Revista de la CEPAL Nr. 24, S. 104-115
- Hurtienne Th. (1982), Sozialismus und autozentrierte Entwicklung. Zur Korrektur eines entwicklungspolitischen Modells anhand der Beispiele China, Nordkorea, Albanien und Kuba, in: Steinweg (Hrsg.): Hilfe + Handel = Frieden?, Frankfurt, S. 307-358
- Roth B. (1984), Weltökonomie oder Nationalökonomie, Marburg
- Weltbank (1982), Weltentwicklungsbericht 1982, Washington D.C.
- Weltbank (1983), Weltentwicklungsbericht 1983, Washington D.C.
- UNCTAD (1984), Handbook of international trade and development statistics, Supplement

Chile

VAMOS MUJERES

Zur Frauenbewegung in Chile heute

Die politischen und wirtschaftlichen Strukturveränderungen der letzten 10 bis 14 Jahre führten in Chile lange Zeit zur Schwächung der traditionellen Arbeiterorganisationen. Ab 1973 wurden zunächst sämtliche Gewerkschaften und Parteien verboten. Die gewerkschaftliche Organisation wurde erst 1979 wieder gestattet, jedoch durch den „plan laboral“ (Arbeitsgesetzgebung) auf innerbetriebliche Angelegenheiten beschränkt. Das Nationale Arbeiterkommando (CNI), dem alle großen Gewerkschaften des Landes angehören, wurde erst 1983 gegründet (Vgl. „blätter“ Nr. 136).

Die extreme Liberalisierung der Wirtschaft und ihre Ausrichtung auf den Export, was von dem Regime gefördert wurde, führte zur zunehmenden Verelendung großer Teile der Bevölkerung. Dauerarbeitslose und Marginalisierte machen inzwischen 40 Prozent der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung mit Schwerpunkt in den ärmsten Schichten aus.

In der Folge führten sowohl die staatliche Behinderung als auch die hohe Arbeitslosigkeit zur Entwicklung neuer Organisationsformen.

Die Ziele und Inhalte dieser vor allem in den Elendsvierteln neu entstandenen und entstehenden Gruppen beziehen sich zuerst einmal auf die Bedürfnisse und Nöte derjenigen, die in den Vierteln leben. Sie beschäftigen sich mit unterschiedlichen Problemen, wie Einkommen, Arbeit, Gesundheit, politische Beteiligung, staatsbürgerliche Rechte etc. Dabei ist ein zunehmender Prozeß der Vernetzung auf horizontaler und vertikaler Ebene zu beobachten.

Im Unterschied zu Parteien und Gewerkschaften ist die Beteiligung und Bedeutung der Frauen in den heute vorzufindenden sozialen Bewegungen Chiles enorm angestiegen. U.a. kam es zur Bildung autonomer Frauengruppen.

Das nachfolgende Interview wurde mit Marion geführt, die die letzten zwei Jahre in Chile gelebt und bei der Chilenischen Frauenorganisation CODEM mitgearbeitet hat. CODEM (Das Komitee zur Verteidigung der Rechte der Frau) ist nur eine von mehreren Frauenorganisationen Chiles, die in den letzten Jahren entstanden sind. Das Interview gibt uns einen Einblick in Geschichte, Organisation, Bedeutung und Inhalt von CODEM.

F: Wie entstand die Organisation CODEM, kannst Du uns etwas zur Geschichte erzählen?

A: CODEM entstand im Jahre 1980 und zwar aus Frauengruppen heraus, die bei Streiks, z.B. beim ersten Streik in der Kohlenzone, Volksküchen — „ollas comunes“ — organisiert haben, d.h. die Frauen der streikenden Arbeiter haben sich zusammengeschlossen, um die Ernährung der betroffenen Familien auf diese Art sicherzustellen. In dem Streikprozeß stellten die Frauen fest, daß sie organisiert und gemeinsam etwas ausrichten können und kamen zu dem Beschluß, sich als Frauengruppen weiter zu treffen und zu versuchen, etwas gegen die in Chile herrschende Situation zu unternehmen.

Die Frauenorganisation CODEM entstand zuerst in Santiago, kurz danach in Concepción, und in Valparaíso, in den drei größten Städten in Chile. CODEM von Concepción ist allerdings nicht auf die Stadt beschränkt, sondern arbeitet auch in der Kohlenzone, in der Stadt Coronel, 45 km südlich von Concepción, und vereinzelt auch auf dem Land. Außerdem hat CODEM 1984 angefangen, von Concepción ausgehend die Gründung von anderen CODEMs in kleineren Städten im Süden von Chile anzuregen. Auf diese Art entstand die sogenannte Südkoordination. Es entstanden CODEMs in Talca, Temuco, in Valdivia und in Chillan.

Diese CODEMs treffen sich ein bis zweimal im Jahr zum Koordinationstreffen entweder in Concepción oder in einer der anderen Städte. Die CODEMs in den kleineren Städten wurden zunächst von CODEM Concepción betreut, und zwar durch die Weitergabe von Material, Erfahrung usw. Vor allem auch finanziell wurden sie von CODEM Concepción mitgetragen, weil sie selbst keinen Zugang zu Finanzierungsquellen hatten, während CODEM Santiago, Concepción und Valparaíso schon zu dem Zeitpunkt von ausländischen Solidaritätsgruppen und Entwicklungsorganisationen finanziell unterstützt wurden.

F: Gab es früher schon Frauengruppen in Chile und sieht sich CODEM als Fortsetzung solcher Frauengruppen oder worin besteht der Unterschied?

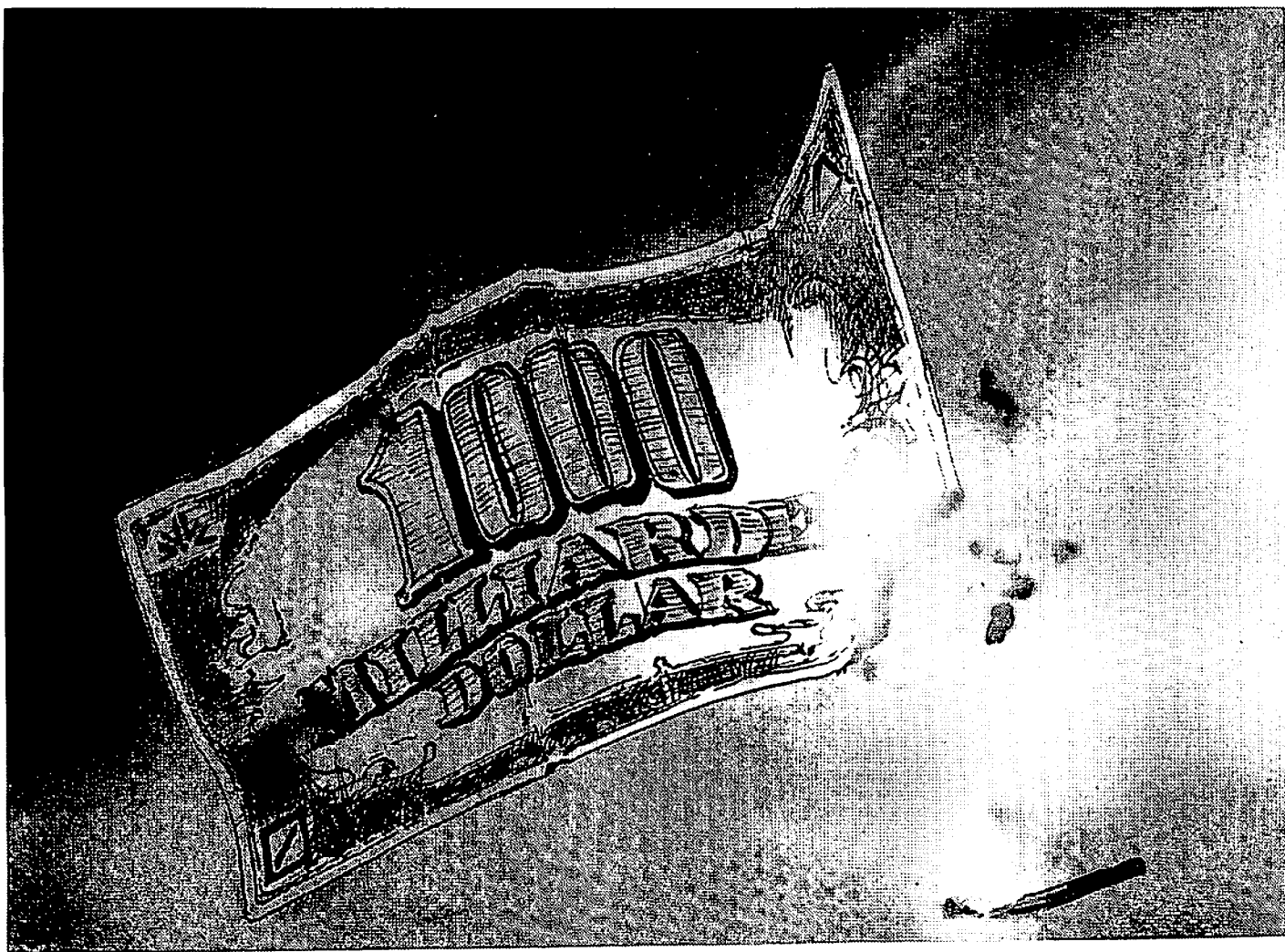
A: Ja, schon in den 20er und 30er Jahren gab es eine große Frauenorganisation in Chile und zwar das MEMCH, das Movimiento para la Emancipación de las Mujeres de Chile. Das MEMCH hat in dieser Zeit vor allem für das Wahlrecht der Frauen gekämpft und für die Gleichberechtigung der Frau im Arbeitsleben, d.h. in der Arbeitsgesetzgebung und im Zugang zur Arbeit. Das MEMCH hatte in den 50er Jahren eine sehr wichtige Stellung in den sozialen Bewegungen Chiles erlangt. Danach löste es sich aber auf, indem die politischen Parteien die Frauen nach und nach integrierten. Während der Zeit der Regierung von Frei, also 1964 bis 1970, entstanden die sogenannten Mütterzentren, die aber sehr daran interessiert waren, die Frauen in Frei's Sinne in dessen Regierungsprogramm „die Revolution in Freiheit“ einzugliedern, das heißt eigentlich, den patriarchalischen und kapitalistischen Staat abzusichern. Das sah dann so aus, daß Frauen in diesen Mütterzentren speziell auf ihre Rolle als Frauen und Mütter vorbereitet wurden, also in dieser Rolle gestärkt wurden.

In der Zeit von Allende, der Zeit der Unidad Popular, haben diese Mütterzentren dann eine andere Funktion erhalten. Sie übernahmen z.B. die Organisation der Verteilung der Lebensmittel in den Elendsvierteln. In diesen Mütterzentren wurde auch politische Bildung betrieben. Sie waren in den Prozeß der Allende-Regierung eingegliedert, und sollten den Sozialismus aufbauen. Die Organisation der Frauen in der Allende-Zeit unter-



11. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

28.5. - 31.5. 1987 in Fulda



Große Umbrüche finden gegenwärtig in der Weltwirtschaft und in den globalen Kapitalstrategien statt. So wird versucht, die nun bereits langdauernde weltweite Wachstums- und Wirtschaftskrise aufzufangen und nach Möglichkeit umzulenken. Wohlstand und Privilegien der Metropolen werden ausgebaut und verteidigt – mit der Konsequenz eines sich ständig ausbreitenden Massenelends in der »Dritten Welt« und auf Kosten von Arbeitslosigkeit und »Neuer Armut« in den Metropolen selbst. Eine entscheidende Rolle im Konzert der Großen spielt die Bundesrepublik Deutschland: ihre Regierung, die Banken und Konzerne.

Die Solidaritätsbewegung erkennt die Brisanz von »Verschuldung und Verelendung«. Sie sieht die Notwendigkeit einer umfassenden Analyse und der Entwicklung einer Gegenstrategie – insbesondere ange-

sichts der Tatsache, daß im September 1988 in West-Berlin die Jahrestagung von Internationalem Währungsfond (IWF) und Weltbank in einem spektakulären Rahmen abgehalten wird. Diese beiden Organisationen dienen den Reichen und Mächtigen dieser Erde zur Disziplinierung der Ausgebeuteten und Aufbegehrenden: die Verschuldung der »Dritten Welt« verstärkt den direkten Eingriff der Metropolen in diese Länder und ihre »Anpassung«.

Der 11. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen soll zum Kampf gegen die Strukturen und Mechanismen der internationalen Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen beitragen und die Solidarität mit den vom »unverschuldeten Elend« Betroffenen gegen die Verursacher der »elenden Schuld« stärken.

Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/39 31 56
Postgiroamt Hamburg, Konto 791 12-201, BLZ 200 100 20

Elende Schuld — unverschuldetes Elend

Arbeitsgruppen

1. Länderanalyse Philippinen

Unter dem Marcos-Regime gelang es dem IWF-Weltbank-Konglomerat, sich auf den Inseln einzunisten und auf die internen wirtschaftspolitischen Entscheidungen wesentlich einzuwirken. Welche Fakten dafür verantwortlich waren, steht im Vordergrund der Analyse. Danach wird der Frage nachgegangen, ob und inwieweit sich die Stellung des IWF und der Weltbank seit dem Amtsantritt von Präsidentin Aquino wandelte bzw. welches wirtschaftspolitische Konzept Manila seitdem verfolgt. Abschließend geht es um die Einschätzung des Einflusses bundesdeutscher Banken und Konzerne in den Philippinen.

2. Länderanalyse Südkorea

Südkorea wird immer wieder als ein gelungenes Modell für eine erfolgreiche »Modernisierung« herangezogen. Die Machthaber in Seoul haben dieses Argument stets zur Legitimierung ihrer Herrschaft aufgegriffen und gedenken dies im Vorfeld der Olympischen Spiele 1988 in verstärktem Maße zu tun. Fragenkomplexe für die Arbeitsgruppe:

- Determinanten des südkoreanischen Wirtschaftsmodells nach Ende des Korea-Kriegs (1950-53).
- Strukturmerkmale und Perspektiven dieses Modells
- sozialpolitische Auswirkungen des Modells und der Verschuldungsproblematik gerade in Hinsicht auf die Olympischen Spiele.

3. Länderanalyse Mosambik

Die afrikanischen Länder gehören absolut gesehen zwar nicht zu den am höchsten verschuldeten Ländern, trotzdem trifft die Verschuldungskrise diese Länder besonders hart. Am Beispiel von Mosambik soll die Wirkungsweise der Verschuldung sowie der Handlungsspielraum einer Gesellschaft, in der die Befreiungsbewegung an die Macht gekommen ist, untersucht werden.

4. Länderanalyse Südafrika, Namibia

Warum benötigt das »reiche« Südafrika ausländisches Kapital? Finanzierung der Apartheid durch bundesdeutsche Banken; die Rolle der US-amerikanischen und britischen Banken; Verschuldung Südafrikas und Namibias; Zahlungsunfähigkeit Südafrikas Sept. 1985; Umschuldungen – anders als »üblich«; Schulden als Hypothek für ein freies Namibia und Südafrika; Bankenboykott im In- und Ausland.

5. Länderanalyse Peru

Entlang der Ausstellung »Schuldensklaverei der Moderne – Peru und der IWF« soll erarbeitet werden: Die Militärregierung Velasco und der Versuch einer staatskapitalistischen Entwicklung; / Kreditboykott durch die USA, IWF und Weltbank auf Grund mangelnder Kooperationsbereitschaft ausländischer Investoren; / Peru und der Euro-Dollar-Markt; / Schuldenkrise, IWF-Eingriff und IWF-Aufstände 1977/78; / soziale, wirtschaftliche und politische Auswirkungen der IWF-Programme in Peru; / Rüstungsexporte: die Rolle der BRD in Peru; / der Garcia-Plan: Ausweg aus der Krise?

6. Länderanalyse Brasilien

Hunger fömé, Etend (miséria) und Inflation (inflação), so umschreibt das brasilianische Volk die Abkürzungen für den internationalen Währungsfond. Seit 1982 ist Brasilien auf die Kredite des IWF angewiesen. In Brasilien lösten die Eingriffe des IWF massive Protest- und Streikwellen aus, die zum »Plan Cruzado« führten. Sein Ziel: den IWF auszuschalten. Die Chancen und Probleme dieses Planes sollen in der AG diskutiert werden. Außerdem sollen exemplarisch am Großprojekt Carajas die sozialen, rechtlichen und ökologischen Auswirkungen der Verschuldung konkretisiert werden. D.h. das Entwicklungsmodell Brasilien steht zur Diskussion.

7. Verschuldung als Ergebnis

von Kolonialismus und Neokolonialismus

Auch nach der formalen Unabhängigkeit der Länder der drei Kontinente (Asien, Afrika, Lateinamerika) bestimmen die kapitalistischen Profitinteressen an Rohstoffen, Absatzmärkten und billigen Arbeitskräften nach wie vor das Geschehen auf dem Weltmarkt. Im Neokolonialismus hat sich die imperialistische Politik lediglich verfeinert und modernisiert, aber an Konsequenz nicht verloren. Die BRD ist eine der führenden Mächte jener Weltwirtschaftsordnung. Das Ziel dieser AG ist die Untersuchung der Geschichte und Strukturen des Neokolonialismus mit Schwerpunkt auf der Rolle der BRD.

8. Rüstung und Verschuldung

Einige Länder der »Dritten Welt« haben – auch mit Hilfe der BRD – eine eigene Rüstungsindustrie aufgebaut und exportieren ihrerseits Waffen. Diese Länder wie Brasilien, Argentinien oder Indonesien sind meist hochverschuldet. An den Beispielen Brasilien und Indonesien sollen die Zusammenhänge zwischen Rüstung, Militarisation und Verschuldung in den Ländern der »Dritten Welt« analysiert werden.

9. Auf dem Rücken der Bauern? –

Landwirtschaft im Zeichen der Verschuldungskrise

Ein besonders delikates Wechselverhältnis entfaltet sich zwischen Landwirtschaft und Verschuldungsproblematik: einerseits hat der stetige Preisverfall für Agrarprodukte im internationalen Handel maßgeblich zur Verschuldung zahlreicher Länder der »Dritten Welt« beigetragen, andererseits soll die landwirtschaftliche Exportproduktion einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Verschuldungsprobleme liefern. In der Arbeitsgruppe werden im ersten Teil diese Zusammenhänge an Hand der Beispiele Brasilien und der Philippinen aufgearbeitet. Besondere Beachtung verdient hier auch die Rolle der Weltbank, des IWF und des internationalen Agrobusiness. Im zweiten Teil sollen die aktuellen Vorschläge zur Lösung der Verschuldungsproblematik auf ihre Auswirkungen auf die Landwirtschaft hin abgeklöpft und mögliche Alternativen diskutiert werden.

10. Zwischen Bank und Besen – Frauenarbeit, Weltwirtschaft und die Verschuldungskrise

Erste Diskussionsansätze zum Zusammenhang von Weltwirtschaftskrise und den sozialen Lebensbedingungen von Frauen. Frauenspezifische Auswirkungen der Verschuldungskrise an Beispielen aus Ländern der »Dritten Welt« und Industrieländern, sowie von den Frauen in den jeweiligen Ländern entwickelte Gegenstrategien. Gemeinsames Erarbeiten von Forderungen für eine frauengerechte Entwicklung im Rahmen der allgemeinen Entschuldungsdiskussion und IWF-Kampagne. Veranstaltung ausschließlich für Frauen.

11. Verelendung in den Metropolen im Zusammenhang mit der internationalen Verschuldung

Die Verarmung großer Teile der Bevölkerung in den Ländern der »Dritten Welt« und die schrittweise Einführung der Zweiklasser-Gesellschaft in den Metropolen sind nur zwei Seiten einer Medaille. Die krisenhafte Umstrukturierung der Weltwirtschaft setzt in den Industrieländern massenhafte Arbeitskräfte frei. Insbesondere Frauen, Jugend-

liche, Ausländer und die Arbeiter aus den »alten« Industriezweigen werden zunehmend aus dem Produktionsprozeß gedrängt oder »flexibel« und ohne dauerhafte Absicherung teilzeit beschäftigt. In der AG sollen die Ursachen der Krise des Fordismus sowie die Bedeutung dieser Entwicklung für die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung diskutiert werden.

12. Verschuldung und Verelendung als Ursache weltweiter Wanderungs- und Flüchtlingsströme

In dieser AG soll der von Konservativen erhobene Behauptung entgegengetreten werden, die weltweiten Flüchtlingsströme seien auf lokale oder regionale Anlässe zurückzuführen. Vielmehr sind diese struktureller Natur wie z.B. der Verschuldung. Zum einen sollen die Zusammenhänge am Beispiel Türkei/Kurdistan analysiert werden. Zum zweiten werden die hieraus erwachsenen Flüchtlings- und Asylprobleme der BRD thematisiert.

13. Zur Rolle der internationalen Finanzorganisationen: Neues Gewicht der Weltbank

Schwerpunkte der Arbeitsgruppe: Struktur und Funktion der Weltbank / Entwicklungsmodelle und -vorstellungen in der Weltbank / Nationalstaatlicher Einfluß, vor allem der USA auf die Politik der WB / Kritik an Projektpolitik / Einfluß der WB auf die Entwicklungsvorstellungen und -projekte in den Peripheriestaaten / Strukturanpassungsmaßnahmen als neue WB-Politik / Zusammenarbeit mit IWF zur mittelfristigen Konsolidierung der Schuldnerländer / Auswirkungen der Strukturanpassungsprogramme auf die Bevölkerung bzw. spezielle Schichten in den Peripheriestaaten / Einschwenken des BMZ auf die neuen Strategien der Weltbank.

14. Schuld und Verweigerung – das internationale Bankensystem im Prozeß der Verschuldung

Schwerpunkte der AG: Rolle der Banken nach der Auflösung des Systems von Bretton Woods / Freie Bankzonen und zunehmende Verschuldung der 3. Welt / Zur Rolle der bundesdeutschen Großbanken: Fallbeispiel Deutsche Bank AG / Banken und Gläubigerkartell: zwischen Bankenkraus und »Fresh Money« / die neuen Banken-Strategien.

15. Die Hegemoniestellung der USA und die Krise der Weltwirtschaft

Die USA sind weltweit zum größten Schuldnerland geworden. Trotzdem ist ihre Stellung als Hegemoniemacht des Westens unangefochten. Welche Gefahren ergeben sich aus den gewaltigen Defiziten und der Krisenanfälligkeit dieses Riesens? Der Dollar regiert zwar (noch) die Welt, doch die Position auf dem Weltmarkt ist mehr als angeschlagen. Ein wesentlicher Schlüssel zum Verständnis der Problematik auch der »Dritten Welt« liegt in Ökonomie und Politik der Vereinigten Staaten: Stehen ein Bankenkraus, eine US-Rezession, militärische Abenteuer oder US-Protektionismus bevor?

16. Deutsche Banken und Konzerne mit neuen Strategien in der Weltwirtschaft

(Verschuldungs-)Krise zur Erhöhung der Profite

Schwerpunkte der AG: Die Position der BRD – ihrer Wirtschaft und Banken – in der Weltwirtschaft / Zur Funktion des Dritte-Welt-Geschäfts / Konkretion anhand von Konzernprofilen (Daimler-Siemens-Bayer-Deutsche Bank) / Führen die aktuellen Strategien aus der Krise heraus oder zur Verschärfung der Krise?

17. Die Rolle der BRD in der Verschuldungskrise

In unserer AG wollen wir auf der Basis der bestehenden ökonomischen und politischen Interessen des BRD-Kapitals in der »Dritten Welt« die Rolle der BRD als Gläubiger in der Verschuldungskrise untersuchen. Dabei soll es darum gehen zu klären:

- inwieweit die Entwicklungspolitik der BRD und die in diesem Zusammenhang vergebenen Kredite mit verantwortlich sind für einen verschuldungsträchtigen Entwicklungsweg der Dritten Welt;
- inwieweit die praktizierte Entwicklungspolitik (Kredite) die außenwirtschaftlichen Interessen des BRD-Kapitals durchsetzen hilft;
- ob es Interessensdivergenzen innerhalb des BRD-Kapitals bei der zukünftigen Behandlung der Verschuldungskrise gibt und, wenn ja, welche Rolle die Bundesregierung in dieser Auseinandersetzung einnimmt.

18. »Zerschlagt den gordischen Knoten!« Perspektiven der Entschuldung

In der AG sollen die zahllosen Vorschläge zur Lösung der Verschuldungskrise vom BMZ, UNCTAD 7, Garcia bis Castro vorgestellt und miteinander konfrontiert werden. Gemeinsam wollen wir den gordischen Knoten unter die Lupe nehmen. Vielleicht ist die Lösung ja ganz einfach. Es sollen aber nicht nur Sofortmaßnahmen, sondern auch langfristige Perspektiven diskutiert werden. Falls wir dabei konkrete Forderungen und Aktionsvorschläge für die BUKO-Kampagne zur Verschuldung gemeinsam erarbeiten, ist uns sicher niemand böse.

19. Alternative Ansätze in der Entwicklungsfinanzierung

Die Themenstellung setzt voraus, daß es innerhalb des bestehenden ungerechten Weltwirtschaftssystems weiterhin die Notwendigkeit für Transferzahlungen an die Länder der »Dritten Welt« gibt, um von außen Spielräume für eine freie binnenmarkt- und grundbedürfnisorientierte Entwicklung zu schaffen. Zwei Ansätze stehen zur Diskussion:

- a) kollektive Selbsthilfe der »Dritten Welt« (es existieren schon konkrete Institutionen bzw. Überlegungen über einen Süd-Süd-Finanzausgleich: z.B. Südbank, afrikanischer Währungsfond, Bank der südostafrikanischen Präferenzhandelszone).
- b) Zahlungen der hochindustrialisierten Staaten an die »Dritte Welt« (z.B. neuartige staatliche Mechanismen, wie z.B. Rohstoffsteuer, und zeichenhafte private Ansätze wie EDCS, die ökumenische Entwicklungsgenossenschaft).

20. Verschuldung und Weltwirtschaftssystem – Notwendigkeit langfristiger Umstrukturierung

Vor dem Hintergrund der Einsicht, daß Hunger, Unterdrückung, Ausbeutung und Abhängigkeit der »Dritten Welt«, aktuell verschärft durch eine unerträgliche Schuldenlast, Ausdruck eines Weltwirtschaftssystems sind, das grundlegend vom Profitinteresse der multinationalen Konzerne, von den Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Wirtschaftsweise bestimmt wird, erscheinen die gegenwärtig gehandelten Lösungsvorschläge von Castro bis zu den Grünen als unzureichende und kurzfristige Maßnahmen. In der AG soll den »reformistischen« Lösungsstrategien die grundsätzliche Veränderung des Systems gegenübergestellt und als Bezugspunkt für die Solidaritätsbewegung diskutiert werden.

Was gibt es außer den Arbeitsgruppen noch? workshops, Kampagnen, Projekte ...

Der Kongreß dient auch immer dazu, daß Gruppen ihre Projekte vorstellen können, Treffen durchführen usw. Einiges ist im folgenden aufgeführt, andere sind herzlich eingeladen, diese Möglichkeit zu nutzen.

Medienbörse

Wie in jedem Jahr wird auch in Fulda eine Medienbörse eingerichtet werden. Interessierte Gruppen und Einzelpersonen können Bücher und Arbeitsmaterialien ausstellen. Die Organisation übernimmt der CON-Vertrieb in Bremen:
CON-Vertrieb, Westerdeich 38, Postf. 10 65 45
2800 Bremen, Tel. 0421/54 00 12/13.

Kampagnen

Auch auf diesem Kongreß soll den Kampagnen und Länderzusammenschlüssen die Möglichkeit gegeben werden, sich zu treffen.

Markt der Möglichkeiten

Es ist geplant, den 11. Bundeskongreß über den Tagungsbereich hinaus auch in die Stadt Fulda hineinwirken zu lassen, um der Bevölkerung die Möglichkeit zu bieten, sich über die Aktivitäten der Dritte-Welt-Gruppen in der Bundesrepublik zu informieren. Gleichzeitig ist natürlich auch den Gruppen damit die Chance geboten, ihre Arbeit breiteren Kreisen vorzustellen. Zu diesem Zweck soll ein Markt der Möglichkeiten abgehalten werden, auf dem die Gruppen in der Stadt ihre Materialien, Ausstellungen, Theaterstücke etc. der Fuldaer Bevölkerung präsentieren können. Wer hieran Interesse hat, möge frühzeitig seine Absicht der Geschäftsstelle in Hamburg mitteilen, damit die notwendigen Planungen angestellt werden können.

Alternative Grenzlandfahrt

Wenn das Wetter es erlaubt und genügend Teilnehmer/innen zusammenkommen, ist geplant, per Bus die Militärregion Osthessen zu erkunden.

Befreiungsbewegungen

Es werden Vertreter von Befreiungsbewegungen zum Kongreß eingeladen. Die Teilnehmer/innen haben Gelegenheit, mit den Vertretern dieser Bewegungen zu sprechen.

Ausstellung

Im Namen des Dollar ins Elend – Schuldenklaverei am Beispiel Peru.

Workshop: »Komplex, konfus, verstanden«

Medien und Arbeitsmaterialien zum Thema Weltwirtschaft und Verschuldung sollen hier vorgestellt und ausprobiert werden.

Workshop: »Kein Geld für Apartheid!«

Hier sollen Aktivitäten zu Aktionärsversammlungen, Bankenboykott, Bankenaktionstag, zum evangelischen Kirchentag diskutiert und vorbereitet werden.

Workshop: Deutsche Bank

Für 1987/88 sollen verschiedene Aktionen (z.B. Aktionärsversammlung etc.) geplant und vorbereitet werden.

Workshop: Kampagne IWF-Tagung 1988

In diesem WS sollen sich alle diejenigen einfinden, die sich an der Vorbereitung und Durchführung von Aktionen, Demonstrationen, Veranstaltungen zur IWF-Tagung 1988 in West-Berlin beteiligen wollen.

Workshop: »Kunst gegen Schulden«

Mit Musik, Theater und Farben gegen Verschuldung und Unterdrückung.

Workshop: Gesundheit und Verschuldung

Marcel Bühler referiert über die Auswirkungen der Verschuldungskrise auf die Gesundheitsversorgung in der »Dritten Welt«. Der Bus der BUKO-Pharma-Kampagne lädt zum Theater auf den Markt der Möglichkeiten ein.

Was man weiß, was man wissen sollte!

Koordinierungsausschuß

Alle BUKO-Mitgliedsgruppen sollten sich dringendst überlegen, ob sie für den neuen Koordinierungsausschuß kandidieren können.

Interessierte bitte melden bei:

BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/39 31 56.

Resolutionen

Resolutionen werden nur auf dem BUKO abgestimmt, wenn sie bis zum 20.3.87 an die Geschäftsstelle des BUKO geschickt worden sind, damit sie von den Gruppen noch diskutiert werden können, die sie zusammen mit den Vorbereitungsmaterialien zugesandt bekommen.

Vorbereitungsmaterialien

Als Vorbereitungsmaterialien werden ein reader zum Thema und ein Vorbereitungs-FORUM an die Teilnehmer/innen mit der Anmeldebestätigung geschickt.

Motto

Außerdem muß auch ein Motto für den 12. Bundeskongreß gefunden werden. Vorschläge sind schon jetzt willkommen.

Bitte meldet Euch so schnell wie möglich an! Das hilft uns sehr für unsere Vorbereitungen (wenn's geht bis zum 20. April 1987)

Anmeldung für den 11. Bundeskongreß in Fulda, 28.5.-31.5.1987

(an den Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50)

1) Name der Gruppe/Institution:

2) Anschrift:

3) Status ☐ örtliche Basisgruppe

☐ Institution / Bundesverband

☐ sonstige/r Teilnehmer/in

4) Mitglied: ☐ ja ☐ nein

☐ Interesse an der Mitgliedschaft

☐ Interesse an der Mitarbeit im Koordinierungsausschuß

Teilnahme

Teilnehmen am 11. Bundeskongreß kann jede oder jeder, die/der die Teilnehmergebühr bezahlt. Stimmberechtigt sind allerdings nur Delegierte von Mitgliedsgruppen, die für das Jahr 1986 ihren Teilnehmerbeitrag bezahlt haben. Der BUKO-Jahresbeitrag beträgt pro Gruppe 156,- DM (inkl. FORUM-Abo). Institutionen, Bundesverbände und Koordinationen können am Kongreß nur als Beobachter ohne Stimmrecht teilnehmen. Die beobachtende Mitgliedschaft kann bei der Geschäftsstelle formlos beantragt werden (Jahresbeitrag 286,- DM, inkl. FORUM-Abo).

Anmeldung

Zur Anmeldung muß der untenstehende Abschnitt vollständig ausgefüllt und der Teilnehmerbeitrag (70,- DM für Teilnehmer/innen aus BUKO-Mitgliedsgruppen; 90,- DM für Teilnehmer/innen aus Nicht-BUKO-Mitgliedsgruppen) im voraus auf das Konto des Bundeskongresses überwiesen werden:
 Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Hamburg, Postgiroamt Hamburg, Kto.-Nr. 791 12-201.
 Bitte gebt auf der Überweisung den Namen der Gruppen deutlich an. Anmeldeschluß ist der 20. April 1987.

Termin und Ort

Der 11. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen findet vom Donnerstag, 28.5. bis Sonntag, 31.5.1987 in der Fachhochschule Fulda statt.

Fahrtkosten

Fahrtkosten werden wahrscheinlich weitestgehend erstattet.

Essen

Um uns eine Flut von Plastikgeschirr zu ersparen, werden die Teilnehmer/innen gebeten, ihr eigenes Geschirr (Becher, Teller) und Besteck mitzubringen.

Kinder

Für Kinderbetreuung während des Kongresses wird gesorgt.

Donnerstag, 28.5.87

12.00 bis 14.00	Anmeldung in der Fachhochschule Fulda
14.00	Begrüßung, anschließend Rechenschaftsbericht des Koordinierungsausschusses, der Kampagnen, des Forum; Abstimmung von Resolutionen;
17.00	Einführungsreferat: Verschuldung und Verelendung und die Krise des Kapitalismus Ernest Mandel, Brüssel
anschließend	Abendessen
ab 21.00	Gemütliches Beisammensein, sich Kennenlernen, Kleinkunst

Freitag, 29.5.87

9.00	Arbeitsgruppen zwischen durch Mittagessen
18.00	Referat eine/s/r Vertreter/in aus der »Dritten Welt«
19.30	Abendessen
21.00	Theater

Samstag, 30.5.87

9.00	workshops und Markt der Möglichkeiten
13.00	Mittagessen
14.00	weitere Planung des BUKO: Seminare, Kampagnen, BUKO 12 etc.; Wahlen zum Koordinierungsausschuß; Abstimmung von Resolutionen.
danach	Abendessen
abends	Fete

Sonntag, 31.5.87

9.00	Referat: Dimensionen unserer Verantwortung – Aufgaben für die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung, Alexander Schubert, Berlin; Berichte aus den Arbeitsgruppen; Verabschiedung einer Erklärung von Fulda.
anschließend	Mittagessen
14.00	Mittagessen
	anschließend Abreise

5) Zum BUKO melden wir an (Name, Anschrift, Tel.):

Schlafplätze nötig für:*

1. Do Fr Sa So

..... Interesse an AG:

2. Do Fr Sa So

..... Interesse an AG:

3. Do Fr Sa So

..... Interesse an AG:

* Zutreffendes ankreuzen

6) Mitfahrgelegenheit (bildet Fahrgemeinschaften):

☐ ich biete ☐ ich suche Mitfahrgelegenheit für Personen.

7) ☐ wir bringen Kinder mit (Betreuung gewährleistet am Do 12-18 h / Fr 9-19 h / Sa 9-19 h / So 9-13 h)

wieviele? Alter? Jahre an folgenden Tagen:

8) Wir möchten am Markt der Möglichkeiten mit (Stand, Theater, sonst.) teilnehmen.**9) Wir möchten zusätzliche reader (Preis ca. 10,-/15,- DM) bestellen: (Anzahl)**

Teilnehmerbeitrag von 70,- DM / 90,- DM pro Person am überwiesen.

Datum Unterschrift:

scheidet sich von einer Organisation wie CODEM heute. CODEM hat sich auf Initiative der Frauen als autonome Organisation gegründet. Mit dem Militärputsch von 1973 verschwanden sämtliche Organisationen und erst nach einigen Jahren begannen sich die Frauen wieder zu organisieren. CODEM ist autonom im Sinne von unabhängig von Männern, nicht von einer politischen Richtung oder von der Linken. CODEM versteht sich als linke politische Frauenorganisation, die nicht nur generell für die Revolution, für die Abschaffung der Diktatur kämpft, sondern auch ganz speziell für die Rechte der Frau in diesem Land.

F: Von wem wird die Organisation getragen und wie ist sie aufgebaut?

A: Die Initiative zur Gründung von CODEM ging von Frauen aus, die in linken Parteien organisiert sind. Diese Frauen sprachen in den Elendsvierteln eine bekannte Frau an, von der sie wußten, daß sie zur Linken gehört, vielleicht zur Zeit der UP in einer linken Partei organisiert war, und diese wiederum hat dann in der Nachbarschaft Frauen angesprochen, von denen sie zumindest wußte, daß sie nicht auf der Seite der Diktatur stand, d.h. diese Nachbarinnen hatten nicht unbedingt ein politisches Bewußtsein, sondern hatten ganz einfach die Bereitschaft oder das Bedürfnis, sich als Frauen in einer Gruppe zusammenzuschließen. In der Basis ist es also durchaus so, daß die Mehrheit der Frauen nicht Mitglieder einer Partei sind, d.h. daß die Mitgliedschaft in CODEM nicht parteigebunden ist.

Diese verschiedenen Gruppen, die in den Elendsvierteln z.B. von Concepción und auf dem Land auf diese Art entstanden, haben eine gemeinsame Koordinationsinstanz in Concepción selbst. Hier werden in wöchentlichen Treffen die Probleme der Organisation besprochen, ein Arbeitsprogramm entwickelt, Öffentlichkeitskampagnen und kleine Protestaktionen beschlossen und organisiert usw.

F: Ist die Organisation hierarchisch oder basisdemokratisch aufgebaut?

A: Sie ist weder hierarchisch noch basisdemokratisch. Es gibt eine Leiterin, eine Frau an der Spitze von CODEM, die die Organisation gegenüber der Öffentlichkeit vertritt. Es gibt eine Frau, die für Finanzen verantwortlich ist, eine für die Schriftführung usw. Diese Frauen werden von der Koordinationsgruppe der Komitees gewählt. Solange es gut funktioniert, bleiben die Frauen auch bei ihrer Tätigkeit. Prinzipiell kann man nicht sagen, die Organisation ist hierarchisch in dem Sinne, daß oben eine Frau sitzt, die überhaupt nicht wegzukriegen ist und die alles sagt, was gemacht wird; denn die Beschlüsse werden auf der Koordination von allen zusammen gebildet. Basisdemokratisch ist sie allerdings auch nicht, da nicht jede Frau an der Basis mitwählt oder mitbestimmt. Die Frauen an der Basis wählen

nicht ihre Gruppenleiterin; denn die Gruppe entsteht ja auf deren Initiative hin. Es kann natürlich sein, daß diese Gruppenleiterin aus dem Komitee austritt, wegen irgendwelcher Probleme oder politischer Differenzen. Dann wird eine neue Verantwortliche aus dem Komitee heraus gewählt, also die Frau, die von der ganzen Gruppe akzeptiert wird, die, die am be-



sten reden kann, die am verantwortlichsten ist, die am meisten Zeit hat.

F: Würdest Du CODEM als eine heterogene oder eher als eine homogene Organisation bezeichnen?

A: CODEM ist durchaus eine heterogene Organisation, heterogen z.B. im Sinne von altersmäßiger Zusammensetzung. Es gibt Frauen im Alter zwischen 15 und 70 Jahren, wobei versucht worden ist, wenn es lokal möglich war, in jüngere und ältere Gruppen einzuteilen. Es gab z.B. eine Zeitlang ein Komitee, das hieß „tercer edad“, also drittes Alter, für Frauen über 50 und ein Komitee „Juvenil“ also für Frauen zwischen 15 und 25. Wenn ein Komitee von CODEM entsteht, sind z.B. nur acht Frauen beteiligt, und dann kann man daraus nicht verschiedene Gruppen machen. Heterogen ist die Zusammensetzung der Frauen allerdings nicht so sehr, was die soziale Herkunft der Frauen angeht. Die soziale Herkunft der Frauen ist relativ einheitlich: sie kommen fast alle aus der untersten Schicht. Wobei einige Frauen, die in der Organisationsarbeit tätig sind, durchaus aus der unteren Mittelschicht stammen können, aber schon aus der oberen Mittelschicht nicht mehr. Diese Frauen sind z.B. Lehrerinnen oder Studentinnen.

F: Wie sieht das Programm von CODEM aus?

A: Das Programm von CODEM ist zum einen, mit den entsprechenden politischen Parteien und Organisationen Chiles die Diktatur zu stürzen und ein neues sozialistisches System in Chile aufzubauen. Aber als spezielle Frauenorganisation hat CODEM auch für sich klar definiert, daß es nicht einfach die Organisation von Frauen ist, die für den Sozialismus kämpfen, genau wie eine politische Partei oder eine Arbeitslosengruppe es auch tut, sondern

es ist ein Komitee zur Verteidigung der Rechte der Frau. CODEM geht in dem Verständnis von Rechten der Frau, über die Gleichstellung der Frauen in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen hinaus, und sagt, und da unterscheidet sich CODEM ganz klar von bürgerlichen Frauenorganisationen, daß diese ganzen sozialen Rechte der Frau nur im sozialistischen Sy-

stem zu erreichen sind; unterscheidet sich aber insofern ganz klar von anderen sozialen Organisationen oder politischen Parteien, daß eben der Kampf für die Rechte der Frau nicht auf nach der Revolution verschoben werden kann, sondern ein Teil des Prozesses ist, in dem Frauen und Männer versuchen, diese gerechte Gesellschaft aufzubauen.

F: Welche Art der Öffentlichkeitsarbeit wird geleistet?

A: CODEM als Organisation im Kampf gegen die Diktatur und für die Demokratie und für eine gerechte Gesellschaft in der jetzigen Situation macht eine Art von Öffentlichkeitsarbeit, die gemeinhin bei den Organisationen in Chile Agitation und Propaganda genannt wird. D.h. Beteiligung an Protesten, an Demonstrationen, Flugblattaktionen, Sprühaktionen, wobei der Name von CODEM für die Forderungen von Frauen steht, z.B.: „Wir wollen Essen für unsere Kinder, wir wollen Arbeitsplätze für uns“; wo aber auch Forderungen wie z.B. „Freiheit für die politischen Gefangenen“ gestellt werden.

Eine andere Art von Öffentlichkeitsarbeit besteht in Solidaritätserklärungen mit anderen linken oder sozialen Organisationen, die eine Kampagne starten, z.B. die Kampagnen der Organisation der Familienangehörigen der Verwundenen.

Außerdem veröffentlicht CODEM in Concepción eine Zeitschrift, die „TU VOZ MUJER“ (deine Stimme Frau) heißt. Die Zeitschrift sollte eigentlich jeden Monat erscheinen, was nie realisierbar war, weil die finanziellen Mittel dazu nicht ausreichten. Inzwischen erscheint sie zwei bis dreimonatlich und wird an die Frauen der Komitees verteilt. Außerdem wird sie auch an andere bekannte Frauen verteilt, die nicht in der Organisation sind, von denen man aber weiß, daß sie gegen die Diktatur sind.

F: Die Zeitschrift kann ja sicher nicht von allen Frauen der Basis gelesen werden, laufen da auch Alphabetisierungskampagnen?

A: CODEM hatte einmal eine Alphabetisierungskampagne im Programm, die ist aber bisher nicht durchgeführt worden, weil das Problem des Analphabetismus in Chile relativ gering ist. Es ist eher ein Problem bei den älteren Frauen so ab 50. Auch die Größe des Komitees läßt bisher die Durchführung einer Alphabetisierungskampagne nicht zu.

Es gibt im Moment in Concepción ein Frauenzentrum, das sich die technische Unterstützung von Frauenorganisationen zum Ziel gesetzt hat, und die sind im z.Z.dabei, ein Alphabetisierungskonzept zu entwickeln, und dieses Programm bzw. die qualifizierten Leute, anderen Organisationen zur Verfügung zu stellen.

F: Welche Tätigkeiten üben die Frauen in ihren Stadtteilgruppen aus?

A: Sie treffen sich in der Regel einmal in der Woche zwei Stunden in dem Haus der Leiterin der Gruppe, weil es keine Versammlungsräume gibt. Sie beschäftigen sich während ihres Zusammenseins mit einer Art Kunsthandwerk. Die Frauen machen z.B. diese „arpilleras“, das sind Stoffbilder, entweder mit aufgeklebter Wolle oder aufgesetztem Stoff, oder gestickt. Früher gab's auch Gruppen, die genäht haben, die versucht haben, Kinderkleidung zu nähen aus alten Kleidern, aus Stoffresten usw. D.h. zunächst einmal im Zentrum dieser Gruppen steht die Handarbeit bzw. das Kunsthandwerk.

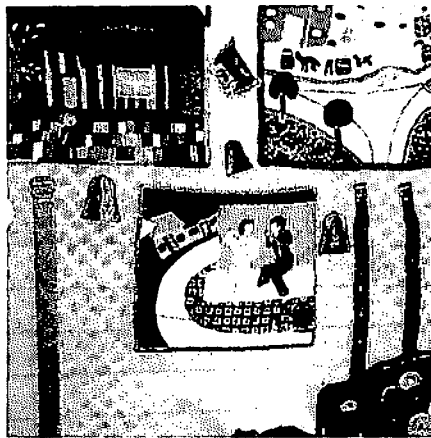
Zur Zeit der Entstehung von CODEM hatte die Handarbeit auch eine Schutzfunktion gegenüber der Repression. Das Treffen einer Frauengruppe sollte aufgrund der gemeinsamen Handarbeit nach außen nicht als politische Angelegenheit, sondern als gesellige, nachbarschaftliche Gruppe wirken.

Die Herstellung dieser Stoffbilder hat auch einen pädagogischen Aspekt; denn die Motive der Stoffbilder kommen aus dem Alltagsleben der Frauen. Kunsthandwerk dient als Mittel, die Situation zu reflektieren, soziale und politische Themen zu problematisieren. Auf diese Art wird politisches Bewußtsein bei den Frauen über die Situation im Land geschaffen über ihre Situation als unterdrückte Schicht im Moment in Chile und ihre Situation als Frau...

F: Hat die Handarbeit auch einen wirtschaftlichen Aspekt?

A: Der wirtschaftliche Aspekt ist zwar entscheidend für die Motivation der Frauen bei einer solchen Gruppe mitzumachen, aber der Absatz der Produkte läßt sich bis jetzt nur schwer realisieren. Generell ist die Bereitschaft von Frauen oder auch anderen Bevölkerungsgruppen in Chile sich zu organisieren sicher auch immer von der wirtschaftlichen Not geprägt. Caritativen

Erwartungen, die hierbei auftreten können, versucht CODEM entgegenzuwirken, indem sie z.B. ihren Mitgliedern immer wieder klar macht: Wenn Dein Interesse ist, hier Kleider, Milch für Deine Kinder, materielle Sicherheit oder Unterstützung zu bekommen, das bekommst Du hier nicht. Sondern wir wollen uns organisieren, und dann gemeinsam dafür sorgen, daß das ganze Volk es bekommt.



Chilenisches Kunsthandwerk

F: Welche Themen werden in den Komitees von CODEM diskutiert?

A: Zum größten Teil werden frauenspezifische Themen angesprochen. Das fängt an bei Themen, die für die Frauen von praktischem Nutzen sind, wie z.B. Ernährung, Hygiene, Gesundheit. Die Frauen sprechen auch über Sexualität, was sehr schwierig ist, weil darüber jahrhundertlang nicht gesprochen wurde. Das braucht also eine sehr einfühlsame Umgangsweise, weil bei den Frauen oft eine totale Unkenntnis über ihren Körper besteht. Das Interesse an diesem Thema ist jedoch groß. Die Themen von CODEM sind einerseits Alltagsprobleme der Frauen, andererseits politische Themen und zwar frauenspezifische und allgemeine.

F: D.h. daß auch über Machismo gesprochen wird?

A: Ja, das ist ein ganz zentrales Thema.

F: Gibt es auch eine juristische Beratung, wenn Frauen sich z.B. von ihren Männern trennen wollen?

A: CODEM selbst hat das bisher rein personell und von der Qualifikation seiner Leute her noch nicht leisten können. Das ist z.B. auch wieder ein Teil, den sich das neue technische Unterstützungszentrum für CODEM und andere Frauengruppen zur Aufgabe gesetzt hat. Das Zentrum schickt eine Rechtsanwältin zu den einzelnen Komitees bzw. die Komitees kommen zu ihr.

F: In welcher Beziehung steht CODEM zu anderen politischen Gruppen?

A: Es gibt eine Koordination von verschiedenen Frauengruppen und -organisationen in Concepción, die sich regelmä-

ßig trifft. CODEM hat einen permanenten Kontakt zu den anderen Frauenorganisationen. Vor allem CODEM in Santiago, da es dort auch viel mehr Frauengruppen gibt.

CODEM hat auch Beziehungen zu anderen politischen Gruppen. Es ist Teil der Organisation CODEPU. CODEPU ist das Komitee für die Verteidigung der Rechte des Volkes, zu dem neben CODEM auch eine Studentenorganisation und in Ansätzen eine Arbeiterorganisation und andere soziale Organisationen gehören. Die einzelnen Komitees von CODEM haben oft Beziehungen zu anderen Komitees im jeweiligen Viertel.

F: Welche Widerstandsformen befürworten bzw. praktizieren die Frauen und wogegen richtet sich ihr Widerstand, bzw. wie beurteilt CODEM andere autonome Frauengruppen und Frauenkämpfe weltweit?

A: CODEM hat Kontakt im Sinne von Materialaustausch, Informationsaustausch und vor allem zu anderen Frauenorganisationen in Lateinamerika, bekommt aber z.B. auch Material von Frauenorganisationen in den Vereinigten Staaten und hat auch Kontakt zu Frauengruppen in Europa, die CODEM allerdings in erster Linie finanziell unterstützen, weil es mit dem Informationsaustausch schon rein sprachlich schwierig ist. Generell ist z.B. bei zweimal jährlich stattfindenden Wochenendseminaren, bei denen möglichst viele Basisfrauen teilnehmen, immer wieder auch die Frauenbewegung in einem anderen Land oder Feminismus generell oder die Geschichte der Frauenbewegung Thema. Auch in der Zeitschrift von CODEM ist immer wieder auf einer Seite etwas über andere Frauen in anderen Ländern zu finden. Von daher ist also das Interesse an der weltweiten Frauenbewegung sehr groß. Die Beurteilung anderer Frauenbewegungen erklärt sich schon ein bißchen aus der Selbstdefinition von CODEM, d.h. eine sehr kritische aber solidarische, schwesterliche Position gegenüber feministischen Bewegungen in den westlichen Industrieländern, Kritik vor allem gegenüber solchen Frauengruppen, die keine Systemüberwindung zum Ziel haben.

Die CODEM-Frauen praktizieren Widerstand, indem sie sich, wie ich schon erwähnt habe, z.B. an Protesttagen beteiligen, eigene Protestaktionen machen. Das sind immer sehr schnelle Aktionen, die also zwei bis drei Minuten dauern, und zum Teil auch nur in einer sehr kleinen Gruppe stattfinden. CODEM ist eine Frauenorganisation, die sämtliche Widerstandsformen für legitim hält und sich der Definition angeschlossen hat, daß die Gewalt vom Regime ausgeht und von daher der Widerstand keine Gewaltausübung, sondern Selbstverteidigung des Volkes ist.

F: Wie reagiert der Staat auf CODEM? Inwieweit gibt es Kontrolle oder Repression oder inwieweit wird die Organisation geduldet?

A: Man kann sagen CODEM wird sicherlich kontrolliert, ist dem Regime auch sicherlich bekannt, es gab aber bisher noch keine größere Repression gegen CODEM. Es gab natürlich Fälle, daß Frauen, die Mitglieder von CODEM sind, verhaftet wurden. Das waren allerdings Verhaftungen auf einer Demonstration und die Frauen sind nach relativ kurzer Zeit wieder freigelassen worden. Es ist bisher noch keine Frau verhaftet worden, weil sie Mitglied von CODEM ist. Generell muß man sagen, daß z.B. auf Protesttagen bei Protestaktionen auf der Straße und auch bei staatlichen Aktionen gegen ein Elendsviertel die Repression sich nach wie vor wesentlich stärker und massiver gegen Männer richtet. Das heißt natürlich nicht, daß es keine Repression gegen Frauen gibt, aber diese ist eher punktuell und natürlich ist sie sexistisch.

F: Welche Rolle spielt die Organisation im Gesamtspektrum der sozialen Bewegungen Chiles?

A: Sie spielt selbst eine kleine Rolle, da sie eine sehr kleine Organisation ist. Sie spielt aber insofern eine Rolle, daß sie eine der vielen der in den letzten fünf bis sieben Jahren gegründeten und gewachsenen Frauenorganisationen ist, die gemeinsam als Frauenbewegung eine sehr große Bedeutung in den sozialen Bewegungen Chiles bekommen haben. Sowohl in Concepción, wo die Koordination der Frauenorganisationen es einige Male geschafft hat, zentrale Demonstrationen zu organisieren, die durchaus einen großen Erfolg hatten, als auch noch vielmehr in Santiago, wo die Frauenorganisationen zusammen in den letzten Jahren jeweils zum 8. März schon traditionell das neue Widerstandsjahr einläuten. Im Oktober 1985 organi-



30. 10. 85, Frauendemonstration in Santiago

sierten die Frauengruppen zusammen in Santiago einen sternförmigen Protestmarsch in eines der Nobelviertel, an dem schätzungsweise 3000 Frauen beteiligt waren. Sie haben es geschafft, ungefähr etwa anderthalb Stunden den Feierabendverkehr dort lahmzulegen.

CODEM hat außerdem sowohl als Teil der Frauenbewegung als auch als Organisation selbst eine sehr wichtige Bedeutung, weil es eine der wenigen Frauenorganisationen ist, die von Anfang an in den Elendsvierteln in Basisgruppen gearbeitet hat. Viele andere Frauenorganisationen, z.B. die Christdemokratischen, bringen zwar auch viele Frauen auf die Straße, aber eben hauptsächlich Frauen aus dem bürgerlichen Spektrum, die mit den Bewohnerinnen der Elendsviertel einfach gar nichts zu tun haben.

F: Ist es möglich, über die Rolle der Frau in chilenischen Stadtteibewegungen etwas zu sagen und gibt es Gründe, die für eine stärkere Beteiligung von Frauen und Frauengruppen in diesen Bewegungen sprechen?

A: Allgemein kann man sagen, daß die Frauen in den letzten Jahren eine immer wichtigere Bedeutung in den sozialen Bewegungen und Organisationen bekommen haben. Und zwar erklärt sich das meiner Ansicht nach daher, daß die Frauen aufgrund der ökonomischen Krise in Chile dazu gezwungen worden sind, von Heim und Herd, also von ihrer traditionellen Rolle, immer mehr Abstand zu nehmen und auch immer mehr die Verantwortung für den direkten materiellen Unterhalt der Familie zu übernehmen. Wenn z.B. der Mann arbeitslos wird, kann er seiner Funktion als Ernährer der Familie nicht mehr nachkommen und kommt in totale Konflikte, die oft dazu führen, daß er nicht nur depressiv sondern auch aggressiv gegenüber Frau und Kindern wird oder die Familie verläßt. Die Frau muß in diesem

Fall sehen, wie sie ihre Kinder durchbringt, hat von daher also die alleinige Verantwortung. Für mich ist es ganz bewundernswert gewesen, woher die Frauen der Elendsviertel neben der ganzen Doppelbelastung von Familie und Arbeit unter schwierigsten Bedingungen die Kraft haben, in Elendsviertelorganisationen sich nicht nur zu beteiligen, sondern sogar Wortführerin zu sein. Darin besteht ein großer Unterschied zu politischen Parteien oder den Organisationsspitzen großer nationaler Organisationen. Wenn man in ein Elendsviertel kommt, ist die Person, die für die Volksküche spricht, die für das Politische-Gefangenen-Komitee spricht, die für das Wasserversorgungs- oder Stromzahlungskomitee spricht, fast immer eine Frau.

Die Erfahrungen, die aufgrund der größeren Verantwortung und der Teilnahme an Basisgruppen gemacht werden, führen auch zu einem wachsenden Selbstbewußtsein der Frauen.

Das Interview führten Christel Opeker und Susanne Kaszinski

Chile – Modell einer Diktatur

Top-aktuelle, 60seitige Unterrichtseinheit mit vielen Vorteilen:

- leicht überschaubar durch klare Gliederung
- geringe zeitliche Vorbereitung durch grobe Unterrichtsskizzen, Tafelanschriebe, abwechslungsreiche Lernzielkontrollen, Beschränkung auf elementare Zusammenhänge;
- Verkaufserlös für tdh-Projekte in Chile, Bestellungen gegen Vorauszahlung (12,- DM incl. Porto) an:

Terre des hommes Murgtal
Wolfgang Deppisch
Weserstraße 18
7550 Rastatt



Brasilien

Neue soziale Bewegungen in Brasilien

Typisch für die meisten der Stadtteilgruppen ist ihre sehr vielfältige soziale und ethnische Zusammensetzung, ihr verhältnismäßig geringer Organisationsgrad und ihre Unabhängigkeit von politischen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen etc. Ihre Sachen sind die Alltagsprobleme der Brasilianer — und die gibt es reichlich. Sie machen die Politik der kleinen Leute, um die Probleme des Lebens und Überlebens gemeinsam anzugehen.

Eng im Zusammenhang mit solchen Gruppen stehen aber auch jene, die den langfristigen Entwicklungen in Brasilien kritisch gegenüberstehen: Ökologiegruppen, die gegen die hemmungslose Ausbeutung und Zerstörung der Natur in Brasilien anzugehen versuchen; Alternativgruppen, die sich aus den großen Städten ins Hinterland zurückgezogen haben, um dort einen neuen Lebensstil zu erproben; Gruppen ethnischer Minderheiten — wie z.B. die „Negerbewegung“ und die Indianergruppen, die auf der Suche einer neuen Identität sind. Oft verschränken sich die Anliegen der einzelnen Gruppen. Verbindungen bestehen meist informell durch persönliche Kontakte.

Die vielen Basisgruppen in Brasilien sind der konkrete Ausdruck einer neuen politischen Kultur, die sich als Reaktion auf die 20jährige Herrschaft der Militärs und die wachsende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerungsmehrheit in diesem Land herausgebildet hat. International bekannt geworden ist diese Bewegung vor allem durch die (katholischen) Basisgemeinden und die sie unterstützenden Kirchenführer und Theologen der Befreiung, wie Dom Helder Camara oder Leonardo Boff. Weniger bekannt ist dagegen, daß diese Basisgemeinden nur eine Facette in dem vielfältigen Spektrum der brasilianischen Basisbewegung sind.

„Die Veränderung soll bei uns anfangen...“

Lourdinha, Professorin für Soziologie an der katholischen Universität von Salvador de Bahia, arbeitet seit drei Jahren aktiv in einer Stadtteilgruppe mit. Wir führten mit ihr folgendes Interview:

F.: Wie bist Du zu dieser Stadtteilgruppe gekommen?

Lu.: Ich habe 22 Jahre in Deutschland gelebt und politische Arbeit gemacht. Trotzdem wollte ich immer nach Brasilien zurück. Zum einen, weil ich von da komme, in erster Linie aber, weil ich meinte, dort gebraucht zu werden. Es gibt viel zu tun und Brasilien ist meine Heimat. Vor drei Jahren bin ich dann zurückgegangen. Es war mir klar, daß ich nur in einer Basisgruppe mitarbeiten kann, da ich den Parteien nicht viel zutraue.

F.: Hast Du Dich schon vor Deinem Deutschlandaufenthalt politisch engagiert?

Lu.: Damals habe ich mit Paulo Freire im

Erziehungsministerium zusammengearbeitet und an jener Nationalkampagne der Alphabetisierung kurz vor dem Militärputsch teilgenommen. Ich war bis zum 1. April (1965, die Red.) als dann alle aus dem Land gehen mußten, Mitglied in einer Gruppe, die den Erziehungsminister bei der Durchführung der Alphabetisierungskampagne beraten hat.

F.: Gibt es in der Stadtteilgruppe Anknüpfungspunkte an die damalige Arbeit?

Lu.: Viele Ideen von Paulo Freire sind auch heute die unseren. Unser ‚Erziehungsprogramm‘ geht auf ihn zurück. Der Begriff „Erziehung“ klingt aber mißverständlich, weil man dann an einen Schüler und an einen Lehrer denkt. Wir gehen davon aus, daß wir uns gegenseitig erziehen und bewußt werden müssen. Wir müssen die Realität des Landes besser kennenlernen, um dann gewisse Schritte für die Umsetzung in die Praxis zu tun. So bereichern wir uns gegenseitig in dieser Arbeit. Natürlich bringen wir in einer Alphabetisie-

rungsarbeit den Leuten z.B. Lesen und Schreiben bei, was sie nicht haben, sie besitzen jedoch Lebenserfahrung, haben Ideen und Phantasie. So lernen wir auch viel von ihnen.

F.: Geht die Arbeit von Intellektuellen aus, die von den Universitäten auf's Land gehen?

Lu.: Nein, nein, die Stadtteilgruppen und auch die Bewegung gegen die Erhöhung der Lebenshaltungskosten sind populäre Bewegungen aus dem Volk. Sie sind dort entstanden, wo das Volk Probleme hat. Die Amnestiebewegung¹ dagegen wurde auch von den Intellektuellen getragen.

F.: Wie sieht deine Mitarbeit aus?

Lu.: Ich arbeite als Mitglied in der Stadtteilgruppe und koordiniere dort den Arbeitskreis „Erziehung“, der Alphabetisierungsarbeit macht und sich naturmedizinischen Problemen widmet. Zu diesem Kreis gehört ein Naturarzt, der die Leute in den Slums untersucht, ihnen die Krankheiten erklärt und sie z.B. über biologisches Essen aufklärt. Wir haben ermutigende Ergebnisse, zwar nicht im gesamten Slum, doch die Leute interessieren sich dafür. Verständlich, da z.B. der Hunger nicht nur eine Frage der Quantität, sondern auch der Qualität des Essens ist. In diesen Problemen sehen wir unsere Arbeit als Erziehungsgruppe, Alphabetisierung und Essen zu verbinden. Jetzt planen wir andere alternative Projekte, z.B. wollen wir einen Holzofen bauen. Die Leute versuchen einen Gemeinschaftsgarten auf die Beine zu stellen. Bisher wissen wir noch nicht, ob sie das Geld zusammenbekommen und nicht zu wenig Leute wirklich mitarbeiten. Es haben sich viele angemeldet, aber (lacht) ob sie auch arbeiten?

F.: Welche Arbeitskreise gehören außerdem zur Stadtteilgruppe?

Lu.: Es gibt eine Pädagogik-Gruppe, die sich um stadtteilbezogene Lerninhalte in den Volksschulen bemüht. Die Verkehrsgruppe ist für die Probleme der Verkehrsplanung am Ort zuständig, vor allem für die Verbesserung der Busverbindungen zum Zentrum des nahen Salvador, die Kultur-Gruppe arbeitet am Aufbau eines kleinen Museums und vertritt die Stadtteilgruppe im Festkomitee zur Einweihung der neuen Straßen. Die Zeitungs-Gruppe präsentierte gerade den Vorabdruck der ersten Nummer der Stadtteilzeitung, die bei der Mitgliederversammlung vorgestellt und verkauft werden soll. Außerdem gibt es noch einen Arbeitskreis zu Gesundheit und Sport.

F.: Und gibt es eine spezielle Frauengruppe?

Lu.: Die Zusammenarbeit mit der Frauengruppe ist im Moment ein bißchen eingeschlafen. Das hat interne Gründe; sie gehören nicht zur Stadtteilgruppe.

F.: Wieviele Leute machen in der Stadtteilgruppe mit?

Lu.: Eingetragen sind 77 Personen, aber nur 12-15 arbeiten ständig mit. Für wichtige Aktionen mobilisieren wir über 200 Menschen, jedoch auch nicht immer. Die Assoziation hat einen ungeheuren Mobilisierungsgrad, zudem ist die Stadt national bekannt geworden, weil wir sehr aktiv sind.

F.: Wer arbeitet denn in euren Arbeitskreisen mit?

Lu.: Frauen, Männer, Kinder, einfach alle Altersstufen von 16-70 Jahren. In Itapuã haben wir eine interessante Sozialstruktur. Obwohl es ein armer Stadtteil ist, wohnen dort viele Leute aus der Mittelklasse. Auch viele, die dort nur den Sommer verbringen, haben mit uns etwas zu tun. Eine der ältesten Frauen von Itapuã macht bei uns mit. Sie ist ständig in der brasilianischen Presse, weil sie eine Kulturgruppe ins Leben gerufen hat, die an alte populäre Traditionen anknüpft. Das ist eine schöne Sache und die Leute sind froh darüber.

F.: Worüber spricht ihr in den Gruppen?

Lu.: Über alles! Alles, was mit dem Leben zu tun hat, wird von den Gruppen aufgegriffen: Kino, Kultur, Ökologie, Transport. Wir sind nicht spezialisiert. Denn alles, was im Stadtteil passiert, ist die Realität Brasiliens. Deshalb ist es eine gute Arbeit. Wir versuchen in diesem Rahmen etwas zu verändern, wie viele andere Gruppen auch und danken, daß es so in ganz Brasilien etwas bewirken kann.

F.: Wie läuft die Vernetzung, also der Informationsfluß zwischen den einzelnen Stadtteilgruppen?

Lu.: Die Stadtteilgruppen haben eine regionale Dachorganisation und einen Zusammenschluß in der Hauptstadt. In der Hauptstadt sind es vielleicht 40 oder mehr Stadtteilgruppen. Im Nationalen Rat in

der Hauptstadt sind wir durch eine Frau repräsentiert. Es werden nationale Treffen und Kongresse durchgeführt. Außerdem haben wir auch private Verbindungen, d.h. wir schicken uns unsere Zeitungen und Informationen zu. Die Größe der Stadt macht Schwierigkeiten. So sind die Entfernungen zwischen Itapuã und dem Zentrum 35 Kilometer. Wir haben auch keinen Präsidenten und keinen Sekretär, sondern sind ein Kollektiv. Zum einen gibt es Leute, die die Arbeitskreise koordinieren und zum anderen welche für die gesamte Stadtteilkoordination.



Die Situation in Itapuã

Itapuã, ein ehemaliges Fischerdorf, hat ca. 100 000 Einwohner und ist inzwischen Stadtteil von Salvador im Nordosten Brasiliens (Bahia).

Itapuã wurde und wird „modernisiert“: eine immer dichtere Bebauung mit krassen Mängeln in der notwendigen Infrastruktur. Die Wasserversorgung setzt oft aus, die Favelas sind gar nicht erst angeschlossen. Müll liegt (besonders an Markttagen) auf den Straßen, der Strand, der noch von seiner Berühmtheit zehrt, ist wie die meisten anderen von Abwässern verseucht. Die öffentlichen Verkehrsmittel sind miserabel, was um so schlimmer ist, als die Entfernung zum Stadtkern von Salvador 35 km beträgt! Die Situation des Bildungssystems ist chaotisch, der Stadtteil völlig unterversorgt.

Zwei Beispiele:

— In der „Invasão“ (Favela auf besetztem Gelände, „Squattersiedlung“) von Abateté sind von 600 Kindern 10% in einer Schule eingeschrieben, davon geht nur die Hälfte wirklich hin; zudem müssen noch einige Kinder in entfernten Stadtteilen zur Schule.

— Eine Schule in Itapuã verteilte 1985 2000 Anmeldeformulare, obwohl sie nur 34 Kinder aufnehmen konnte.

Ein sehr großer Teil der Jugendlichen und Erwachsenen sind Analphabeten. Die medizinische Versorgung ist völlig unzureichend.

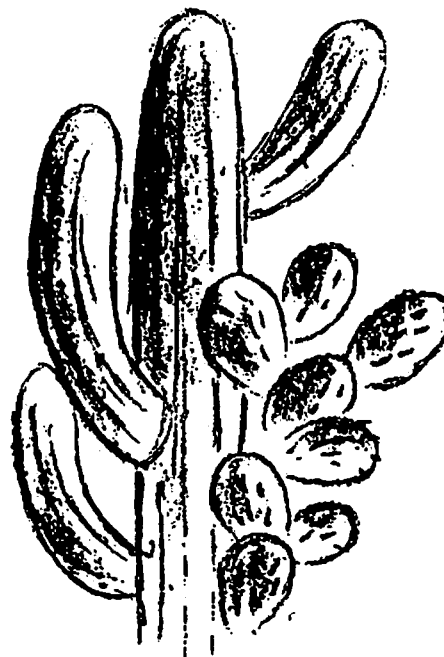
Die Stadtteilgruppe von Itapuã ist nur eine der mehr als 10 000 Basisgruppen, die es gegenwärtig in Brasilien gibt.

Falls Sie die Arbeit dieser Stadtteilgruppe unterstützen möchten:

Konto-Nr. 20 666 33,

Stadtparkasse Freiburg

Stichwort: „Itapuã“



F.: Welche Ziele verfolgt ihr?

Lu.: Wir wollen eine Veränderung der Situation in Brasilien, eine Veränderung des Volkes. Dazu brauchen wir das große Wort „Revolution“ nicht. Eine Veränderung ist nur möglich, wenn das Volk begreift, was los ist. Das Volk wird, wie überall, manipuliert. Bei uns noch mehr, weil es nicht lesen kann und deshalb keinen Zugang zu Informationen hat. Wer liest schon Zeitung?

Da sie teuer ist, vier Cruzares pro Zeitung, das sind 50 Pfennig — und das bei einem Mindestlohn von 100 Mark, — kann sie kein Arbeiter kaufen. Das Volk soll wissen, was in diesem Land geschieht, um sich gemeinsam überlegen zu können, wie man etwas verändern könnte.



F.: Habt ihr eine gemeinsame theoretische Grundlage?

Lu.: Nein, wir sind Christen und Marxisten, doch in der Arbeit schauen wir, was es zu tun gibt. Daß man sagt, hier ist unsere Doktrin, gibt es nicht.

Einer unserer Theoretiker ist Fernando Gavet. Bei uns spielen die Theorien aber nicht die Rolle wie in Europa. Vielmehr ist es eher so: die Leute arbeiten und machen dann daraus eine Theorie. Trotzdem ist der Marxismus bei uns eine ganz selbstverständliche Sache.

F.: Seid ihr eine große Bewegung, eine Massenbewegung?

Lu.: Massenbewegung ist vielleicht übertrieben, aber es sind schon Tausende von Leuten, die in Brasilien an dieser Sache arbeiten. Die Ziele sind ähnlich in ganz Brasilien und ich denke, eine Bewegung ist am entstehen. Am Anfang war es so, daß sich eine Gruppe gebildet und dann mit Leuten eines anderen Stadtteils gesprochen hat. Es wurde veröffentlicht,

deshalb wissen die Leute, was gemeint ist, wenn von Stadtteilgruppen gesprochen wird. Die Isolation der Gruppen ist kein Problem, weil die Gruppen alle irgendwie zusammenarbeiten und weil die Mitglieder einer Stadtteilgruppe auch in anderen Gruppen engagiert sind. Ich bin noch in einer Ökologie-Gruppe, einer von uns macht bei der „Negerbewegung“² mit und ein anderer ist in einer politischen Partei.

F.: Gibt es eine Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, Gewerkschaften oder Parteien?

Lu.: Wir arbeiten mit der Arbeiterpartei, in der einer von uns Mitglied ist, zusammen, wo sie nicht zu sektiererisch ist. Aber wir wollen nicht, daß die Leute sagen: „Ihr seid das.“ Unsere Satzung verbietet auch

alles ist bunt, jeder ist froh, auch die armen Leute. Ja, und dann hast Du keine Lust mehr zu arbeiten. So ist es wirklich. Es passiert auch, daß jemand nicht zur Arbeit geht, was hier nicht denkbar wäre. Die Firma macht kein riesiges Drama daraus.

F.: Kommen eure Projekte unter solchen Bedingungen überhaupt voran?

Lu.: Das ist sehr unterschiedlich. Wenn wir z.B. im März ein Projekt planen, und im Mai damit anfangen wollen, brauchen wir eine extra Sitzung. Ich frage, ob alle können und alle sagen „ja, wirklich“. Komme ich dann, ist niemand da. Das ist ein großer Unterschied zu hier. Auch kommen immer alle eine halbe oder eine ganze Stunde zu spät. Die Leute meinen, sie hätten was anderes zu tun; sie müßten jemanden besuchen oder einen Freund sehen. Z.B. beschlossen eine verantwortungsvolle Person und ich, zusammen eine Projektauswertung zu machen. Zwei Tage später ließ sie mir mitteilen, daß sie nicht kommen könne, weil sie drei Tage auf einer Insel verbringen wolle. Da ich gerade aus Deutschland kam, war ich sehr wütend. Jetzt habe ich verstanden, wie es läuft. Man muß wahnsinnig viel Geduld haben. Inzwischen sage ich, „Bitte gebt mir Bescheid, wenn ihr nicht kommt, damit ich nicht umsonst hingehe“. Die Leute leben so bohémien, sie saufen viel, gehen ans Meer, tanzen Samba. Dies ist weder für die Arbeit günstig, noch für die politische Arbeit. — Vielleicht doch, weil sie so arbeiten, wie sie feiern. Die Leute denken, wenn es keine Freude macht, warum dann gezielt an etwas arbeiten. So ist es in meinem Stadtteil, wo es einen Strand und eine Küste gibt. In São Paulo ist es anders, dort sind die Leute sehr europäisch.

F.: Wie finanziert ihr euch?

Lu.: Wir arbeiten alle ehrenamtlich und nehmen keine Beiträge von unseren Mitgliedern. Die Leute sind sehr arm und würden sich genieren, kein Geld zu haben. Wir machen Hemden, d.h. wir kaufen sie und lassen sie von unserem Maler bemalen. Das ist unsere Einnahmequelle für die alltäglichen Dinge, wie Büromaterial. Wir haben jetzt eine Garage gestrichen, die wir als Büro benutzen. Wir wollen aber ein Haus. Das ist ein Projekt, für das wir auch Geld bekommen. Wir wollen ein Museum einrichten, das auch als Schule, als Gesundheitszentrum und als Versammlungsraum dient. Für bestimmte Projekte bekommen wir also Gelder, unter anderem auch von einer Stiftung in Brasilien für die Pressearbeit, die Alphabetisierungskampagne. Wir haben auch eine Schreibmaschine bekommen. Von uns erhält niemand Geld, außer den Koordinatoren, die von Montag bis Freitag arbeiten. Sie erhalten dafür ca. 60 Mark. Aber ansonsten werden die Gelder nicht für die Arbeit verwendet.

parteiliche Arbeit, weil die Leute kommen, Stimmen wollen und wir dann involviert sind. Andererseits bitten wir sie um Unterstützung.

Mit den Gewerkschaften haben wir in Bahia weniger zu tun. Sie unterstützen uns, indem sie manchmal Flugblätter oder ähnliches für uns kostenlos drucken, wenn wir das Papier bringen. Nur mit der Gewerkschaft der chemischen Industrie haben wir mehr Kontakt, weil es viele Probleme mit der chemischen Industrie gibt. Z.B. wenn es in der chemischen Fabrik bei uns einen Streik gibt, dann wird die Sache bei uns sofort diskutiert und überlegt, wie wir sie unterstützen können, zumal zwei unserer Mitglieder in dieser Fabrik arbeiten und in der Gewerkschaft sind.

F.: Welches sind eure Hauptschwierigkeiten?

Lu.: Ja, die Leute sind wahnsinnig undiszipliniert. In meinem Stadtteil ist es besonders schlimm. Wenn Du nach draußen schaut, siehst Du die Sonne, du hörst Musik, die Leute sind schön angezogen,



F.: Wie lange bleiben die Leute dabei? Sind noch welche dabei, die mitgegründet haben?

Lu.: Wir haben vielleicht noch zehn Prozent der Leute, die mitgegründet haben. Manchmal gibt es auch Streit und sie gehen dann.

F.: Welche Aktionsformen habt ihr?

Lu.: Wir machen Demonstrationen. Am Abate-See haben wir eine Menschenkette um den See gebildet, bzw. um das, was vom See noch übrig ist. Die Bauindustrie nimmt dort den Sand weg, obwohl er unter Naturschutz steht. Das Besondere am See ist, daß er ein spezifisches Ökosystem hat, indem bestimmte Fische und Pflanzen leben, die es nur dort gibt. Zusammen mit den ökologischen Gruppen haben wir durchgesetzt, daß dieses ganze Gebiet enteignet und zum Naturschutzgebiet erklärt wird. Außerdem haben wir ein Informationszentrum für diejenigen, die herkommen, um sich zu informieren. In dieser Sache sind wir bis in die Hauptstadt gegangen. Jemand hat dort Sand und Wasser in einem Sack dem Präsidenten überreicht. Über diesen See haben wir auch Veranstaltungen gemacht, z.B. mit einem Diavortrag.

Wir haben in der Presse über ein 5-Sterne-Hotel in Itapuã informiert, das Wasser aus diesem See anzapft und über den Bau eines Golfplatzes, der die ganze Vegetation zerstört hat. Wir haben nichts gegen den Tourismus. Unsere Stadt ist sehr schön und soll auch besichtigt und genossen werden. Aber wir haben etwas gegen den Tourismus, der vernichtet.

Wir haben auch erreicht, daß eine Buslinie nach Itapuã von Salvador errichtet wurde. Weiter versuchen wir etwas gegen die Abwässer zu unternehmen: 80 Prozent der Abwässer sind nicht geregelt, sondern fließen auf die Wege. Da die Abwasserregulierung keinen Gewinn bringt, wird mit amerikanischem Geld eine Straße gebeut, die den Dorfcharakter von Itapuã völlig zerstört.

F.: Inwiefern sind Eure Aktionsformen wirklich Druckmittel und öffentlichkeitswirksam?

Lu.: Die Aktionen werden schon ernst genommen. Es marschieren nicht Millionen wie hier. Die Brasilianer sind zu faul, um zu laufen. Es sind immer kleinere Gruppen, die protestieren und mit Plakaten auf die Straße gehen. Der Zugang zur Presse und zum Rundfunk ist ganz anders als hier. Wir können ohne weiteres die Presse anrufen, eine Pressekonferenz einberufen, und die kommen alle, sofort.

F.: Erfahrt ihr auch Repression?

Lu.: Nein, wir machen alles offen. In der Zeit der Militärdiktatur hat man nicht alles offen machen können. Aber das hat sich schon in den 70er-Jahren geändert. Etwas Anderes ist, wenn Du z.B. mit kleinen Bauern und Indianern arbeitest. Da kommt der Druck mehr von der Seite der Großgrundbesitzer, nicht von der Regierung; obwohl das manchmal dasselbe ist. Es ist nicht offiziell die Polizei, die verhaftet, sondern die Großgrundbesitzer. Es sind viele aus der Kirche, Priester, Bischöfe, die so gefallen sind: Leute, die für die Indianer gearbeitet haben.

Oder der Bürgermeister wollte uns nicht empfangen, als er neu gewählt worden war. Wir hatten einen Forderungskatalog erstellt, was wir in unserem Stadtteil brauchen. Dann sind wir mit der Presse zu ihm gefahren. Er ist immernoch wütend auf uns.

Letztes Jahr ist es einmal der größten Stadtteilgruppe von Bahia passiert, daß sie Repressionen erfahren hat. Sie sind zum Bürgermeister gegangen und haben von der Polizei Prügel bekommen, unter irgendeinem Vorwand. Die ist aber nicht die Regel.

F.: Wann würdest du den Beginn der Stadtteibewegung ansetzen?

Lu.: In den 70er-Jahren sind sie entstanden, gleichzeitig mit der Amnestiebewegung.

F.: Und die Gruppe, in der du arbeitest?

Lu.: Die ist in den 80er-Jahren entstanden, ich selbst bin '83 dazugekommen.

F.: Habt ihr bisher Kontakte zu Solidaritätsgruppen gehabt?

Lu.: Wir haben Kontakt zu einer evangelischen Organisation, aber der ist nicht so intensiv. Mit der Brasilien-Initiative in Freiburg arbeiten wir hauptsächlich zusammen. Sie unterstützt uns finanziell und hat auch schon Spendenaufrufe für die Alphabetisierungskampagne gemacht.

F.: Du hast ja lange in Deutschland gelebt und kennst die Öko- und Friedensbewegung. Welche Unterschiede würdest Du zwischen den Bewegungen hier in Deutschland und denen in Brasilien sehen?

Lu.: Eine gute Frage! Die ökologische Bewegung in Brasilien fängt erst an und

Deutschland hat vielleicht sogar die größte Bewegung der Welt. Brasilien träumt noch nicht einmal davon, wo Deutschland gerade steht. Wenn ein Land schon in einer Situation ist — Spätkapitalismus, kaputt und so — ist es klar, daß es eine starke Bewegung gibt. Wo der Kapitalismus ziemlich wild und noch relativ jung ist, wie in Brasilien, kann noch keine ökologische Bewegung entstanden sein. In der Dritten Welt fehlt noch das ökologische Bewußtsein. Dritte-Welt-Länder sind manchmal kolonialistisch orientiert, d.h. man findet alles, was aus der Metropole kommt besser, wie z.B. Käse, Fleisch und Milch aus Holland.

F.: Gibt es strukturelle Unterschiede zwischen den Bewegungen hier und dort?

Lu.: Da sind z.B. die Umweltgruppen: Obwohl es schon über 300 in Brasilien sind, ist die Organisation sehr locker; in einem guten Sinne anarchistisch. Jede Gruppe entscheidet für sich, zu was sie arbeitet. Sie haben keine Herrschaftsstrukturen, dafür sind sie noch zu jung.

F.: Aus welchen sozialen Schichten kommen die Mitglieder der Umweltgruppen?

Lu.: Bei der ökologischen Bewegung engagieren sich nicht unbedingt die Studenten, sondern eher Freiberufler, Leute, die im Beruf stehen: Naturwissenschaftler, Chemiker, Physiker. Viele Physiker sind engagiert im Widerstand gegen Atomreaktoren.

F.: Und die Stadtteibewegungen?

Lu.: Dort sind normalerweise Arbeiter. In unserer Gruppe arbeiten auch Journalisten, Hausfrauen, Arbeitslose, Leute aus den Slums, Facharbeiter und Angestellte mit. Letztes Jahr gehörte auch ein Hausmädchen dazu.

F.: Ist das repräsentativ für Brasilien?

Lu.: Nein, unsere Gruppe nicht.

F.: könntest du formulieren, wie die Veränderung der Gesellschaft vonstatten gehen soll?

Lu.: Das wird sich im Laufe der Zeit definieren, wir sind sehr vorsichtig mit Modellen... wie gesagt, wir haben keine Doktrin; aber wir wollen alle die Abschaffung des Kapitalismus, klar, aber wie das im Detail aussehen soll, muß sich erst noch ergeben. Wir probieren einiges aus, neue Arten des Zusammenlebens, organischer Landbau, neue Arten der zwischenmenschlichen Beziehungen. Die Veränderung soll bei uns anfangen, in allen Bereichen. Dazu gehört auch, daß wir kein Fleisch essen, denn, wenn wir Fleisch essen, oder Coca Cola trinken, dann unterstützen wir das, was wir abschaffen wollen.

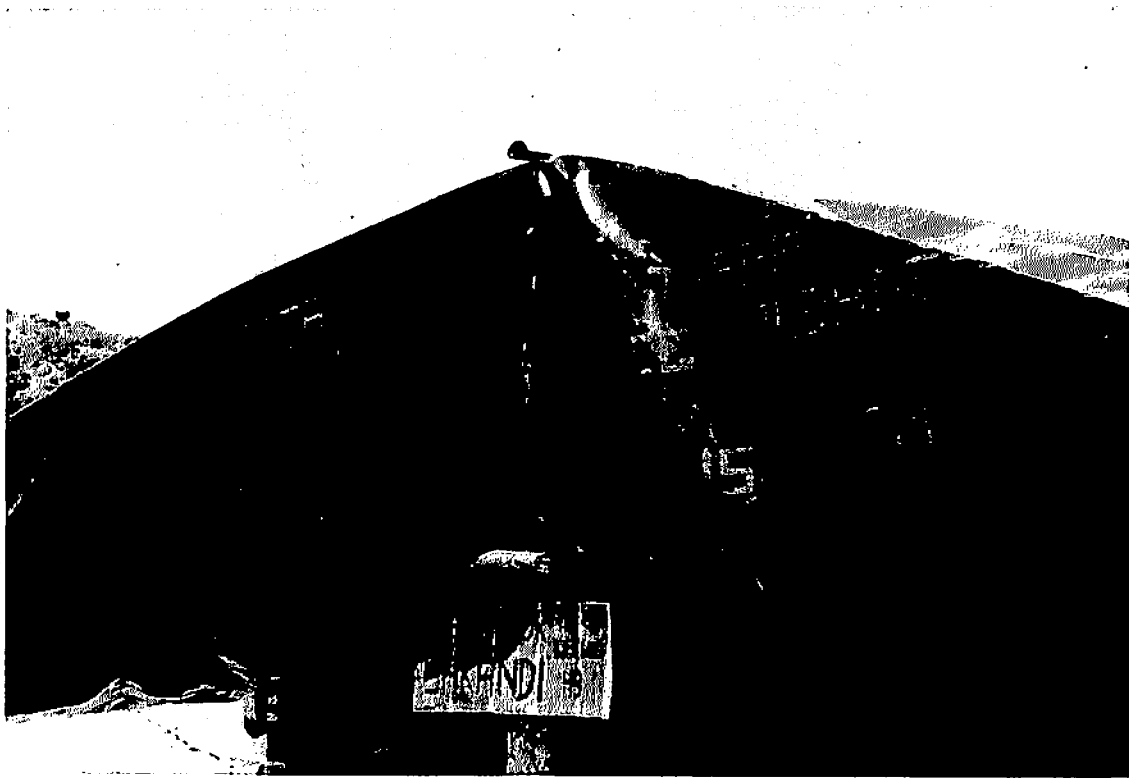
ar/ft

Anmerkungen:

1. 1978 aus der Frauenbewegung (MEPA) hervorgegangenes Komitee für die Generalamnestie (CBA)
2. 1978 in São Paulo gegründete Einheitsbewegung der Schwarzen gegen Rassendiskriminierung

Fazenda „Annoni“

Ein Symbol der Hoffnung der Landlosen



Im frühen Morgen des 29. Oktober 1985 dringen 1.500 Familien mit ihrem Hausrat in das Gebiet einer Fazenda im brasilianischen Bundesstaat Rio Grande do Sul ein. Die Fazenda liegt bei Sarandi, einem kleinen Städtchen 320 km nördlich von Porto Alegre. Es ist ein ländliches Gebiet, in dem fast nur Soja angebaut wird. Fährt man im März durch das Land, dann sieht man, soweit das Auge reicht, nur das satte Grün des Soja. Nur einige Hecken und Wäldchen durchbrechen die Monotonie der Landschaft.

Die 1.500 Familien sind in die Fazenda Annoni eingedrungen. Die Familie Annoni lebt in einem anderen Bundesstaat und hat noch einige andere Fazenden. Die Fazenda, die besetzt ist, hat 9.400 ha und wird kaum betrieben. Nur 1.600 Stück Vieh weiden dort. Das Land wird demnach kaum genutzt.

2.000 ha werden besetzt, kein Ackerland. Es werden Hütten aus Holz und Plastikplanen gebaut, 2/3 davon im Schutz eines kleinen Waldes, das andere Drittel am Waldrand. Das Gelände ist leicht abschüssig. Bei Regen versinkt alles im Morast. Nur die Menschen, die nicht im Wald wohnen, haben es besser, bei ihnen trocken

net der Boden schneller — dafür leiden sie unter der Hitze. Das besetzte Land wird eingezäunt, es gibt nur einen Zugang, und dieser wird streng kontrolliert. Ein Kreuz wird errichtet. Es hat schon eine erfolgreiche Landbesetzung erlebt. Mehrere weiße Schleier hängen daran. Jeder Schleier erinnert an den Tod eines Kindes während der Landbesetzung. Der Anwalt der Annonis verlangt die Räumung innerhalb von 24 Stunden.

7,3 Millionen Familien ohne Land

Die brasilianische Regierung spricht offiziell von 7,3 Millionen Familien ohne Land. Diese Familien suchen Land, da sie das Land, von dem sie lebten, verloren haben. Eine Familie hat im Durchschnitt mindestens sieben Mitglieder. Das bedeutet, daß 50 Millionen Leute nach Land suchen. Das war nicht immer so. Aber die Entstehung und Förderung der Monokulturen z.B. für Soja und Zuckerrohr hat viele Familien von dem Land vertrieben, das sie als Kleinbauern, Mieter oder Päch-

ter bearbeitet hatten. Systematischer Maschineneinsatz machte Menschen überflüssig. Kredite für Saatgut, Düngemittel und Pflanzenchemie gab es nur ab einer bestimmten Betriebsgröße. Unter 50 ha läuft da wenig.

Das Movimento dos sem Terra

1979 wurde die Bewegung der Landlosen gegründet. Paten waren die Pastoral da Terra (Landpastorale der kath. Kirche) und die Landarbeiter-Gewerkschaften. Die anfänglich kleine Bewegung umfaßt heute 10 % der Landlosen, also 730.000 Familien. Auch an der Besetzung der Fazenda Annoni war das Movimento entscheidend beteiligt. Zunächst wurden 273 Familien organisiert, die durch die Anlage eines Stausees bei Passo Real ihr Land ohne Entschädigung verloren hatten. Die damalige Bundesregierung wollte die Familien auf der Fazenda der Annoni ansiedeln, dies scheiterte jedoch an der Frage der Entschädigung. Wegen der weiteren Landkonzentration suchten zuletzt in dieser Gegend 1.500 Familien Land. Sie waren über viele Ortschaften verteilt und

lebten zum großen Teil als Tagelöhner. Bei den großen Entfernungen, den schlechten Kommunikationsmöglichkeiten und der Unerfahrenheit der Leute ist die Organisation der Landbesetzung für sich allein schon eine Meisterleistung.

Die Bewegung kommt von der Basis

Vor der eigentlichen Landbesetzung organisieren sich die Familien in nucleos. Dort wird die Besetzung besprochen. Hier wird auch geplant, wie man später das Land bewirtschaften soll, wie man sich während der Besetzung verhalten soll. Die nucleos werden nach der Besetzung beibehalten und sind auch nach der Landverteilung als kleinste Organisationseinheit geplant. Es werden Verbindungsmänner und ein Direktorium gewählt.

Das Direktorium bestimmt Zeit und Ort der Landbesetzung. Die meleos bekommen 24 Stunden vor der Besetzung den Zeitpunkt mitgeteilt. Mit Lastwagen wird dann die Fazenda Annoni angefahren. Die Fahrer kennen das Ziel nicht, sie müssen sich nach bestimmten Markierungen richten. Im Morgengrauen sind dann alle da und dringen in das Gebiet der Fazenda ein. Die Vertreter der nucleos versammeln sich und organisieren Kommissionen für Gesundheit, Sicherheit, Ausbildung und Presse. In dem Wäldchen gibt es eine Quelle, der Zugang muß gesichert werden. Ein alter Omnibus mit Landbesetzungserfahrung wird zur medizinischen Ambulanz. Eine Apotheke entsteht. Eine Lagerzeitung erscheint.

Unterdessen verlangt der Anwalt der Annonis die Räumung innerhalb von 24 Stunden. Die staatliche Landwirtschaftsbehörde schaltet sich ein. Es kommt zu einem Vergleich vor Gericht. Die Besetzer dürfen zunächst einmal bleiben.

Angesichts der Landlosen hat die brasilianische Bundesregierung am 10. 10. 1985 einen Plan für eine Agrarreform aufgestellt, danach sollen von 1985-89 43.000.000 ha Land an 1,4 Millionen Familien verteilt werden. Über den Rest der Landlosen hat man sich nicht geäußert. Die Regierung bleibt jedoch bei Versprechungen. Erst durch die Landbesetzungen gerät sie unter Druck. Zur Fazenda Annoni kommt das Fernsehen. Leute wie Kardinal Arns, Leonardo Boff und bekannte Politiker der Opposition. Die Landpastorale läßt im Fernsehen einen Werbespot für das Movimento ausstrahlen. Dies alles zusammen schafft ein günstiges Klima für die Landbesetzer.

Am 31. 10. 1985 wird der Vertreter der Landbesetzer, Darci Mascilo, zusammen mit vier Abgeordneten der Opposition vom Landwirtschaftsminister Nelson Ribeiro empfangen. Er fordert innerhalb von 30 Tagen 40.000 ha Land in Rio Grande do Sul. Wenn nicht, würde die Fazenda Annoni bewirtschaftet. Die Landbesetzer berufen sich damit auf einen Regierungsplan, der für die Ansiedlung von 3.800

Familien Enteignungen von 60.000 ha Land vorsieht. Die Bundesregierung und die Landesregierung halten die Besetzer mit immer neuen Verhandlungen hin.

Aber eine breite Öffentlichkeit unterstützt die Landbesetzer. Schließlich enteignet die Regierung 2.700 ha Land, verteilt dies aber nicht. Es folgen wieder eine Reihe ergebnisloser Verhandlungen. Die Absicht der brasilianischen Regierung zeigt sich an folgenden Zahlen: 1985-86 hätten 4,6 Millionen ha Land enteignet werden sollen, in Wirklichkeit waren es nur 271.700 ha.

Hier wird klar, daß die Regierung ihre eigenen Pläne nicht ernst nimmt. Aber selbst dieser bescheidene Ansatz wird durch den Verband der Großgrundbesitzer UDA (União Democrática dos Agricultores) auf das entschiedenste be-



kämpft. Durch Viehverkäufe ist dieser Verband finanzstark und rüstet praktisch zum Bürgerkrieg auf dem Lande. Vom Nordosten Brasiliens weiß man, daß die Ermordung eines Führers der Landarbeitergewerkschaft mit 25.000 DM bezahlt wird.

Nachdem die Leute auf der Fazenda Annoni bis Mai 1986 hingehalten waren, beginnen sie am 27. 5. 86 einen Protestmarsch nach Porto Alegre. Viele Politiker und Prominente ziehen mit. Der Zug wird am 23. 6. 86 in Porto Alegre von 30.000 Menschen empfangen. Es wird 32.000 ha für 1.500 Familien gefordert. Wieder kündigt die Regierung Enteignungen an.

Den Annonis wird Ende Juni 86 Eine Entschädigung von 100 Millionen cruzados gezahlt (12,4 Millionen DM). Die 1.600 Stück Vieh sollen abtransportiert werden. Aber es geschieht nichts, das Vieh bleibt. Im Gegenteil, die Fazenda wird von 1.200 Pazifisten umzingelt. Außer Journalisten und Priestern darf niemand hinein oder heraus. Die Polizisten prügeln. Mehr als 50 Leute werden ver-

letzt. Einer der Landbesetzer trägt eine Querschnittslähmung davon. Aber die Besetzer lassen sich nicht provozieren. Man betet vor den Polizisten, Frauen und Kinder stehen in der ersten Linie. Blumen werden an die Polizisten verteilt. Unter dem Druck der Öffentlichkeit und der bevorstehenden Wahlen kann die Regierung die Räumung nicht durchführen, bis heute ist das Lager umzingelt, aber die Lage ist insgesamt entspannter.

Anfang November 1986 besuchte der Priester SERGIO GÖRGEN die Brasilien Initiative in Freiburg. Er betreut für die Pastoral da Terra die Fazenda Annoni. Das heißt, er ist jede Woche mindestens zweimal dort. Seine Aufgabe besteht besonders darin, die benötigten Kontakte zu Regierungsstellen herzustellen. In Zeiten hoher politischer Brisanz ist er immer dort. Wir führten folgendes Gespräch:

Brasilien-Initiative: Wie viele Landbesetzungen gibt es heute in Brasilien?

Sérgio: Im gesamten Land sind es zur Zeit 58. Die Fazenda Annoni steht aber am stärksten im Licht der Öffentlichkeit. Sie hat schon einen richtigen Symbolcharakter für das Movimento dos sem Terra.

B.I.: Wie siehst du die Erfolgsaussichten?

Sérgio: Seit dem 29. 10. 86 ist die Besetzung ein Jahr alt. Trotz zweier großer Protestmärsche und Demonstrationen hat noch niemand Land bekommen. Im Gegenteil, zwischenzeitlich hat sich die Lage verschärft, man hat das Lager umzingelt, es kam zu Gewaltanwendung gegen uns. Aber wir verlieren nicht die Zuversicht. Es wurden schon Landbesetzungen nach drei Jahren mit Erfolg beendet. Wichtig ist die Anteilnahme der Öffentlichkeit. Die Regierung verhandelt jetzt mit neuen Leuten mit uns. 250 Familien sollen jetzt auf dem Gebiet der Fazenda angesiedelt werden.

B.I.: Wie steht ihr zur Gewalt?

Sérgio: Wir lehnen die Anwendung von Gewalt bei Landbesetzungen grundsätzlich ab. Unsere Strategie ist rein pazifistisch. Wir beten und fasten. Der Polizei geben wir Blumen. Unsere Stärke liegt in unserer Organisiertheit und in unserem gemeinsamen Bewußtsein.

B.I.: Der Regierungsplan zur Landreform ist sehr zaghaft und verspricht keinen Erfolg. Habt ihr einen eigenen Plan?

Sérgio: Nein, einen ausgearbeiteten Plan gibt es nicht. Wir brauchen auch keinen Plan, wir brauchen Land. Wenn wir kein Land bekommen, müssen wir es uns nehmen.

B.I.: Die UDA, der Verband der Großgrundbesitzer bekämpft euch. Hat sie Wirkung?

Sérgio: Die UDA ist eine Organisation zur Verhinderung jeder Art von Landreform. 7,3 Millionen Familien haben kein Land. Diesen Menschen will der Verband das Recht auf eine menschenwürdige Existenz verwehren, auch mit den Mitteln von Gewalt und Terror, was an den vielen Morden im Nordosten des Landes zu sehen ist. Der Verband ist reich. Er repräsentiert die mächtigsten und reichsten Menschen im Land. Trotzdem hat er die 59 Landbesetzungen nicht verhindern können.

B.I.: Es wurde ein neuer Landwirtschaftsminister eingesetzt. Habt Ihr jetzt mehr Hoffnung?

Sérgio: Nein. Er arbeitet zur Zeit nicht in seinem Ministerium, sondern im Wahlkampf. Im übrigen hat er nicht genügend

ABAIXO OS PADRES
COMUNISTAS

Geld zur Verfügung. Für die Durchführung der Agrarreform, die die Regierung vorschlägt, bräuchte er 12.000.000 cruzados, aber er hat nur 120.000 bekommen. Nach den Wahlen werden wir weitersehen.

B.I.: In den 50er Jahren gab es die Ligen der Landarbeiter, sie wurden nach 1964, dem Militärputsch, verboten. Habt ihr dazu eine Verbindung?

Sérgio: Wir haben großen Respekt vor der Arbeit der Ligen von damals. Wir sehen aber auch die Fehler, die damals gemacht wurden. Sie hatten damals sehr gute Führer, aber eine schlechte Basisarbeit. Wir wollen genau das Gegenteil. Die Basis muß alles entscheiden und tragen. Nichts darf ohne die Basis gemacht werden. Wenn etwas mit der Basis geht, dann ist es gut. Wenn nicht, dann wird es nicht gemacht. Deshalb dauern unsere Entscheidungsprozesse langsam. Aber die Bewußtheit der Basis ist uns das wert.

B.I.: Besteht die Gefahr eines Militärputsches?

Sérgio: Nun, die Militärs haben immer noch großen Einfluß, er wurde ihnen ja nie genommen. Sie sind nur in den Hintergrund getreten. Aber sie haben eine große ökonomische Macht. Es kommt für sie darauf an, daß die Wahl in ihrem Sinne ausgeht. Wenn dem so ist, dann können sie legal Einfluß ausüben, wenn nicht, werden sie mit anderen Mitteln ihren Einfluß geltend machen.

B.I.: Wann kann nach dem Gesetz Land legal enteignet werden?

Sérgio: Wenn ein Land mehr als 30 % unter der Produktivität vergleichbaren Landes liegt.

B.I.: Wie geht das vor sich?

Sérgio: 20 % des Wertes müssen gleich bezahlt werden. Dazu Häuser, Vieh und Gerätschaften. 80 % des Restwertes werden dann innerhalb von 20 Jahren zurückgezahlt. Jedes Jahr kann dann ein Titel eingelöst werden.

B.I.: Wie wird ein Wert ermittelt?

Sérgio: Der Wert richtet sich nach dem Steuerwert, den der Besitzer selbst deklariert hat. Kleiner Wert, kleine Steuer. Als dies bekannt wurde, war das Geschrei groß. Jetzt hat aber ein Gericht entschieden, daß der Wert sich nach dem Marktwert richtet.

B.I.: Wie ist die Haltung der Kirche zur Landreform?

Sérgio: Die Bischofskonferenz der brasilianischen Kirche hat ein Papier verabschiedet, indem sie entschieden für die Landreform eintritt. Nur 4 Bischöfe stimmten dagegen. Unter den Laien gibt es Gegner der Landreform, unter den Priestern praktisch nicht. Es sind schon einige Priester wegen der Landkonflikte gestorben. Bei den Verhandlungen wegen der Landbesetzungen ist die Kirche wegen ihrer Vermittlerrolle wichtig.

B.I.: Wie steht das Movimento zur Entschädigung nach Enteignung?

Sérgio: Grundsätzlich halten wir Land für ein Geschenk der Natur, das sich dem Profitdenken der Menschen entzieht. Einen gerechten Preis kann es deshalb überhaupt nicht geben. Aber für Land, das brach liegt oder ausländischen Multis gehört, soll gar nichts gezahlt werden. Mittlere Betriebe sollen eine Entschädigung erhalten. Besitzer kleiner Betriebe behalten das Land, das sie zur Bewirtschaftung und zum Erhalt ihres Lebensstandarts brauchen.

B.I.: Gehört die Kirche in Brasilien auch zu den Großgrundbesitzern?



Trauerfeier für einen ermordeten Vertreter der Landlosenbewegung

Sérgio: Die Kirche besitzt eine Fläche von 173.000 ha Grund insgesamt. Dazu gehören die Grundstücke von Kirchen, Friedhöfen und Schulen. Das ist weniger Land als die Rinderfarm von VW. Der größte Landbesitzer hat 4.281.000 ha Land. Dort, wo die Kirche landwirtschaftliche Flächen hat, werden diese auch verteilt, z.B. in Fortaleza, Sao Paulo, Paraíba.

B.I.: Wie soll das erkämpfte Land bearbeitet werden?

Sérgio: Wir praktizieren zwei Formen des genossenschaftlichen Arbeitens: Erstens werden Gerätegemeinschaften gebildet, denn die Familien bewirtschaften den Boden gemeinsam. Dies entscheiden die Familien untereinander wie sie wollen.


B.I.: Gibt es Unterschiede im Movimento?

Sérgio: Im Movimento sind bis jetzt nur knapp 10 % der Landlosen organisiert. Aber die Organisation wächst. Der Organisationsgrad und das Bewußtsein ist unterschiedlich. Dabei spielen auch regionale Gegebenheiten eine Rolle. Der Fortschritt ist langsam. Man hat Respekt vor jeder einzelnen Person. Je mehr man Wert auf das Bewußtsein der Basis legt, desto langsamer ist die Entwicklung. Aber ein

langsam entwickeltes Bewußtsein wird mehr bewirken. Wir wollen keine Elite der Landlosen, wir wollen eine Massenbewegung.

Das Interview wurde von Wolfgang Pauli für die Brasilien Initiative geführt, er besorgte auch die Übersetzung.

aus: Brasilien-Rundbrief Nr. 21
Dezember 1986
beziehbar über
Brasilien-Initiative Freiburg
In den Watermatten 27
7800 Freiburg



fotoausstellung

rundbriefe
4 exemplare pro jahr
zum preis von 10 dm

projektbeschreibungen

informationsveranstaltungen

literaturliste

**Brasilieninitiative
Freiburg e. V.**

7800 Freiburg In den Watermatten 27
Telefon (07 61) 53674
bankverbindung: städt. sparkasse freiburg
kontonummer: 20 666 33



Straßenkinder in Brasilien

Nach einer Schätzung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) leben in Brasilien 8 Millionen Kinder auf der Straße, sie haben keine (oder nur noch wenig) Verbindung zum Elternhaus. Sie bewegen sich in einem Teufelskreis: Aufgelesen von der Militärpolizei, verprügelt und mißhandelt, landen sie in den Anstalten der staatlichen Jugendfürsorge FEBEM, leben dort wie im Knast, unter menschenunwürdigen Bedingungen, werden wieder geschlagen, hauen bei der ersten besten Gelegenheit ab und landen wieder auf der Straße. In der Millionenstadt Recife leben etwa 16.000 Kinder unter 14 Jahren ständig auf der Straße. Mitte Oktober dieses Jahres waren zwei Mitglieder der Gruppe NAO VIOLÊNCIA aus Recife in Freiburg, um über ihre Arbeit mit Straßenkindern zu berichten

Brasilien Initiative: Wann hat diese Arbeit mit den Menschen am Rande der Gesellschaft anfangen und worin besteht diese Arbeit?

Mário: Wir leben mit Menschen aus Randgruppen zusammen, Prostituierten, Bettlern und vor allem mit den Kindern im Zentrum der Stadt Recife, Kinder, um die sich niemand kümmert. Die Arbeit mit den Erwachsenen versteht sich als Solidaritätsarbeit. Bei den Kindern liegt der Schwerpunkt auf der Alphabetisierung und Bewußtseinsweckung. Im Augenblick beschäftigen wir uns vor allem mit den Kindern. Wir haben schon Erfahrung in der Erwachsenenarbeit und glauben, daß die Arbeit mit den Kindern Anlaß zu größeren Hoffnungen gibt.

Brasilien Initiative: Wo findet diese Alphabetisierung statt?

Demétrio: Mitten auf der Straße. Wir haben aber auch einen kleinen Schuppen, den uns die Kirche von Penha zur Verfügung gestellt hat — dort können die Kinder und Bettler sich duschen, Wäsche waschen und schlafen. Dieser Schuppen dient aber auch als Unterschlupf für Menschen aus dem Innern des Landes, die in der Hoffnung auf ein besseres Leben in die Stadt gekommen sind.

Unsere Gruppe besteht aus 12 Personen, die sich in der Arbeit mit den Kindern abwechseln.

Brasilien Initiative: Wovon lebt Ihr?

Mário: Die meisten von uns kommen aus der Mittelschicht, und haben sich dafür entschieden in Solidarität mit den Straßenkindern zu leben. Wir sind junge Leute, die diese Situation der Kinder sehen und nicht selten geraten wir in den Konflikt mit unseren Familien, denn als Familien der Mittelklasse leben sie ein total anderes Leben. Da gibt es junge Leute, die nach neuen Wegen, oft auch politische Optionen suchen. Diese Jugendlichen kommen zu unserer Gruppe. Demétrio hat schon früher mit Randgruppen gearbeitet, ich mit Bettlern. Aber die Situation der Kinder scheint uns noch wichtiger. Die Erwachsenen sind z.B. stärker und können sich besser verteidigen, was die Kinder nicht können. Obwohl sie sich in Banden zusammengeschlossen haben, werden die Kinder in der Stadt oft umgebracht.

Brasilien Initiative: Wie könnt Ihr beide leben, ohne eine feste Arbeit zu haben? Oder besser, wird Eure Arbeit auf irgendeine Weise finanziert?

Mário: Nein. Für unsere Alphabetisierungsarbeit z.B. bekommen wir von der Bildungsbehörde eine finanzielle Beihilfe in Form eines Gehalts für eine Lehrerin. Eines der Mädchen in der Gruppe bekommt so den Lehrergehalt. Demétrio hat ebenfalls ein Einkommen von 800 cruzados pro Monat, das entspricht der Stellung eines Verwaltungsangestellten. Die Mitglieder unserer Gruppe, die arbeiten und die sich finanziell besser stehen, unterstützen die anderen. Die Bildungsbehörde finanziert jeweils für ein halbes Jahr eine Vesper für die Kinder. Außerdem kochen wir zusammen eine Suppe aus Gemüseresten, die vom Markt São José übrigbleiben. Wir bekommen auch Spenden.



Straßenkinder—MFG in Brasilien

Aufgrund dieser Tatsachen haben wir uns entschlossen, uns mehr den Kindern zuzuwenden, natürlich ohne den Kontakt mit den Erwachsenen — Bettlern und Prostituierten — zu verlieren.

Die Mitglieder unserer Gruppe arbeiten auch in verschiedenen Berufen. Einige sind Angestellte bei der Stadt, andere Lehrer etc.

Brasilien Initiative: Und Ihr beiden?

Demétrio: Ich habe mich dafür entschieden, Tag und Nacht mit den Kindern zu arbeiten, Mário ebenso, obwohl er noch gerne Theologie studiert hätte. Manuelzinho ebenfalls.

Manchmal gibt uns jemand ein Kilo Bohnen, zwei Kilo Zucker etc.

Brasilien Initiative: Wie lange macht Ihr diese Arbeit schon?

Mário und Demétrio: Seit fünf Jahren.

Brasilien Initiative: Wann ist die Idee entstanden, eine Solidaritätsarbeit mit den Menschen am Rande der Gesellschaft aufzubauen?

Demétrio: Es gab vor zehn Jahren in Recife einen amerikanischen Priester, der auf der Straße lebte. Er hatte sich für dieses Leben entschieden und verbrachte so drei Jahre, während deren er Tag und Nacht



Autowaschen als Verdienstquelle

mit den Menschen der Randgruppen zusammen lebte. Mehrmals wurde er von der Polizei aufgegriffen und festgenommen. Da er Amerikaner war, wurde er in die USA ausgewiesen. Aber die Botschaft, die er hinterließ hat die Leute sehr berührt. Damals gab es eine Gruppe von Leuten, die zweimal in der Woche auf die Straße gingen, um in den Randgruppen zu leben. Aber dieses Zusammenleben war nicht so intensiv wie das des Priesters. Diese Gruppe, zu der Mário und ich gehörten, löste sich auf. Mário entschied sich für das Leben in einer Favela und ich für das auf der Straße. Im Lauf der Zeit kamen andere, die sich mit unserer Sache solidarisierten, mit der Sache der Marginalisierten. So bildete sich die Gruppe. Mário kam dann auch wieder zu uns.

Wir wohnen in der Kirche von Penha, im Schuppen. Jede Nacht gehen wir auf die Straße, um nach den Kindern zu schauen. Nachts auf der Straße halten wir unsere kleine Schule ab, machen Spiele, malen. Nach dem Unterricht gibt es einen Imbiß, das ist manchmal eine Suppe und manchmal das Vesper von der Bildungsbehörde. Später gehen wir zu unserem Schuppen, wo die Kinder sich duschen und einige zum Schlafen bleiben. Die Kranken bleiben auch dort. Wer dort bleiben will, der bleibt, die Kinder haben darin völlige Freiheit. Viele von ihnen ziehen mit kleinen Karren durch die Straßen, um Papier zu sammeln. So können viele nicht im Schuppen schlafen, weil sie auf ihre Karren aufpassen müssen.

Brasilien Initiative: *Wie überleben diese Kinder? Woher kommen sie?*

Mário: Sie kommen aus den Favelas. Viele von ihnen müssen arbeiten, um ihre Familien zu unterstützen, und dann kommen

sie zum Arbeiten auf die Straße. So kommen sie in die Stadt, kommen wieder, bis sie schließlich bleiben. Andere kommen vom FEBEM (Fundação Estadual do Bem-Estar de Menor — Staatliche Stiftung für die Wohlfahrt der Minderjährigen), und sind schon total kaputt. Sie reißen aus den Heimen der FEBEM aus und bleiben auf der Straße. Um auf der Straße zu überleben, müssen sie stehlen. Mit diesem Geld kaufen sie Essen und Schusterklebstoff. Um auf der Straße zu leben, wo das Gesetz des Stärkeren regiert, müssen sie Drogen nehmen, normalerweise Schusterklebstoff, Haschisch, Tabletten. Die älteren spritzen sich schon. Das Viertel, in dem wir sind, ist ein Viertel, in dem die Prostitution blüht. Da gibt es immer welche, die Spritzen verabreichen, besseren Hasch verkaufen usw. Sehr leicht ist es, in den Apotheken Optalidon (ein Haluzinogen) in Ampullen zu kaufen.

Brasilien Initiative: *Was denken diese Kinder? Machen sie sich Gedanken darüber, woher das Elend kommt, in dem sie leben?*

Mário: Am allerdringendsten brauchen sie etwas zu Essen. Was sie noch brauchen, ist Liebe und Fürsorge, ein Heim. Vielen von ihnen, das ist klar, wird es nie gelingen, aus dieser Welt am Rande der Gesellschaft herauszukommen, und sie werden dort sterben, werdet ermordet werden. Was die Kinder denken ist Folgendes: sie wissen, daß sie eines Tages umgebracht werden. Auf der anderen Seite haben sie Hoffnungen wie andere Menschen auch. Sie hätten gerne, was andere Kinder haben. Die Gruppe mit der wir arbeiten, bekommt langsam eine Vorstellung, worin die Ursachen des Elends liegen.

Demétrio: Beim Unterricht benutzen wir die Methode von Paulo Freire, die alfabetisiert und gleichzeitig Bewußtsein weckt. So nehmen wir Schlüsselworte und bilden Diskussionsgruppen.

Brasilien Initiative: *Welches sind die Schlüsselworte?*

Demétrio: Die Straße ist ein Schlüsselwort. So wird dann diskutiert, warum sie auf der Straße sind. Klebstoff ist ein anderes Schlüsselwort und da diskutieren wir, warum sie Drogen nehmen. Ein anderes Beispiel: Kadaver bedeutet ein Betrunkener auf der Straße, den sie berauben; Karren ist ein anderes Schlüsselwort. Hier reden wir über die Rolle des Zwischenhändlers. Diese Kinder verbringen z.B. den ganzen Tag damit, auf der Straße Papier zusammenzusuchen, um es dem Zwischenhändler zu verkaufen, der dieses Papier zu einem viel höheren Preis weiterverkauft. Dafür, daß sie einen ganzen Tag über den Wagen durch die Straßen schieben und Papier sammeln, verdienen sie nur 10 cruzados.

Brasilien Initiative: *Wieviele Kinder gibt es in Eurer Gruppe?*

Mário: Wir haben Kontakt mit den Kindern, die im Zentrum von Recife leben, aber einen direkten Kontakt haben wir mit 60 dieser Kinder. An dem Unterricht jetzt nehmen ca. 40 Kinder teil.

Brasilien Initiative: *Gibt es auch Mädchen in dieser Gruppe?*

Demétrio: Es gibt mehr Gruppen von Jungen als von Mädchen. Die Mädchen landen in der Prostitution. Sie sind viel mehr an den Rand gedrückt als die Jungs, einmal, weil sie Frauen sind aber auch, weil sie Prostituierte sind. Es gibt z.B. 7jährige Mädchen, die als Prostituierte arbeiten. Sie üben keinen Geschlechtsverkehr aus, aber masturbieren die älteren Männer. Es geschieht oft, daß diese Männer im Laufe der Masturbation die Mädchen vergewaltigen. Wir kennen ein Mädchen, das mit 3 Jahren vergewaltigt wurde. Es war eine grauenhafte Sache. Die Kinderpastorale der Kirche hat versucht, Kontakt mit den Prostituierten aufzunehmen, hauptsächlich in der Gegend von Porto, das in der Nähe des Stadtzentrums liegt. Dort entdeckten sie eine Pension mit Mädchen, die der Prostitution nachgingen. Auch kleine Jungs, die nur mit einem Röckchen bekleidet bzw. bisexuell waren.

Die größten Probleme haben wir mit der Polizei. Die meisten Polizisten haben eine schlechte Ausbildung und verdienen schlecht. Da sie in der Polizeikaserne einem sehr starken Druck ausgesetzt sind, gehen sie auf die Straße und lassen dort den ganzen Dampf ab. Wir wollen nicht gegen einzelne Polizisten angehen, wir versuchen jedoch, gegen die Struktur des Polizeiapparats zu kämpfen, der sehr repressiv ist. Manchmal zwingen die Polizisten die Mädchen, sie zu masturbieren, zwingen die Kinder und Bettler, für sie zu stehlen.

Mário: In Recife wurde das Problem der Gewalt stark diskutiert. Man hat sich folgende Maßnahmen ausgedacht: es werden mehr Polizisten angestellt, sodaß die Präsenz der Polizei auf der Straße verstärkt wird. Nie diskutiert wird über die Ursache der Gewalt. Die Randgruppen müssen so als die Sündenböcke herhalten. Die ganze Schuld für die Gewalt wird auf ihnen abgeladen. Es gibt z.B. Jungen, die reagieren beim ersten Kontakt mit uns sehr aggressiv und gewalttätig, denn obwohl sie Kinder sind, müssen sie sich wie Erwachsene verhalten. Sie sind Stadtkämpfer, denn auf der Straße herrscht das Gesetz des Stärkeren.

Demétrio: Früher hatten wir nur die Polizei gegen uns, wenn wir diese Kinder beschützten. Jetzt müssen wir uns auch gegen die Bevölkerung wehren, die sehr aufgebracht ist. Wir riskieren es, mitten auf der Straße gelyncht zu werden.

Mário: Für diese Menschen ist es sehr schwer, aus der Marginalität herauszutreten. Wenn sie auf Arbeitssuche gehen, traut ihnen niemand. So kehren sie an den Rand der Gesellschaft zurück. Es ist sehr schwer. Dringend notwendig wäre es, der Bevölkerung die Probleme der Menschen am Rande der Gesellschaft bewußt zu machen.

Brasilien Initiative: *Bekommt Ihr irgendwelche Hilfe von Politikern?*

Mário: Wir haben kein großes Vertrauen in die Politiker, denn die meisten lassen sich nur vor den Wahlen sehen. Die Stadt Recife unterhält auch ein Hilfsprojekt für Straßenkinder, und die Betreuer machen ein Praktikum in unserer Gruppe. Unsere Gruppe sieht jetzt etwas, was wir als Ausschluß dieser offiziellen Projekte bezeichnen. Das sind junge Leute, die kommen vom FEBEM, dem von der Frau des Gouverneurs errichteten Asylheim, und die hatten dort Schwierigkeiten. Wir kapseln uns nicht ab und sind offen für einen Dialog, aber wir engagieren uns nicht für dieses oder jenes offizielle Projekt. Die Methoden, diese Kinder zu „heilen“, sind mehr als fragwürdig. All diese Projekte haben den Anspruch, den Kopf dieser Kinder, die schon so lange auf der Straße leben, zu „reparieren“. Aber man muß viel Geduld mit ihnen haben. Man muß mit ihnen zusammen leben, sich gegenseitig genau kennen, erst daraus erwächst langsam das Vertrauen. Erst dann kann man etwas erreichen. Zwei Kandidaten für die Verfassungsgebende Versammlung haben sich bei uns gemeldet, und wir werden und mit ihnen unterhalten. Wir werden ihnen Vorschläge unterbreiten, und wenn die Kandidaten sie annehmen, dann werden wir hinterher schauen, ob sie diese Vorschläge auch verwirklichen.

Brasilien Initiative: *Wie ist Eurer Verhältnis zur katholischen Kirche?*

Mário: Die Kirche ist arm und unterstützt schon viele Projekte. Wir werden von D.

Helder Câmara unterstützt, von der Erzdiözese, der Jugendpastorale, der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden.

Brasilien Initiative: *Macht Ihr bei Eurer Arbeit auch so etwas wie religiöse Erziehung?*

Mário: Nein. Unsere Gruppe ist ökumenisch. Es tauchen allerdings oft spontan religiöse Fragen auf. Wenn die Kinder krank sind, bitten sie uns manchmal mit ihnen zu beten.

Brasilien Initiative: *Welche Perspektiven haben diese Kinder?*

Mário: Da viele Papier sammeln, denken wir daran, eine Kooperative zu bilden, um den Zwischenhändler zu umgehen. Ihre eigenen Perspektiven sind, z.B. ein Haus zu haben, wo sie ihre Kreativität entwickeln können. Es gibt Kinder, die schnitzen, andere malen. Eine andere wichtige Sache ist, daß viele lesen und schreiben lernen wollen, um die notwendigen Dokumente zu bekommen. Das tun wir schon.

Brasilien Initiative: *Was hat Euch dazu veranlaßt, hierher nach Europa zu kommen?*

Demétrio: Wir sind mit der Absicht hierher gekommen, unsere Erfahrung zu zeigen, aber auch, um mit Organisationen in Kontakt zu kommen, die unsere Arbeit finanziell unterstützen könnten.

Mário: Wir sind nicht als Touristen gereist. Hiesige Solidaritätsgruppen haben unsere Reise bezahlt. Ich halte nicht nur die wirtschaftliche Hilfe für wichtig, sondern auch diese Solidarität und vor allem die Tatsache, daß die Menschen hier besser über diese Probleme Bescheid wissen müssen.



Das Interview wurde von Izabela Furtado de Sant'Anna geführt und von Hannalore Oesterle-Schindler übersetzt.

Spenden für das Straßenkinderprojekt in Recife bitte unter dem Stichwort „STRASSENKINDER“ auf das Konto 2066633 der Sparkasse Freiburg überweisen.

Gekürzt aus: Brasilien Initiative Freiburg e.V., Rundbrief Nr. 21, Dezember 1986

Frauen-Bücher:

● Zindzi Mandela/Südafrika

Die Tochter von Winnie und Nelson Mandela verfaßte den Gedichtband »Schwarz wie ich bin« - mit Fotos von Peter Magubane (Lamuv TB 49, 9,80 DM)

● Ebla/Somalia

Nuruddin Farahs Roman »Aus einer Rippe gebaut« erzählt die Geschichte Eblas, einer jungen Frau, die in einer streng patriarchalischen, vom Islam geprägten Gesellschaft nach Unabhängigkeit strebt (Lamuv/Dialog Dritte Welt 37, 15,80 DM)

● Domitila/Bolivien

Eine Bergarbeiterfrau legt Zeugnis ab: in Sachen politisches Engagement und Solidarität - in ihren Büchern »Wenn man mir erlaubt zu sprechen ...« von M. Viezzer (Lamuv TB 27, 14,80 DM) und »Domitila« von D. Acebey (Lamuv, Broschur, 24,00 DM)

● Carolina/Brasilien

Carolina Maria de Jesus wurde weltberühmt mit ihren Werken »Tagebuch der Armut - Das Leben in einer brasilianischen Favela« (Lamuv TB 30, 14,80 DM) und der Fortsetzung »Das Haus aus Stein« (Lamuv TB 34, 14,80 DM)

● Rigoberta Menchú/Guatemala

Elisabeth Burgos hat die Lebensgeschichte Rigoberta Menchús aufgeschrieben, eine »Anklage« (Spiegel) gegen die politischen Verhältnisse in Guatemala (Lamuv TB 33, 16,80 DM)

● Ana Guadalupe Martínez/El Salvador

Die »Comandante Guerillera« schildert »Die geheimen Kerker El Salvadors« und den Kampf der Befreiungsbewegung (Lamuv TB 21, 12,80 DM)

● Jesusa Palancares/Mexiko

Das Leben einer über 80 Jahre alten Frau von der Revolution bis heute, protokolliert von Elena Poniatowska; Titel: »Allem zum Trotz ...« (Lamuv, Sonderausgabe, 9,80 DM)

● Dienstmädchen in Südamerika

»Muchacha - Die unsichtbaren Dienerinnen Lateinamerikas« von R. Jung, das Buch über die am meisten ausgebeutete Klasse des Kontinents (Lamuv TB 28, 9,80 DM)

● Indianerinnen in Nordamerika

»Töchter der Erde - Legende und Wirklichkeit der Indianerinnen« von Carolyn Niehammer (Lamuv TB 38, 16,80 DM)

● Okani/Papua-Neuguinea

Piet Bogner läßt eine der letzten noch lebenden Erzählerinnen ihres Stammes zu Wort kommen - in dem Buch »In der Steinzeit geboren« (Lamuv TB 35, 16,80 DM)

● Frauen in Indien

»Stree Shakti« = weibliche Kraft, Energie, Kreativität - so lautet der Titel von Christa Wichterichs Buch über Frauenprotest und -organisation in Indien (Lamuv TB 48, 15,80 DM)

● Junge Türkinnen in West-Berlin

Ayşe und Devrim schildern ihr Leben in zwei Welten, der deutschen und der türkischen, in ihrem Buch »Wo gehören wir hin?« (Lamuv TB 25, 9,80 DM)

● Alexandra/Bundesrepublik

Das Leben einer Drogenabhängigen, die an einer Überdosis Heroin starb, rekonstruieren Hafner/Taylan anhand der Tagebücher der Toten, durch Gespräche mit ihrer Schwester, ihrer Mutter, Freunden ... in dem Buch »Alexandra: Tod in Frankfurt« (Lamuv, Broschur, 19,80 DM)

● Frauen-Bücher im Lamuv Verlag, Martinstraße 5, 5303 Bornheim 3

ANZEIGE

GUTEN TAG!

Zwei neue, interessante Hefte stellen wir gerade fertig:

BRD und „3. Welt“, Band 17: BRIGADEN FÜR NICARAGUA

Es geht nicht nur um eine Beschreibung der Brigaden und ihrer Projekte, sondern auch um eine kritische Betrachtung dieser Form der internationalen Solidarität:

- Handelt es sich um eine neue Form des Tourismus?
- Warum wurde die Bewaffnung zum Tabu erklärt?

BRD und „3. Welt“, Band 29: LIBYEN

Die BRD und Libyen verbindet ein besonderes Verhältnis. Unter faschistischer Besetzung wurde vermutlich die Hälfte der Bevölkerung umgebracht. Trotzdem genießt Hitlers Panzergeneral Rommel, der durch seinen Wüstenkrieg in Libyen berühmt wurde, hierzulande einen guten Ruf. In Libyen liegt die einzige Ölquelle, die ein deutscher Konzern im Ausland besitzt. Und heute verweigert sich die Bundesregierung dem Wirtschaftsboykott, wie die USA ihn fordert.

Jedes Heft (48 Seiten) kostet 4,— DM. Doch wir suchen nicht nur interessierte Käuferinnen und Käufer, wir laden ein zum

ABONNEMENT.

10 Hefte jährlich kosten im Abonnement nur 28 DM (inklusive Porto), jedes Heft ist also gegenüber dem Einzelverkauf 30 % billiger.



JA, ICH ABONNIERE:

An: Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1

Absender:

ICH BESTELLE:

Abo(s) 1987 BRD und „3. Welt“ (jeweils 28,— DM)

(Bestellung von Einzelheften siehe Rückseite.)

Auch bei Abos 11/10 Partie für den Buchhandell)

Datum/Unterschrift:

Bei einem GESCHENKABONNEMENT bitte Rechnungs- und Lieferadresse angeben. Geschenkabos verlängern sich nicht automatisch, sie laufen nach einem Jahr aus.

Ich weiß, daß ich die Abo-Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.

BRD und »Dritte Welt«

Band 1: Rohstoffsicherung
1982, 48 Seiten, 3,— DM

Band 2: Rüstungsexport
1982, 48 Seiten, 4,— DM

Band 3: Südliches Afrika
1982, 48 Seiten, 4,— DM

Band 4: Palästina
1982, 48 Seiten, 3,— DM

Band 5: Neue Weltwirtschaftsordnung
1982, 48 Seiten, 3,— DM

Band 6: Grundbedürfnisstrategie
1985, 48 Seiten, 4,— DM

Band 7: Personelle Entwicklungshilfe
1985, 48 Seiten, 4,— DM

Band 8: IWF und Weltbank
1982, 48 Seiten, 3,— DM

Band 9: Außenhandel
1985, 48 Seiten, 4,— DM

Band 10: Ausländer
1983, 48 Seiten, 3,— DM

Band 11: Frauen
1982, 32 Seiten, 2,— DM

Band 12: Tourismus
1982, 32 Seiten, 2,— DM

Band 13: Paraguay
1982, 48 Seiten, 4,— DM

Band 14: Wende in der Entwicklungspolitik
1985, 48 Seiten, 4,— DM

Band 15: NATO
1985, 48 Seiten, 4,— DM

Band 16: Kolonialismus
1985, 48 Seiten, 4,— DM

Band 17: Brigaden für Nicaragua
1987, 48 Seiten, 4,— DM

Band 18: Seerecht
1985, 48 Seiten, 4,— DM

Band 19: Atomexport
1985, 48 Seiten, 4,— DM

Band 20: Nicaragua - Solidarität
1984, 48 Seiten, 4,— DM

Band 21: Helden
1986, 48 Seiten, 4,— DM

Band 22: Mythen
1986, 48 Seiten, 4,— DM

Band 23: Brasilien
1986, 48 Seiten, 4,— DM

Band 24: Rauchen
1986, 48 Seiten, 4,— DM

Band 25: Dritte Welt - Öffentlichkeitsarbeit
1986, 48 Seiten, 4,— DM

Band 26: Dritte Welt - Handel
1986, 48 Seiten, 4,— DM

Band 27: Alternative Entwicklungspolitik
1986, 48 Seiten, 4,— DM

Band 28: DEG
1986, 48 Seiten, 4,— DM

Band 29: Libyen
1987, 48 Seiten, 4,— DM

Band 30: Sex-Tourismus und Frauenhandel
1987, 48 Seiten, 4,— DM

An: Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1
ICH BESTELLE:

SONDERANGEBOT: Die Hefte 1 - 30 für
zusammen nur 69,— DM

Folgende Hefte:

Absender:

Datum/Unterschrift:

I.

GESUNDHEIT!

Rauchen und »Dritte Welt«

Der Bundesgesundheitsminister warnt auf jeder Zigaretzenschachtel: »Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit«. Daß der blaue Dunst aber nicht nur die eigene Gesundheit, sondern auch das Überleben vieler Menschen in der Dritten Welt bedroht, weiß wohl kaum ein Liebhaber der Glimmstengel.

In der Reihe »BRD und Dritte Welt« ist nun eine Ausgabe genau diesem Aspekt gewidmet. Ohne den erhobenen Zeigefinger — der angesichts der harten Fakten aber auch gar nicht notwendig ist — wird der Leser über die Hintergründe des Rohstoffes »Tabak« und die Konsequenzen aufgeklärt. In einer Weise, die unmißverständlich ist: »Das bedeutet, daß für die Herstellung von 300 Zigaretten ein Baum gefällt werden muß.« Und was sind 300 Zigaretten für einen passionierten Raucher? Kaum mehr als der Bedarf in zwei Wochen.

Neben einem kurzen ge-

schichtlichen Überblick geht der Autor Reinhard Pohl auf die Aspekte Ökologie, Weltmarkt, Hunger, Pestizide, Neokolonialismus, Gesundheitskosten und Konzerne ein. Erst ganz am Schluß deutet sich eine Mahnung an: »Wirklich, es gibt keine Ausrede.«

Die Broschüre, die natürlich zum »Nichtrauchen« anregen will und aus ihrem Ziel keinen Hehl macht, ist aber nicht nur für argumentesuchende Nichtraucher ganz informativ, sondern auch für jene, die der Qualmerei nach Herzenslust frönen. Wer weiß, vielleicht ist der eine oder andere Fakt jener Anstoß, den der Raucher noch braucht, um von der lieb gewordenen Sucht Abschied zu nehmen.

Reinhard Pohl: »BRD und Dritte Welt« — Rauchen, Magazin Verlag 1986, 48 Seiten, 4 Mark; zu beziehen über Magazin Verlag, Schweffelstraße 6, 2300 Kiel 1. Güzin Kuzi



neu im Frühjahr 1986

Reinhard Pohl:
RAUCHEN

48 Seiten
4,— DM
im Abo 2,80 DM

aus: ÖKOTEST 11/86

II.

Arbeitsgruppe „Anders leben — überleben“

Gefahr durch unsere Nahrung?

Einige kritische Informationen über Herstellung und Zusammensetzung unserer Lebensmittel

Was bedeutet Ökologie? — Landwirtschaft — Gemüse — Getreide — Zucker — Fette — Konservierungsstoffe — Vitamine — Gewürze — Fang an, über Dein Frühstücksbrötchen nachzudenken, und Du hörst beim US-Imperialismus auf — die verfressene Energie — Dichtung und Wahrheit über das Fleisch
1980, 96 Seiten, ISBN 3-925900-31-4
4,50 DM



III.

JA, ICH BESTELLE:

An: Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1

Absender:

ICH BESTELLE:

Ex. Rauchen (jeweils 4,— DM)

Ex. Gefahr durch unsere Nahrung (jeweils 4,50 DM)

Datum/Unterschrift:

O (evtl. ankreuzen:) Wiederverkäufer / Läden / Büchertische 30 % Rabatt, 11/10-Partie

MITTELAMERIKA MAGAZIN

Der Krieg gegen Nicaragua wird auch in unseren Köpfen geführt! Das Mittelamerika Magazin berichtet und ergreift Partei. Das Mittelamerika Magazin gibt Informationen und Argumentationshilfen.

- | | |
|----------------------------------|--|
| zum Beispiel: Brigaden | Abzug aus den Kriegsgebieten (MM 57)
Nach dem Mord an Berndt Koberstein (MM 56) |
| zum Beispiel: Contras | Die Drahtzieher in der BRD (MM 56)
500 Millionen Dollar für die Contra (MM 55) |
| zum Beispiel: Demokratie | Wahlen in den Stadtteilkomitees (MM 54) |
| zum Beispiel: Frauen | Drei Jahre Frauenrechtshilfebüro in Managua (MM 54)
Abtreibung: Ein Tabu wird enthüllt (MM 54) |
| zum Beispiel: Indianer | Autonomie auf Raten (MM 55)
Sechs ethnische Gruppen, sechs Sprachen (MM 52)
Sumos: „Die Wälder und Flüsse gehören uns“ (MM 52) |
| zum Beispiel: Katholische Kirche | Mit dem Papst gegen die Revolution (MM 55)
Kardinal des Landesverrats bezichtigt (MM 53) |
| zum Beispiel: Pressefreiheit | La Prensa, ein politischer Selbstmord (MM 58)
Prensa verboten (MM 55) |
| zum Beispiel: Verstaatlichung | Privatfirmen verzeichnen Gewinne (MM 57) |

GESCHENK-ABONNEMENT: Bitte Liefer- und Versand-
adresse angeben. Geschenkabo: 6 Hefte 18 DM. Das Geschenk-
abo verlängert sich nicht automatisch, sondern läuft aus.

An: Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1

Absender:

ICH BESTELLE:

Abo(s) Mittelamerika Magazin ab Heft
59/Jan 87. 6-Hefte-Abo 18,- DM, Soliabo 28 DM

SONDERANGEBOT (solange Vorrat reicht):
MM Nr. 52 - 58 (Jahrgang 1986) für 15 DM

folgende Hefte (jeweils 3,- DM):

Datum/Unterschrift:

Ich weiß, daß ich die
Abo-Bestellung innerhalb
einer Woche widerrufen kann

Michael Krempin, Bauernbewegung in Bolivien

Die Entwicklung der sozialökonomischen Lage sowie der politischen Haltung und Organisationsformen der ländlichen Bevölkerung in Bolivien unter besonderer Berücksichtigung der Bauernbewegung seit 1969, Haag + Herchen Verlag, 1986, 315 Seiten, DM 38,-.

Ein Buch über die Bauernbewegung in Bolivien, ein Thema, das in dieser Ausführlichkeit nur Spezialist/innen interessiert?

Es gibt mehrere Gründe, weshalb das Problem der kleinbäuerlichen Produktionsweise in der Peripherie und der sozialökonomischen Lage und des politischen Bewußtseins der ländlichen Bevölkerung in der wissenschaftlichen Diskussion zunehmendes Interesse gefunden hat und auch für die Solidaritätsbewegung eine nähere Auseinandersetzung mit dem Thema lohnt.

Bolivien ist ein konkretes Beispiel für ein peripheres Land, in dem die ländliche Bevölkerung die nationale Mehrheit darstellt. Dennoch ist hier fast ausschließlich der exportorientierte Minensektor und der Kokainhandel bekannt. Die Bedeutung des Agrarsektors und der Kleinbauern wurde demgegenüber bisher vernachlässigt.

Auch die städtische Linke hatte traditionell auf die politisch bewußte Minderheit der Minenarbeiter als Avantgarde gesetzt. Sie beginnt aber z. T. die „Vorverurteilung“ der Kleinbauern als kleinbürgerlich und individualistisch zu überdenken und sich deren möglicher Rolle in einem politischen Veränderungsprozeß klar zu werden.

Andererseits besteht im Zuge der Ökologie- und „Zurück-zur-Natur“-bewegung hier und der Indibewegung in Bolivien die Gefahr die Kleinbauern zu idealisieren. Ungeachtet der konkreten historischen Realitäten wird ein angeblich besonderes solidarisches Bewußtsein ausgemacht und die Rückkehr zur Inkazeit oder zu dieser vorangehenden Produktionsweisen gefordert.

Dem Autor des vorliegenden Buches ist es weitgehend gelungen sich weder auf die eine, noch auf die andere Vorverurteilung der Kleinbauern von vorneherein festzulegen. Sein Anspruch liegt darin zu analysieren, wie sich die Bauern in den verschiedenen Etappen der bolivianischen Geschichte verhalten haben und warum sie sich so verhalten haben. Dazu verbindet er die Analyse der ökonomischen



Struktur des Agrarsektors, der Klassenstruktur insbesondere auf dem Land, der soziokulturellen Lebensbedingungen und des ethnisch-kulturellen Identitätsbewußtseins der ländlichen Bevölkerung mit der Untersuchung ihrer Organisationsformen. Das Buch beginnt mit einem Theorieteil, in dem die für das Verständnis der Bauernfrage wesentlichen theoretischen Streitpunkte dargestellt werden. Zugegebenermaßen setzt dieser Teil ein gewisses Vorwissen v.a. über die Diskussion innerhalb der Dependenztheorie und über die Produktionsweisediskussion voraus.

Im ersten Theorieteil geht es um den Standort der Agrarwirtschaft peripherer Länder im Kontext der allgemeinen Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems.

Es folgt unter dem Untertitel „Produktionsweisen und -formen in peripheren Ländern“ eine Auseinandersetzung mit dem Verhältnis zwischen kleinbäuerlicher Produktion und kapitalistischer Akkumulation. Dabei ist entscheidend, welche Bedeutung dem Unterschied zwischen realer Subsumtion unter das Kapital als Lohnarbeiter, und der Subsumtion der Kleinbauern, über den Markt oder über Vertragslandwirtschaft und über Kreditverpflichtungen, zugemessen wird. Der Autor setzt sich mit den verschiedenen hierzu vertretenen Ansätzen auseinander, hält aber selbst an dem Unterscheidungskriterium „Verhältnis zu den Produktionsmitteln“ fest, um die Polarität Kapital – Lohnarbeit zu erfassen und den Unterschied zwischen Lohnarbeitern und Kleinbauern nicht zu verwischen. Andererseits weist er auf die Gemeinsamkeiten zwischen Lohnarbeitern, marginalisierter städtischer Bevölkerung und Kleinbauern hin: die Subsumtion unter das Kapital, wenn auch auf unterschiedliche Weise, und die Unfähigkeit Kapital zu akkumulieren.

In den folgenden Kapiteln setzt sich der Autor mit Klassenstruktur und Klassenbewußtsein in peripheren Staaten und mit der Rolle der Kleinbauern in einem gesellschaftlichen Veränderungsprozeß auseinander.

Es ist an dieser Stelle nicht möglich auf die vom Autor dargestellten vielfältigen Aspekte der Diskussion einzugehen. Grob vereinfacht zusammengefaßt: Er ist der Ansicht, daß eine Vorverurteilung der Kleinbauern als individualistisch analytisch nicht weiterbringt.

Eine Chance für eine Lösung aus der Abhängigkeit, für den Autor notwendigerweise ein sozialistischer Veränderungsprozeß, sieht er in einem Klassenbündnis von Arbeitern, marginalisierter städtischer Bevölkerung und Kleinbauern. Dabei kann nicht von vorneherein theoretisch eine Klasse als Avantgarde in diesem Bündnis bestimmt werden. Es kommt vielmehr auf die konkrete historische Situation im jeweiligen Land an.

Daher folgt dem Theorieteil ein ausführlicher historischer Teil, eine gut lesbare Zusammenfassung v.a. der neueren bolivianischen Geschichte, vielleicht für nicht speziell Bolivieninteressierte etwas zu sehr ins Detail gehend.

Ausgehend von einer Darstellung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung Boliviens werden immer wieder die sozialökonomische Lage der Bauern und die

Aufstandsversuche der indianischen Bevölkerung, in deren Tradition die bolivianische Bauernbewegung nach eigenen Aussagen steht, hervorgehoben.

Stichpunkte der geschichtlichen Darstellung bis zur nationalen Revolution v. 1952 sind: die Inkazeit, die koloniale Eroberung Boliviens und dessen Rolle als abhängiger Rohstofflieferant für die Metropolen, die Entwicklung des Haziendasytems, auch noch nach der Unabhängigkeit 1825, der Aufstieg der Zinnbarone und der „nationale Aufbruch“ nach dem Chaco-Krieg (1932-35), in dessen Folge sich auch die Landbevölkerung ihrer Situation bewußt wurde und die ersten Bauerngewerkschaften gegründet wurden.

Es folgt eine Analyse der Auseinandersetzungen und Bündnisse der an der nationalen Revolution von 1952 beteiligten Klassen. Deren Interessen prägten den Charakter der sozialen Umwälzung und das folgende gesellschaftliche Projekt: Auch wenn die Bauern eine weitgehende Abschaffung des Latifundiensystems durchsetzen konnten und ein kleinbäuerlicher Sektor entstand, so setzte sich letztendlich der kleinbürgerliche Charakter der Politik, der 1952 führend beteiligten Partei MNR durch, deren Projekt die kapitalistische Durchdringung der Gesellschaft war. Die Folgezeit ist geprägt vom Scheitern des populistischen Nationalismus der MNR und von einem Niedergang der Bauernbewegung. Sie zersplittert, gerät in Abhängigkeit zuerst von der MNR-Regierung und dann unter die paternalistische Bevormundung der Regierung Barrientos. Der von diesem geschlossene Militär-Bauern-Pakt führte zu einer verstärkten Distanzierung der Kleinbauern von den politisch bewußten Arbeitern. Erst Ende der 60er Jahre gibt es neue Ansätze für eine unabhängige Bauernbewegung. Der Autor beschreibt die Folgezeit, die schließlich 1978/79 zur Gründung der unabhängigen, dem Gewerkschaftsdachverband COB angeschlossenen Bauerngewerkschaft CSUTCB und zu Zusammenarbeit mit Industrie- und Minenarbeitern führte, ausführlich, sowohl in ihren Fortschritten als auch in ihren Schwierigkeiten.

Leider endet die historische Darstellung mit dem 2. nationalen Kongreß der CSUTCB im November 1983. Sie bezieht nicht mehr das erstmals von der unabhängigen bolivianischen Bauerngewerkschaft entworfene Gesetzgebungsprojekt für eine umfassende Agrarreform mitein, das viele Ansatzpunkte zur Diskussion bietet.

Im folgenden Teil geht der Autor näher auf verschiedene Aspekte der bolivianischen Realität ein, die für das Verständnis der Bauernbewegung von Bedeutung sind. Er setzt sich die Schwerpunkte: Ökonomische Strukturen unter besonderer Berücksichtigung des Agrarsektors, soziokulturelle Lebensverhältnisse der ländlichen Bevölkerung und Organisationsformen

der Bauernbewegung. Bei dem Versuch das Thema möglichst umfassend abzuhandeln, kommt eine interessante Zusammenfassung der gegenwärtigen bolivianischen Realität heraus, wobei z.T. die Schwerpunkte etwas verwischt werden.

An dieser Stelle nur zu einigen, für mich interessanten Einzelproblemen: Der Autor stellt die Polarität zwischen dem Tiefland und den traditionellen Anbaugebieten in den Tälern und im Hochland dar. Diese besteht in einer Arbeitsteilung, die von der Agrarreform 1953 bereits bewußt geplant war: In den traditionellen Anbaugebieten soll die kleinbäuerliche Produktion eine möglichst billige Nahrungsmittelversorgung der Städte und der Minengebiete sicherstellen und die Kleinbauern sollen gleichzeitig als billige temporäre Arbeitskräfte für die agrarkapitalistischen Unternehmen im Tiefland zur Verfügung stehen. Der exportorientierte Agrarsektor im Tiefland wird v.a. seit der Diktatur Banzers durch die staatliche Agrarpolitik stark gefördert und führte zur Entstehung einer einflußreichen Agrarbourgeoisie.

Über dieses Verhältnis von traditionellen Anbaugebieten und dem agrarkapitalistischen Sektor, sowie über die Rolle des Tieflands, das zunehmend an Bedeutung gewinnt, hätte ich mir eine noch intensivere Auseinandersetzung gewünscht.



Die Konzentration des Autors auf die traditionellen Anbaugebiete ist noch deutlicher in den folgenden Kapiteln zu beobachten, in denen er die Identität der kleinbäuerlichen bolivianischen Bevölkerung behandelt. Er setzt sich ausführlich nur mit der aymarasprachigen Bevölkerung (ca. 26 % der bol. Bevölkerung sprechen als erste Sprache Aymara), soweit sie noch im Hochland lebt, auseinander, streift die quechuasprachige, und geht auf die ursprünglichen und auf die aus dem Hochland migrierten Tieflandbewohner nur am Rande ein.

Der Autor zeigt dabei die Vielschichtigkeit des Problems der, von ihm als „3-fache Identität“ bezeichneten, das Bewußtsein der Aymara prägenden Faktoren auf: Neben dem Bewußtsein als Kleinbauer ist bemerkenswert die starke Betonung der einzelnen Dorfgemeinschaft und der „rassischen Identität“ (Indio-Aymara-

Kleinbauer). Dies ist sicher z.T. erklärbar aus den ursprünglichen dorfbezogenen Produktionsstrukturen und dem historischen Zusammenfallen von ökonomischer Ausbeutung und rassistischer Unterdrückung und Bevormundung. Folge ist aber auch, daß jedem „Nicht-Bauern“, „Nicht-Indio“ und z.T. sogar den nichtaymarasprachigen Kleinbauern aus dem Tiefland Mißtrauen entgegengebracht wird. Die Problematik setzt sich fort, wenn es um die Organisation der Kleinbauern in Gewerkschaften und in Indio-/Bauernparteien geht. Zu letzteren zählen zwar sehr unterschiedliche Strömungen, von antigerwerkschaftlichen, das Inkareich idealisierenden, bis zu sozialistischen und stark gewerkschaftlich orientierten Richtungen; gemeinsam ist aber eine starke Betonung ethnisch-kultureller Faktoren. Der Autor sieht die Indio-/Bauernparteien als historisch erklärbar und notwendige Reaktion auf jahrhundertelange Bevormundung an, vertritt aber die Auffassung, daß auch dieses Stadium zugunsten eines Bedürfnisses aller unterdrückten Klassen überwunden werden müsse, das den Rahmen sowohl der Bauernparteien, als auch der städtischen Organisationen und Parteien sprengen müsse.

In der Schlußbetrachtung geht er nochmal am konkreten Beispiel Boliviens auf die Frage „Kleinbauern, Klasse an sich / Klasse für sich?“ ein. Er gibt dabei für mich etwas zu schnell den Bruch mit dem Militär-Bauern-Pakt 1978, die Gründung der Bauerngewerkschaft und die Straßenblockaden gegen das Wirtschaftspaket 1979 als Wendepunkt zu einer Klasse für sich an. Sicher bedeuten diese Ereignisse einen wichtigen Fortschritt für den Bewußtseinsprozeß der bolivianischen Kleinbauern über ihre Ausbeutung als Klasse. Einzelnen Ereignissen eine derart herausragende Stellung beizumessen, erscheint mir aber zuwenig begründet.

Das Buch, das entsprechend der Problematik des Themas verständlich geschrieben ist, stellt einen wichtigen Beitrag in der Diskussion über die Rolle der Mehrheit der Bevölkerung vieler peripherer Staaten am konkreten Beispiel Boliviens dar.

Ansprechend finde ich, daß der Autor die Streitpunkte der einzelnen Meinungen deutlich herausarbeitet, seinen Standpunkt klarstellt und sich auch auf problematische Themen einläßt. Seine mit der bolivianischen Bauernbewegung sympathisierende Darstellung gerät dennoch nicht in die Gefahr der Identifikation. Er zeigt auch Widersprüche und Probleme auf, wobei der sich bewußt ist, daß er dies aufgrund seiner gesellschaftlichen Realität und aus Distanz tut.

Das Buch, insbesondere auch der Standpunkt des Autors, bietet Voraussetzung und Gelegenheit für eine weitere Auseinandersetzung mit der Bauernfrage.

b.k.



KOMMUNALES KINO FREIBURG

Projekt: WESTAFRIKA

An sieben Tagen werden in der Woche vom 27.4. – 3.5.87 in 22 Programmblöcken ca. 32 Filme aus und über WESTAFRIKA (sowohl Spielfilme als auch Dokumentar- und ethnographische Filme) gezeigt. Zusammengefaßt werden die Filme der verschiedenen Genres zu thematischen Tagen:

Geschichte und Politik/Tuareg, Nomadismus/ Medizin, Religion/ Frauen/ Musik
vorläufige Liste der zur Aufführung kommenden Filme:

– die „Spielfilme“ von Jean Rouch: MOI, UN SINGUI NOIR; JAGUAR; PETIT A PETIT

– Filme von Ousmane Sembène: BORROM SARRET; LA NOIRE DE...; MANDABI; CEDDO; XALA; EMITAI;

*Zur Geschichte der Ethnographie Westafrikas:

– Deutsche „Reisefilme“ der 20er/30er Jahre (DAS KOLONIALE BILDERBUCH; AUTOFABRT DURCH EINE KOLONIE; IM DEUTSCHEN SUDAN von Schomburgk; weitere kurze Filme)

– „Missionsfilm“: AU PAYS DOGON (über die „Weißen Väter“)

– SUR LES TRACES DU RENARD PALE von Luc de Heusch (über Leben und Werk Marcel Griaules)

*Filme zur Geschichte und Politik Westafrikas:
– LES TEMPS DU POUVOIR von Eliane de Latour

– EN RESIDENCE SURVEILLÉE

von Paulin Vieyra

– FRANKFURT-CONAKRY von Jean-Claude Diallo und Malte Rauch

*Thema Tuareg/Nomadismus

– THE TUAREGS (aus der Serie „Disappearing World“)

– DEEP HEARTS von Robert Gardner

– TUAREG von Anna Soehring

– DIE LETZTEN SALZKARAVANEN von René Gardi

*Thema Medizin/Religion:

– INTERPELLATION DE L'ETRANGE

von Tiendrebeogo Mohamadi Raymond

– TRADITIONELLE MEDIZIN IN AFRIKA von Friedrich Zimmermann (Serie von sieben 30minütigen Filmen, davon zwei)

– LE MEDECIN DE GAFIRE von Mustapha Diop

– L' HISTOIRE D'UN SORT

von Ilan Flammer

*Frauen in Westafrika:

– FEMMES AFRICAINES von L. Baratier (Serie von vier 13minütigen Filmen)

– VOM NUTZEN DER VIELEHE von Gerdian Troeller

– TON UND TÖNE von Marlene Dittrich-Lux

– VISAGES DES FEMMES

von Désirée Ecaré

– FAD, JAL von Safi Faye



*Musik in Westafrika:

– KWAGH-HIR: TIV TRADITIONAL THEATRE von Peggy Harper, Francis Speed

– A TREE FALLS von Tore Hakansson

– TIDES OF THE DELTA: THE SAGA OF OZIDI von Peggy Harper, F. Speed

– LE PRINCE D'ASIHU von Alain Ricard

– KONKOMBE-NIGERIAN MUSIC von Jeremy Marre

– NAITOU von Moussa Kemoko Diakité

Ein geladen sind folgende Personen (Filmemacher/innen, Ethnolog/innen, Afrikanist/innen, Journalist/innen):

Eva Hohenberger, Eliane de Latour (LES TEMPS DU POUVOIR), Julia Ekong, Marlene Dittrich-Lux (TON UND TÖNE), Anna Soehring (TUAREG), Martin Taureg, Klaus Stanjek, Frank Ballot, Pierre Haffner, Jean-Claude Diallo (FRANKFURT-CONAKRY), George Oduro, Wolfgang Bender, Gerd Spittler, Werner Gartung, Mustapha Diop (LE MEDECIN DE GAFIRE), Friedrich Zimmermann (TRADITIONELLE MEDIZIN), Karl-Eugen Bleyer, Jean Rouch (noch nicht sicher), Ilan Flammer (L'HISTOIRE D'UN SORT).

Das während der Filmwoche stattfindende Seminar von DIENST IN ÜBERSEE (vom 27.4. – 29.4.87) zu den Möglichkeiten des Einsatzes afrikanischer Filme in der Bildungsarbeit wird von Eva Hohenberger und Martin Taureg geleitet. (Anmeldung im Kommunalen Kino Freiburg möglich)

Zur Woche erscheint ein detailliertes Programmheft mit näheren Angaben zu den einzelnen Filmen sowie eine Sondernummer des JOURNAL FILM zu Kino und Ethnographie Westafrikas.

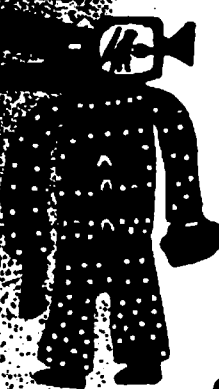
Anmeldungen können schriftlich bzw. telefonisch ab sofort gerichtet werden an:

KOMMUNALES KINO FREIBURG
Urachstr. 40

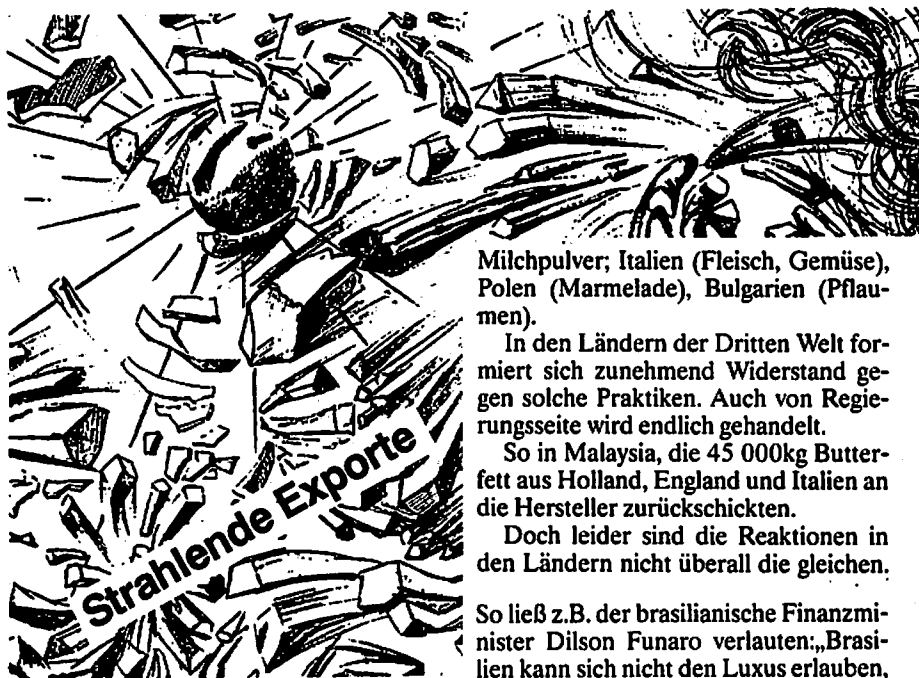
7800 Freiburg, Tel.: 07 61/70 90 33

MUSEUM FÜR VÖLKERKUNDE / MITTWOCHSKINO DER ADW

WESTAFRIKA



27. april - 3. mai 1987



In den letzten Wochen häuften sich die Meldungen über den Export europäischer radioaktiv verseuchter Lebensmittel in die Länder der Dritten Welt. Doch nur Wenigen ist klar geworden, welche Brisanz hinter diesen Meldungen steckt. Das asiatische Regionalbüro der „Internationalen Organisation der Konsumentenvereinigungen“ (IOCU) mit Sitz in Penang, Malaysia befürchtet, daß einige Unternehmen bewußt radioaktiv kontaminierte Lebensmittel in Ländern deponieren, die keine ausreichenden Informationen, Untersuchungseinrichtungen und Erfahrungen besitzen, solche Gefahren zu erkennen. Dies geschieht nun seit mehr als 6 Monaten. Bisher ist aus den Ländern Malaysia, Singapur, Angola, Philippinen, Ägypten, Sri Lanka und Brasilien bekannt, daß kontaminierte Lebensmittel auf dem Markt entdeckt worden sind. Eigentlich sollte man erwarten, daß solche Berichte die Bürger aus ihrem Dornröschenschlaf wecken, daß erkannt wird, welches verantwortungslose Spiel hier mit der Dritten Welt gespielt wird. Doch entweder hat man sich schon an solche Schreckensmeldungen gewöhnt, oder man verfährt nach dem alten, aber sehr erfolgreichen Prinzip des Verdrängens. Die „entwickelten“ Länder verfahren mit den herunterentwickelten Länder der Dritten Welt nach dem gleichen menschenverachtenden Muster wie seit Jahrhunderten: schon als Kolonien dienten sie der „Ersten Welt“ als beliebig ausbeutbare Rohstoffquelle und als Absatzmarkt für Fertigwaren (zweifelhafter Qualität).

Uns ist bisher bekannt, daß folgende Länder radioaktiv kontaminierte Nahrungsmittel in die Dritte Welt exportieren: BRD (Trockenmilch, Hartkäse), Holland (Milchpulver, Butterfett, Milch), England (Milchpulver, Butterrahm); Irland, Belgien, Dänemark, die Schweiz und Frankreich exportierten

Milchpulver; Italien (Fleisch, Gemüse), Polen (Marmelade), Bulgarien (Pflaumen).

In den Ländern der Dritten Welt formiert sich zunehmend Widerstand gegen solche Praktiken. Auch von Regierungsseite wird endlich gehandelt.

So in Malaysia, die 45 000kg Butterfett aus Holland, England und Italien an die Hersteller zurückschickten.

Doch leider sind die Reaktionen in den Ländern nicht überall die gleichen.

So ließ z.B. der brasilianische Finanzminister Dilson Funaro verlauten: „Brasilien kann sich nicht den Luxus erlauben, niedrigere Grenzwerte festzulegen als die Europäer. Die europäische Trockenmilch wird gebraucht, um schwere Schäden für die brasilianische Wirtschaft und die öffentliche Gesundheit zu vermeiden.“ Gegen diesen regierungsamtlichen Zynismus (oder Dummheit), regte sich schon früh Widerstand aus der brasilianischen Ökologie- und anderen Bewegungen.

Schon früher, nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl, hatten die Bewegungen durch Aufklärungsarbeit, Demonstrationen etc. genügend öffentlichen Druck geschaffen, daß Brasiliens einziges Kernkraftwerk (Angra dos Reis, bei Rio de Janeiro) per Gerichtsbeschuß stillgelegt werden mußte. Lourdinha Heimer aus Salvador da Bahia, eine Vertreterin dieser Bewegungen, war im Febr. 87 für einige Wochen in Freiburg. Von ihr erhielten wir Informationen über den Widerstand gegen diese europäischen Atom Müll, der in den Körpern der Brasilianer endgelagert werden sollte. Spätestens im August 86 lagen von dem dafür zuständigen Institut Meßwerte über die radioaktive Verseuchung der importierten Lebensmittel vor. Kurz bevor das verseuchte Fleisch aus Italien und Milchpulver aus Dänemark an die Metzger und Supermarktketten verteilt werden sollte, veröffentlichte eine Aktionseinheit aus bahaianischen Ökogruppen und Stadtteilinitiativen am 5. Sept. 1986 ein „Manifest“ über die radioaktive Verseuchung der Lebensmittel. Dieses „Manifest“ löste heftige öffentliche Diskussionen aus. Trotzdem wurden die verseuchten Lebensmittel vom salvadorianischen Landwirtschaftsministerium zum Verkauf freigegeben. Im Verlauf der nächsten Monate formierte sich ein nationaler Widerstand, an dem sich bekannte Wissenschaftler und die brasilianischen Grünen beteiligten. Als Wertevon bis zu 2500 bq/kg Trockenmilch

gemessen wurden, wollte die brasilianische Atomenergiekommission den Protest unterlaufen und erhöhte im September den bisherigen Grenzwert von 1300 bq/kg für Cäsium 134 und 137 auf 3700 bq/kg Trockenmilch (den europäischen Durchschnittswert). Und hielt damit die Sache für erledigt. Der Protest und der Boykott der verstrahlten Lebensmittel nahm aber immer mehr zu. Das brasilianische Bundesverwaltungsgericht hob noch im November eine einstweilige Verfügung eines lokalen Gerichtes auf, das den Handel mit der verseuchten Milch untersagte. Aufgrund des zunehmenden öffentlichen Drucks hob das brasilianische Bundesverwaltungsgericht schon im Dezember seinen eigenen Beschluß wieder auf und untersagte nun seinerseits erneut den Handel mit den verstrahlten Importen. In einigen brasilianischen Bundesstaaten wurden inzwischen auch Beschlagnahmungen angeordnet. In anderen zogen die Unternehmen selbst ihre Produkte vom Markt zurück. Doch das Mißtrauen ist groß, daß die Milch auf anderen Wegen wieder in die Regale der Läden zurückkehren könnte. Auch deshalb forderte die brasilianische Ökobewegung, daß diese verseuchten Importe zurückgeschickt und künftig verboten werden. Lourdinha Heimer überbrachte den Wunsch der Ökogruppen von Brasilien an die hiesigen Initiativen und interessierte Einzelpersonen: „Macht in der BRD auf diesen Skandal aufmerksam. Helft uns mit Infos über Meßwerte, Vertriebswege u.s.w.“ Lourdinha versuchte deutlich zu machen, wie wichtig eine Solidaritätsbewegung für die Bevölkerung in Brasilien ist. In den Ländern der Dritten Welt fehlen meistens unabhängige Meßstellen, Informationen über die Wirkung von Radioaktivität (bes. Niedrigstrahlung !), über (Un)Sinn von Grenzwerten und die Situation in Europa. Deshalb sind die Menschen dort auf Informationen aus Europa bzw. der BRD angewiesen. Als erste Reaktion bildet sich in Freiburg der AK „Strahlender Export“ an dem sich bis jetzt die Aktion Dritte Welt (ADW), die Brasilien Initiative, die GRÜNEN in Freiburg und im Europaparlament und der AK junger Landwirte Südbaden beteiligen. Zur Zeit sind wir dabei, Informationen zusammenzutragen zu: Bestandsaufnahme (für BRD, wieviel, von welchen verseuchten Lebensmittel lagert wo), genaue Vertriebswege (BRD, Brasilien, Dritte Welt allgemein), Meßergebnisse allgemein.

Über Eure/Ihre Mithilfe würden wir uns sehr freuen.

Kontakt:

AK Strahlender Export, c/o Aktion Dritte Welt, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg, Tel.: 07 61/74 003 od. 33398

SPENDENAUFBRUF Hilfe für Palästinenser

— Not- und Katastrophensituation der Palästinenser im Libanon unverändert

— Medico International ruft die Bevölkerung der Bundesrepublik zur Unterstützung eines Soforthilfeprogrammes für die bedrohten Palästinenser auf.

Wie uns heute aus Beirut bekannt wird, hat sich die verzweifelte Lage der palästinensischen Bevölkerung auch nach dem Einmarsch der syrischen Truppen nur wenig verändert.

Vorgestern wurden mehrere Ermordete auf den Straßen Beiruts aufgefunden, sieben davon waren Palästinenser.

Der Amal-Miliz ist es zu dem gelungen, aus ihrem Gefängnis im Burj el Murr-Tower, Beirut, 700 Palästinensische Gefangene in anderen Teilen der Stadt zu transportieren. Dies geschah unmittelbar unter den Augen der syrischen Truppen. Darüberhinaus hat Syrien den Amal-Milizen weiterhin die Kontrolle über die hauptumkämpften Lager vollständig überlassen, die unverändert abgeriegelt sind.

Lager Burj al Braschnej, Beirut:

Wie aus zuverlässigen Quellen bekannt wurde, werden die Lebensmittelkonvois UN-Institutionen immer wieder bestohlen und „umgeleitet“. Das Lager Burj al Braschnej erhielt am Mittwoch dieser Woche 12 Tonnen Mehl und 4 Tonnen Milchpulver. Diese Quantität sehr einseitig zusammengestellter Nahrung, deren sichere Konsequenz fehlernährungsbedingte Krankheiten produziert, reicht lediglich für zwei-drei Tage.

Die Bewohner des Lagers sind nach wie vor von der Außenwelt abgeschnitten. Nur wenigen Frauen ist ein vorübergehendes Verlassen des Lagers erlaubt. Diese dürfen einzig an bestimmten von den Amal-Milizen eingerichteten Verkaufsstellen einkaufen — zu unerschwinglich hohen Preisen. Erwerbbar sind auf diese Weise regulär die zuvor von den Vereinten Nationen gestellten und anschließend von Amal geplünderten Hilfsleistungen.

Lager Schatila, Beirut:

Das Lager Schatila hat bislang überhaupt noch keine Lebensmittel oder Medikamente erhalten. Wir der dort tätige kannadische Arzt Dr. Chris Giannou berichtet, gibt es fast keine Medikamente mehr für die vielen Schwerverletzten. Die Bevölkerung teilt das wenige Essen nur noch an Jugendliche und Kinder aus. Zunehmend werden Fälle von Typhus gemeldet und Erkrankungen aufgrund von Mangelerscheinungen. Da nur verseuchtes Wasser zur Verfügung steht und gleichzeitig die Außentemperaturen steigen, ist mit Epidemien zu rechnen.

Der Arzt Dr. Giannou bittet verzweifelt um internationalen Druck, da dies die einzige Möglichkeit sei, die 5000 Menschen im Lager zu retten.

Tausende von Flüchtlingen aus den umkämpften Lagern existieren in völlig überfüllten Schulen und Moscheen Beiruts. Die Zustände sind besorgniserregend, da die meisten Menschen alles verloren haben, was zur Existenzsicherung beitragen könnte. Nach Aussagen der Flüchtlinge gehen diese von ihrer Vertreibung durch die Amal-Milizen und Syrer aus. Das Lager Schatila soll nach Aussagen von Militärs dem „Erdboden gleichgemacht“ werden.

Lager Raschidije, Südlibanon:

UN-Konvois für dieses Lager wurden ebenfalls in mehreren Fällen durch Amal-Milizen geplündert.

In der südlibanesischen Stadt Saida konzentrieren sich ca. 50 000 zusätzliche Flüchtlinge, die in Garagen, Autowracks und Ruinen Unterkunft suchen.

Medico International hat ein Soforthilfeprogramm zur Unterstützung hauptsächlich der Flüchtlingsfamilien in Saida eröffnet. Für ca. 250 000 DM sollen Nahrungsmittel, Matrasen, Decken, Kleidung, essentielle Medikamente und Brennstoffe zur Verfügung gestellt werden.

Medico bittet zur Realisierung und notwendigen Erweiterung dieses Programms dringend um Geldspenden:

Medico International, Konto 1800, Stadtparkasse Frankfurt und Postscheck 6999-508, Stichwort: Libanon.

Stellenausschreibung

Der BUKO-Arbeitsschwerpunkt „Weltwirtschaft und Verschuldungskrise“ sucht zum baldmöglichsten Termin

eine Mitarbeiterin.

Folgendes kommt auf sie zu:

- Organisation von Seminaren und Großaktionen
- Bündnisgespräche mit verschiedensten Gruppen und Organisationen
- Kommunikation und Kontakthalten zu den BUKO-Gruppen
- Öffentlichkeits- und Pressearbeit

Voraussetzung: abgeschlossenes sozialwissenschaftliches Studium und ABM-Berechtigung
Kenntnisse von Thema und Erfahrung in politischer Arbeit wünschenswert.

Bewerbungen an:

BUKO-Geschäftsstelle
Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50

Kommune

Wenn Ihr keinen stromlinienförmigen Einheitsbrei in Sachen Politik wollt, sondern eine lebendige Auseinandersetzung und Debatte um aktuelle Fragen und strategische Probleme der Linken, dann lest doch mal *Kommune*!

Wenn Ihr die Verbindung von Kultur und Politik wünscht, über den Alltagshorizont hinaus, dann lest doch ...

Wenn Ihr nicht nur eurozentristisch denkt und informiert werden wollt, dann lest ...

Wenn Ihr frauenpolitische oder feministische Interessen habt, dann gibt's dazu einiges in ...

Wenn Ihr nicht nur auf Bleiwüsten starren wollt ...

Wenn Euch das alles nicht interessiert ... dann solltet Ihr auf keinen Fall ein Kennenlernheft bestellen!

Übrigens! Die Meinung anderer: »Längst ist sie für Insider die interessanteste Monatszeitung aus dem links-grün-alternativen Spektrum: mit Dokumenten und Hintergrundinformationen aus der grünen (und seltener: SPD-)Politik, mit Debatten über aktuelle Themen ... beinahe unentbehrlich geworden für alle, die sich mit aktuellen Fragen gründlicher beschäftigen wollen.« *die tageszeitung* · »Anders, also nach außen, schreibt die *Kommune*. Forum für Politik, Ökonomie, Kultur.« *DIE ZEIT* · »Die Zeitschrift *Kommune* hat sich zu einer der Publikationen entwickelt, denen man regelmäßig mit Interesse entgegensieht. ... Wer wissen will, welche Trends in der Alternativbewegung von Bedeutung sind, muß in Zukunft *Kommune* lesen.« *Frankfurter Rundschau*

KOMMUNE kennenlernen!
5 DM für Probeheft und Infomaterial (Scheck oder Briefmarken beilegen) bei:
Kommune, Postfach 11 11 62, 6 Frankfurt 1

Kurz belichtet

Friends of Women

„Friends of Women“ ist eine thailändische Frauen-Organisation, die Frauen berät und unterstützt und u.a. ein Rechtsschutzzentrum für Frauen eingerichtet hat.

„Friends of Women“ sucht Kontakt zu ausländischen Gruppen, um Erfahrungen über ihre Arbeit auszutauschen.

Kontaktadresse:

Friends of Women
98/4 Tanon Phra-arthit
Pharanakorn,
Bangkok 10 200, Thailand

„Friends of Women“ bittet um finanzielle Unterstützung für Pratuang Saisingh, die mit schweren Verletzungen im Krankenhaus liegt. Ihr früherer Ehemann überschüttete ihr Gesicht mit Säure, nachdem sie sich getrennt hatten. Vorher war sie drei Jahre lang von ihm gequält und geschlagen worden, hatte mit schwerster körperlicher Arbeit für ihr eigenes Auskommen sorgen müssen und deshalb zwei Schwangerschaftsabbrüche gehabt. Die Inhaftierung ihres Mannes kann für Pratuang kein Trost sein, denn ihre schweren Gesichtswunden wird sie wahrscheinlich lebenslang behalten, die Krankenhauskosten kann sie nicht bezahlen und für die Zukunft hat sie weder Arbeit noch finanzielle Unterstützung. „Friends of Women“ betreut Pratuang und braucht deshalb Eure Knete.

Überweisungen an:

Friends of Women
Account No. 030-215532-3
Siam Commercial Bank, Rajadamnern
Klang Branch Bangkok
(bei allen guten Banken und Sparkassen)

— hh —

★ ★ ★ ★ ★

Wer steckt hinter klartext?

Die Bonner Regierungen!
Seit zehn Jahren sorgen sie dafür, daß uns die Leser nicht ausgehen.

klar^{text} 12

Arbeitslosenzeitung 3. Jahrgang Dezember 1986

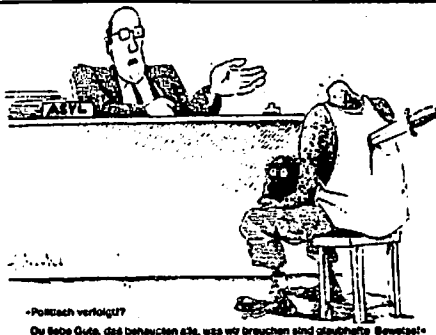
Arbeitslosenzeitung
Überregional - Unabhängig
Parteiisch

Probeheft gegen 80 Pfennig
in Briefmarken an

klar^{text} 1

Arbeitslosenzeitung 1. Jahrgang 1.000 1987

Solmsstr. 1a, 6 Frankfurt 90



Neue Abschiebungen in den Libanon stehen bevor

Aufgrund einer Verständigung zwischen den Innenministern der Bundesländer ist aus CDU-regierten Bundesländern mit neuen Abschiebungen von Palästinensern und Libanesen zu rechnen. Der Libanon gilt den Herren als ein Land, in das ein Asylsuchender ohne „Gefahr für Leib und Leben“ abgeschoben werden kann. Eine Verhöhnung der Flüchtlinge angesichts der derzeitigen Lage im Libanon. Für eine(n) abgeschobene(n) Palästinenser(in) wird bereits der Weg vom Flughafen Beirut in die Stadt zu einem Spießbratenlauf durch die Straßensperren werden.

In Baden-Württemberg ist jetzt einem Libanesen nach Ablehnung des Asylantrags direkt die Aufforderung zur freiwilligen Ausreise zugestellt worden. Eine bisher übliche Duldung aus humanitären Gründen ist gar nicht erst erteilt worden. Hat der sich bis Ende März selbst kein Flugticket gekauft, zahlt der Bund den Hinflug in den „friedlichen“ Libanon mit der „never-come-back“ Airline und sorgt für polizeiliche Reisebegleitung zum Flughafen. Ebenso ist denkbar, daß er schon vorher von der Ausländerbehörde nach Frankfurt verschleppt wird, um dort bis zum Ablauf der Frist inhaftiert zu werden.

Außerdem wurde in Freiburg mehreren palästinensischen Familien die Abschiebung angekündigt. Der Ausweisungsgrund ist wie immer: „Beeinträchtigung der Belange der BRD“.

Das Innenministerium in Baden-Württemberg und die Ausländerbehörden müssen sich fragen lassen: Warum werden diese Leute nicht bereits in der BRD erschossen, dann spart man sich die Flugkosten? Die Herren wollen sich offenbar nicht selbst die Hände dreckig machen, solange ihnen die schiitischen Scharfschützen vor den palästinensischen Flüchtlingslagern die Arbeit abnehmen.

Einem Pfarrer in Lahr, der einer von Abschiebung bedrohten Ausländerin in der Kirchengemeinde Schutz gewährte, wurde ein Strafverfahren wegen Strafvereitelung angekündigt.

Die geplanten Abschiebungen müssen verhindert werden! Schreibt Protestbriefe an den Innenminister v. Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart, und die Ausländerbehörde der Stadt Freiburg, Basler Str. 2. 7800 Freiburg.

— hh —

Verdiente Kreuze

Nur wenige Länder kommen ohne Medaillen und Orden aus. Die Bundesrepublik gehört nicht dazu. Sie verleiht an verdiente Bürger das Bundesverdienstkreuz. Seit neuestem kann sich Herr Volker Stoltz, seines Zeichens Geschäftsführer des Namibia Information Office, Bonn, damit schmücken. Verdient hat er es: „für seine Beiträge zur Förderung der deutsch-namibischen Verständigung“.

So weit, so schlecht: Volker Stoltz verständigt die Völker mit Hilfe eines Informationsinstitutes, das sich aus dem namibischen Haushalt finanziert, d.h. die namibische Übergangsregierung vertritt. Diese wiederum ist von Südafrika eingesetzt, welches bekanntermaßen Namibia völkerrechtswidrig besetzt hat. Kein Staat der Welt, nicht einmal die BRD — und das will etwas heißen — hat die jetzige Übergangsregierung anerkannt. Insofern ist die Verleihung eines Bundesverdienstkreuzes an Herrn Volker Stoltz ein Skandal, kommt er doch einer Anerkennung der Unterstützung von Apartheid und Kolonialismus gleich. Daher fordert die Anti-Apartheid Bewegung im Namen ihrer Geschäftsstelle den Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker auf, Herrn Stoltz das Bundesverdienstkreuz wieder abzuerkennen.

Dieser Aufforderung schließen wir uns an, allerdings geben wir zu bedenken:

1. Praxis der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Südafrika und seinen Satelliten in Namibia ist ein Gemisch aus öffentlichkeitswirksamen Sanktionen und Verlautbarungen, unterfüttert allerdings mit kräftiger politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hilfe an die Apartheidsregierung Südafrikas. In eine solche Politik reiht sich die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Volker Stoltz nur logisch ein und ist als solche kein Skandal: die Politik ist es, die solches ermöglicht.

2. Bisher hat noch jeder Dunkelmann, der hier verdient, „sich auch verdient gemacht“: nämlich um das Bundesverdienstkreuz. Da befindet sich Herr Stoltz nur in guter, eben schlechter Gesellschaft.

3. Sollte sich in dieser Gesellschaft ein ehrbares Wesen befinden, wäre es da nicht angebracht, dieses aufzufordern, angesichts seiner Mitträger das Bundesverdienstkreuz dem Herrn Bundespräsidenten hinterher zu werfen?

Schließlich: wer will schon verdient gemacht werden um ein Land, das an hervorragender Stelle steht in der Unterdrückung und Ausbeutung der Dritten Welt.

— Hal —

★ ★ ★ ★ ★

Kurz belichtet

Europaparlament: Schluß mit den Massakern

Das Europäische Parlament (EP) verabschiedete am 11. Dezember 1986 eine Resolution zur Lage der Palästinenser im Libanon

A. Das EP ist zutiefst erschreckt von den entsetzlichen Massakern an den Bewohnern der palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon und in mehreren libanesischen Dörfern. Die Massaker wurden mit Hilfe der israelischen Armee von schiitischen Amal-Milizen und Spezialeinheiten der syrischen Streitkräfte durchgeführt.

B. Das EP nimmt zur Kenntnis, daß seit Beginn dieses neuen Konfliktes viele hundert Palästinenser getötet oder verwundet wurden.

C. Das EP stellt fest, daß es im Nahen Osten keinen gerechten und dauerhaften Frieden geben kann, solange es keine ausgehandelte politische Lösung gibt und

zwar auf Grundlage der Anerkennung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, insbesondere seines Rechts auf Selbstbestimmung und auf Errichtung eines freien und unabhängigen Staates, bei gleichzeitiger Garantie für die Sicherheit der anderen Länder in der Region, einschließlich Israels.

D. Das EP verurteilt — mit Blick auf die vor kurzem abgehaltene Sitzung des Rates der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Tunis —

1. die furchtbaren Angriffe auf das palästinensische Volk in den Flüchtlingslagern und Dörfern im Libanon;

2. das EP bringt seine Solidarität mit den Familien der Opfer und mit dem gesamten palästinensischen Volk zum Ausdruck;

3. das EP fordert den Rat und die Außenministerkonferenz der Europäischen Gemeinschaft auf, effektiv und ohne Verzögerung zu handeln mit dem Ziel, sicherzustellen, daß die beteiligten Parteien diese neue Eskalation der Gewalt und des Mordes beenden, daß die Sicherheit der Zivil-

bevölkerung und der Flüchtlinge gewährleistet wird und daß Verhandlungen eingeleitet werden mit der Absicht, einen politischen Prozeß in Gang zu setzen, der zu einer Lösung der Libanon- und der Nahostkrise führen muß; das EP bedauert, daß der Europarat nicht in diesem Sinne Position bezogen hat;

4. das EP fordert die Kommission auf, der betroffenen Bevölkerung soviel materielle und humanitäre Hilfe wie möglich zur Verfügung zu stellen;

5. das EP beauftragt seinen Präsidenten, diese Resolution dem Europarat, der Außenministerkonferenz der EG, den Regierungen der Mitgliedsstaaten und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen vorzulegen.

Diese Resolution wurde am 11. 12. 1986 vom Europaparlament angenommen.

★ ★ ★ ★ ★

Ein Buch für Euch — Ein Abo für uns!

Ich habe ein neues Abo der »blätter des iz3w« vermittelt

Vorname

Name

Straße

Postleitzahl, Ort, Nr. des Zustellpostamtes

und mich für die Prämie Nr. ☐ entschieden.

Datum Unterschrift

Ich bin die neue Abonnentin/der neue Abonnent für ein Abo zum ☐ Normalpreis von 40,—

☐ ermäßigten Preis 30,—
(nur für einkommensschwache Leute)

Name, Vorname

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort, Nr. des Zustellpostamtes

Das Abo soll ☐ befristet auf ein Jahr
☐ unbefristet, immer zum Jahresende kündbar sein.

Eure Prämie kommt, so Post will, gleich nach Bezahlung der ersten Rechnung.

Mir ist bekannt, daß ich innerhalb von zwei Wochen ohne Angaben von Gründen meine Abo-Bestellung rückgängig machen kann.

Datum

Unterschrift

Für die Vermittlung eines neuen Jahres-Abos lassen wir uns nicht lumpen: Ein neues Abo für uns —

Ein Buch für Euch! Eines dieser drei Bücher winkt als Prämie. Und dann noch

achtmal pro Jahr Informa-

tion, Analysen, Hinter-

grundberichte

über den

Stand

der

Dinge.

Energie



2.

Gute Argumente:
Energie
Für eine Neue
Energiepolitik
der Kommunen

1.

Die Militarisierung
des Pazifik



3.

Mangel und Verschwendung
Energieprobleme
im Nord-Süd-
Konflikt



Coupon abtrennen und einsenden an: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Neuerscheinungen

Pueblo-Keramik, Deutscher Volkshochschulen-Verband e.V. (Hrsg.), Materialien 26, 251 S.

Alltag der Apartheid, Bilder aus Südafrika, Pahl-Rugenstein, Köln 1987, 144 S., DM 32,-

Türkei — Staat und Gesellschaft, Ron Ayres et al., internationale sozialistische Publikationen, isp-Verlag, Frankfurt/M. 1987, 204 S., DM 19,80

Wir wollen frei und Kurden sein, Ismail Besicki, Brief an die UNESCO, internationale sozialistische publikationen, isp-Verlag, Frankfurt/M., 124 S., DM 14,80

„Arab Americans“ in Nordamerika, Friedhelm Ernst, eine Literaturstudie zur Geschichte und zu gegenwärtigen Strukturen und Problemen arabischer Einwanderungs-communities, Ethnizität und Gesellschaft, Occasional Papers Nr. 3, Verlag das Arabische Buch, Berlin 1986, 136 S., DM 36,-

Die Investitionsgüterindustrie: Ein Wachstumsmotor für die Dritte Welt? Rigmor Osterkamp, Studien zur Entwicklungsforschung, Band 16, IFO-Institut für Wirtschaftsförderung, München 1986, 199 S., DM 54,-

Naturzerstörung in Entwicklungsländern durch Wald- und Weidebrände, A. Razafiamhefa, Afrika Studien, Band 111, Ifo-Institut für Wirtschaftsförderung, München 1986, 196 S., DM 54,-

Bis die Gottlosen vernichtet sind, Anja Malanowski und Marianne Stern (Hrsg.), der Golfkrieg zwischen dem Iran und Irak, Rowohlt Taschenbuch Verlag (rororo aktuell 12133), Reinbeck bei Hamburg 1987, 185 S., DM 9,80

Mandelas zornige Erben, Ruth Weiss / Hannelore Oetserle (Hrsg.), Kampf um die Macht in Südafrika, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1987, 198 S.

„Gesetzliche Regelungen zur Kriegswaffenkontrolle“, Arbeitshilfe zum Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) und dem Änderungsentwurf der SPD, von Martin Herndlhofer, 36 Seiten DIN A 4, DM 3,50

Frauen in El Salvador, Frauengruppe El Salvador (Hrsg.), Frauen im Kampf gegen Krieg und Repression, Maria Carranza, Belthe Str. 40, 7400 Tübingen, 64 S., DM 4,-

Kampagnen-Info „Peru“, Arbeitshilfe zur Fastenaktion '87, 8. Seiten DIN A 4, DM 1,20, ab 10 Exemplaren DM 1,-

Beide Arbeitshilfen, Herausgeber und Bestelladresse: Pax-Christi-Bewegung, Deutsches Sekretariat, Windmühlenstr. 2, 6000 Frankfurt 1, Tel. 069/23 33 07

Sieben Versuche, die peruanische Wirklichkeit zu verstehen,

Jose Carlos Mariategui, Argument-Verlag, Rentzelstr. 1, 2000 Hamburg 13, 320 S., DM 32,-

Studienreise der Erwachsenenbildung in die Dritte Welt. Neue Ansätze zum interkulturellen Lernen,

Hartmut Dürste und Manfred Fenner, Institut für Internationale Begegnungen, Walramstr. 9, 5300 Bonn 2, 36 S., DM 6,-

Zeitschriftenschau

Ila-Info 102

Schwerpunktthema: Neue Wege? — Frauen in Nicaragua: Was bringt die Revolution für Nicaraguas Frauen? — Beiträge zur rechtlichen Situation der Frauen, zur Rolle der Mütterlichkeit in Ideologie und Praxis, zur Gesellschaftssicht nicaraguanischer Schriftstellerinnen, die Lebensbeschreibung der achtzigjährigen Chubelita Castro und ein Interview mit der nicaraguanischen Krankenschwester Zoraida Torres am Ende eines einjährigen BRD-Aufenthaltes. Weitere Beiträge zur Rolle Israels in Zentralamerika, zu den Amnestiegesetzen in Argentinien und Uruguay, zu Städtepartnerschaften mit Nicaragua, zum neuen Paragraphen 130a, eine Selbstdarstellung der Bayer-Koordination, ein Interview mit der costaricanischen Filmemacherin Mercedes Ramirez, sowie eine Stellungnahme der Ila-Redaktion zur Diskussion um die Kampagne Waffen für El Salvador. Bezug: Ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Ila-Info 107/88

Schwerpunktthema: Flüchtlinge — Kein gelobtes Land in Sicht: Die Beiträge möchten den Blick auf die weltweite Völkerwanderung der Armen, Unterprivilegierten und Vertriebenen lenken und plädieren für eine andere Schwerpunktsetzung in der aktuellen Asyl-Diskussion — Neben den „Thesen zur Weltflüchtlingsfrage“ von Medico International enthält der Schwerpunkt zur Flüchtlingssituation in Zentralamerika, zum Einsatz von Flüchtlingen als Billigstarbeiter und zur besonderen Diskriminierung weiblicher Flüchtlinge. Weitere Beiträge: Guatemala vor dem Besuch Richard von Weizsäckers, Hintergründe des Contra-Netzwerks in den USA, Radioaktives Molkepulver für Brasilien, Der Vatikan und die Verschuldung, drei Beiträge zur Musikszene Lateinamerikas, ein Diskussionsbeitrag zum taz-Konto „Waffen für El Salvador“, der Aufruf zum 11. BUKO in Fulda und die Rezension von Büchern zur Entwicklungspolitik nach der Wende. Bezug: Ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1, DM 3,50.

Südasiens-Info 1/87

Südasiens: SAARC-Konferenz in Indien — Sri Lanka: Kurzmeldungen, Feminismus in Sri Lanka, Teil II, The Human Rights Factor — Indien: Geboren, um zu sterben: Mähdentötung in Indien, Umwelt: Desaster an der Tagesordnung, Indiens Atomindustrie — Nepal: Die Presse in Nepal — u.a.m. Bezug: Südasiens-Info, Kiefernstr. 45, 5600 Wuppertal 2, DM 4,-

Entwicklungspolitische Korrespondenz 5/86

Themenschwerpunkt ist die industrielle Entwicklung in Indien und ihre Neubestimmung durch die derzeitige Regierung.

Das Heft enthält Beiträge zur Computer- und Rüstungsindustrie, zu Indiens Rolle als Entwicklungshilfe-Geber sowie zur Bedeutung der indischen Privatindustrie.

Letztere wird an zwei indischen „Multis“, den Bir-las und Tatas aufgezeigt. Die sozialen Auswirkungen der „Neuen Wirtschaftspolitik“ sind ein weiterer Schwerpunkt. Außerdem enthält die Ausgabe einen ausführlichen Informationsteil zu den einzelnen Bundesstaaten und Unionsterritorien.

Bezug: Entwicklungspolitische Korrespondenz, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20, Preis: DM 4,- (EPK-Jahresabonnement: 5 Hefte für DM 22,- inkl. Porto)

Ika 29

Die Einheit der Multis und die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung — Korea: „Die harte Zeit werde ich überstehen“ — Bericht eines koreanischen Arbeiters, Theaterstück der Koreanischen Frauengruppe Berlin-West, die Methoden der Firma Adler — Aufruf zur Solidarität — Eisenbahner aus Ghana erzählen die Geschichte ihres gewerkschaftlichen Kampfes — Die Radiosender der Minengewerkschaften in Bolivien — Romanauszug aus Nestor Taboada Teran: Der Preis des Zinns — Theaterstück und Comic von Kleinbauern aus Bolivien, Rezensionen, Materialien. Bezug: Ika, Schwarzgasse 16, 6200 Wiesbaden-Bierstadt

epd-Entwicklungspolitik 4/87

Können Bio- und Gentechnologie den Hunger in den Entwicklungsländern verringern? — Tausenden von iranischen Flüchtlingen in der Türkei droht die Abschiebung in den Iran — Raketen und Aufrüstung in Nahost — Infos: Weizenlobby in den USA — Auslandsschulden werden zu Investitionskapital, ein problematischer Weg. Bezug: epd, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17, DM 3,50

epd-Entwicklungspolitik 3/87

Chinas Rüstungsexport — Evangelikale blind für die Unterdrückung in Südafrika — Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung — Infos: Weltbank fördert weiter umstrittenes Projekt in Brasilien, Weltbank gründet Risikoversicherung für Investoren, in Brasilien blüht schweizer Asbestproduktion — Dokumentation: Vatikanodokument zur Verschuldungskrise, Bezug: epd, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt/M. 17, DM 3,50

epd-Entwicklungspolitik 2/87

Neue Konzernstrategien und Dritte Welt — Trends im Agrobusiness — Von der Aktion zur Bildungsarbeit — Die Ausbreiter: Über Kinderbücher aus Brasilien — Bangladesch als Versuchskaninchen für Cholera-mittel — Entwicklungsländer schicken radioaktive Lebensmittel nach Europa zurück, Bezug: epd, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt/M. 17

Lateinamerika Nachrichten 155

Guatemala: Auch zehn Monate nach Amtsantritt von Präsident Cerezo keine Demokratisierung in Sicht, weiterhin Massaker und Übergriffe des Militärs, Gesprächsbereitschaft der Guerilla nicht erwidert — Nicaragua: Rolle der „ständigen Menschenrechtskommission - CPDM“ im Propagandakrieg gegen die Sandinistische Regierung, wie hat sich das ursprüngliche Brigadekonzept unter dem Druck der politischen Ereignisse verändert? — Argentinien: Adolfo Perez Esquivel zum „Schlußpunktgesetz“, das die Verfolgung der von den Militärs begangenen Verbrechen beendet — Weitere Artikel über Kolumbien, Brasilien und Chile.

Lateinamerika Nachrichten 156

Chile: Mißglücktes Attentat, Papstbesuch, zerstrittene Opposition — Pinochets Stellung scheint stärker denn je, Dokumentation: ehemalige Offiziere der Militärregierung analysieren die personellen und organisatorischen Veränderungen innerhalb der Junta — Argentinien/Uruguay: Die Mörder der Zeit der Diktatur sollen bereits verabschiedeten Amnestiegesetzen straffrei ausgehen — Solidarität: Weiterhin Waffen für El Salvador? — Weitere Artikel über Brasilien und Trinidad & Tobago Bezug: Lateinamerika-Nachrichten, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Mittelamerikamagazin 59

Schwerpunktmäßig befaßt sich das neueste Heft in einem Interview mit dem Generalsekretär der TU „Simon Bolivar“ in Managua Julio Maltéz mit den Ausbildungsmöglichkeiten, den Problemen von Forschung und Lehre an der TU, dem Austausch von Wissenschaftlern, den Möglichkeiten und Chancen angepaßter Technologien und Technologiefolgeerscheinungen wie Umweltverschmutzung in Nicaragua. Desweiteren werden die Auslandsschulden Costa Ricas, die Menschenrechtslage und ein Archiv für verdächtige Personen in Guatemala, der Kampf der „Pascual-Kooperative gegen die ökonomische Krise in Mexiko, die geheimen Kontakte zwischen dem CIA und der antisandinistischen Contra und die wachsenden Unabhängigkeitsbestrebungen des an die USA assoziierten Inselstaates Puerto Rico untersucht. Bezug: Mittelamerika Magazin, Schweißelstr. 6, 2300 Kiel 1

Tagungshinweise

Seminare der Bildungsstätte für gewaltfreie Aktion „Kurve“:

— Die Kraft der Gewaltlosigkeit im Befreiungskampf auf den Philippinen, 27.-29. März
— Der Pazifik — Militarisation und Widerstand im Südsceeraum, 26.-28. Juni
Info und Anmeldung:
„Kurve“, Kirchstr. 14,
3135 Wustrow

Seminare des DGB-Bildungswerkes:

27.-28. 6. 1987: Deutsche Investitionen in der Dritten Welt
26.-27. 9. 1987: Tourismus in die Dritte Welt
7.-8. 11. 1987: Gewerkschaften und Arbeiterbewegungen in nationalen Befreiungs- und Demokratisierungsprozessen.
Alle Seminare beginnen jeweils am Samstag um 14 Uhr und enden am Sonntag gegen 14 Uhr.
Ort: 7314 Wernau
Info und Anmeldung:
DGB-Bildungswerk, Willi-Bleicher-Str. 20,
7 Stuttgart 1

„Armut — Asylanter — Auslandsverschul-
dung“. Unser Verhältnis zur Dritten Welt, vom
11.-15. Mai in Köln
Info und Anmeldung:
Ökobilungswerke, Herwathstr. 22, 5 Köln 1

**Die EG-Agrarpolitik unter dem Druck interna-
tionaler Handelskonflikte vom 10.-12. April in
Waldenburg.**
Info und Anmeldung:
Ländliche Heimvolkshochschule,
7112 Waldenburg — Hohebach

**Pestizideinsatz bei uns und in der Dritten
Welt, vom 10.-12. April in Hannover.**
Info und Anmeldung:
Pestizid Aktions Netzwerk,
Nernstweg 32, 2 Hamburg 50

Sowjetunion und Dritte Welt, 3.-5. 4. 87.
Info und Anmeldung:
BUKO, Nernstweg 32-34, 2 Hamburg 50

Frau als Ware, vom 24.-26. April in Hamburg.
Info und Anmeldung:
Verband der Initiativgruppen in der Aus-
länderarbeit, Theaterstr. 10, 5300 Bonn 1

**Treffen der Arbeitsgemeinschaft sozialpoliti-
scher Arbeitskreise**
— 27.-29. 3. in Berlin: Treffen der alternativen
Mietervereine
— 27.-29. 3. in Fronhausen: Treffen des AK
Beistig Behinderte
Kontakt:
AG SPAK, Kistlerstr. 1, 8 München 90

**21. Bundeskongreß sozio-kultureller Zentren
vom 12.-14 Juni in Hannover.**
Info:
BI Raschplatz e.V.,
Lister Meile 4, 3 Hannover 1

**Die Milupa-Kampagne, vom 8.-10. Mai in
Göttingen.**

Info und Anmeldung:
Aktionsgruppe Babynahrung,
Kurze Str. 6, 3400 Göttingen

Seminare des Jugendhofs Vlotho:

— Drei Welten oder eine? 11.-16. 4.
— Ausländische und deutsche Frauen, 8.-10. 5.
— Politik, Gesellschaft und Erziehung im
Mittelmeerraum, 1.-5. 6.
Info und Anmeldung:
Jugendhof Vlotho,
Oeynhausener Str. 1, 4973 Vlotho

**Seminare der Evangelischen Akademie Bad
Boll:**

— Die Rolle der Frau im Buddhismus und im
Christentum, 3.-5. 4.
— Muß die Grüne Revolution neu beurteilt
werden? 10.-12. 6.
Info und Anmeldung:
Ev. Akademie, 7325 Bad Boll

GEHEIM

GEHEIM ist neu. GEHEIM erscheint
drei- bis viermal im Jahr.
GEHEIM enthüllt Verfassungsschutz-
schnüffeleien und CIA-Agenten.
GEHEIM entlarvt Polizeiwilkkür und
Putschversuche.

GEHEIM ist nicht geheim, sondern un-
bequem. Gerade deshalb schrieb
GEHEIM über:

- + die neuen Polizeigesetze und V-
Leute
 - + CIA-Beeinflussung der Medien
 - + "Anti-Terror-Maßnahmen" in
Hamburg
 - + die Zusammenarbeit zwischen CIA
und bundesdeutschen Geheimdien-
sten
 - + geheime CIA-Pläne gegen Spanien,
Nicaragua oder Kuba
 - + Anwerbungsversuche des Verfas-
sungsschutzes
 - + CIA in der Bundesrepublik
- und vieles mehr

GEHEIM-Autoren sind Journalisten,
ehemalige CIA-Agenten und Betroffe-
ne.

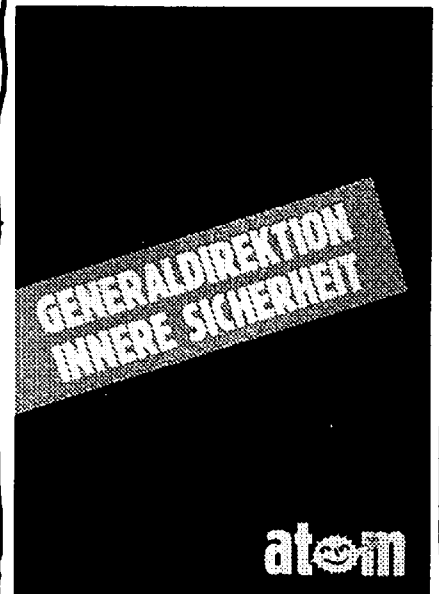
Und GEHEIM braucht Unterstützung,
damit nichts mehr geheim bleibt.
Daher braucht GEHEIM Abonnenten,
Spenden und journalistische Mit-
arbeiter !

Ein GEHEIM-Abo kostet:
++ 45 DM als Normal-Abo
++ 65 DM als Organisations-Abo
++ 90 DM (mind.) Förderer-Abo

Wer GEHEIM erstmalig kennenler-
nen möchte, der schicke DM 7,50
als Verrechnungsscheck oder in
Briefmarken (Stichwort: Probe-
exemplar) an:
GEHEIM, Lütticher Str. 14
5000 Köln 1 - Tel.: (0221) 513751

Atom Express & Atomnützlichkeit
atom

Dokumentation zur neuen Gesetzeslage



Aus dem Inhalt:

- Einschätzungsartikel der »atom«
- Teil A: §129a und §130a
Gesetze u. Begründung im Wortlaut
Stellungnahme der Bundesanwaltschaft
Verfassungsschützer Lochte, Hamburg
Stellungnahmen der Strafverteidiger
Die Sicherheitsideologie Stümpers
Geschichte der Gesinnungsjustiz
- Teil B: Gesetzespaket vom 28.2.86
Einleitung/Zusammenfassung
Staatssicherheit aus einem Guß
Schleppnetzfangung
Rasterfangung
Regelungen zum Einsatz von V-Leuten
Zugriff auf die Super-Datel ZEVIS
Die Bedeutung der Volkszählung
- Adressen, Ermittlungsausschüsse

Die Dokumentation hat einen Umfang von 52
Seiten A 4 und kostet 4.-DM. Wiederverkäu-
fer ab 5 Stck. für 3.-DM.

Bestellungen an:
Göttinger AK gegen Atomenergie
»atom«, Postfach 1945 in 34 Göttingen. Tel.
0551-7700158 oder:
Günter Garbers, Posener Str.22 in
2121 Reppenstedt.

ZEITSCHRIFT IM GESUNDHEITSWESEN

Dr. med. Mabuse

- versteht sich als Diskussionsforum der Linken und Alternativen im Gesundheitswesen;
- bringt in der neuen Nummer Verwaiste Eltern — Totgeborene Kinder / Arzt im Praktikum (AiP) / Gesundheitstag Kassel / Krankenpflege-Fortbildungstagung / Euthanasie-Prozeß / Landeswohlfahrtsverband Hessen / Humangenetik / Kriegsversehrte müssen Kriegsvorbereitungen weichen / Krankenpflege im Faschismus
- hat einen umfangreichen Kleinanzeigen- und Stellenmarkt;
- freut sich über Mitarbeit;
- gibt's 6mal pro Jahr für je 4,50 DM in allen besseren Buchläden, im Handverkauf und für nur 25 DM im Jahresabonnement.
- Kostenloses Probeheft gefällig?



Dr. med.
Mabuse Zeitschrift im
Gesundheitswesen
Mainzer Landstraße 147
6000 Frankfurt am Main 1

»Macht die Bücher billiger« (Tucholsky)



ISBN 3-925499-11-3

Nachtschatten im weißen Land
Grundlagen und Kritik der Naturheilkunde und der alternativen Heilmethoden. Hrsg. von Manfred Brinkmann und Michael Franz mit Beiträgen vom Gesundheitstag 1981. 256 Seiten, statt bisher 24,— DM nur 8,50 DM



Medizin und Nationalsozialismus:
Baader, Dörner, Huebschmann, Kudlien, Leibfried, Roth, Schwarberg u.a., 256 S., 3. Auflage 15 DM
ISBN 3-925499-21-0



Gesundheit 2000
Hrsg. vom Regionalbüro für Europa der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Um eine Krise abzuwenden, fordert die WHO in ihrer Regionalstrategie »Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000« eine grundlegende Umorientierung: 200 S., zahlr. Abb., Tab. u. Schaubilder, 24,80 DM
ISBN 3-925499-17-2



ISBN 3-925499-15-6

Für mich das Beste
Therapiepläne aus drei Generationen. Ernsthaftes und Kurioses aus dem Deutschen Ärzteblatt, Hexengeflüster von der Kräutergruppe des Berliner Gesundheitslagers. Von Heidehals bis Knollp. 416 Seiten, Großformat statt 36,— DM nur 10,— DM



ISBN 3-925499-09-1

Erfassung zur Vernichtung
Von der Sozialhygiene zum »Gesetz über Sterbehilfe«, hrsg. von Karl Heinz Roth, »Kostendämpfung« und »Sozialabbau« in der Nachfolge faschistischer Sozialhygieniker. 200 S., Abb. u. Dokumente, statt 20,80 nur 12,— DM



Gesundsein 2000
Ein nationaler Plan Projektgruppe im Auftrag der GRÜNEN im Bundestag. Die Fraktion der Grünen im Bundestag stellt die Übertragung der Regionalstrategie der WHO auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik vor. 80 S., 7,80 DM
ISBN 3-925499-19-0



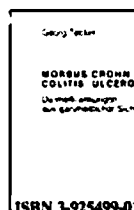
ISBN 3-925499-10-3

Zwischen zwei Kulturen
Was macht Ausländer krank? Hrsg. von H. Kestonich, P. Roeg und K.H. Wehkamp. 184 Seiten. Eine Bestandaufnahme der Situation von Ausländern in der Medizin in der Bundesrepublik Deutschland. Statt bisher 19,80 DM nur 9,80 DM



ISBN 3-925499-20-2

Krankpflege im Nationalsozialismus
Dieses Buch arbeitet die Geschichte des Pflegeberufes im 3. Reich auf. Mit Dokumenten, Interviews, einer Zeittafel einer umfangreichen Liste der Quellen- und Sekundärliteratur sowie vielen Fotos. 160 Seiten. 15 DM



ISBN 3-925499-01-6

Morbus Crohn — Colitis Ulcerosa. Darmerkrankungen aus ganzheitlicher Sicht. G. Teckler, Diplom-Psychologe und selbst betroffen, gibt in diesem Buch einen Überblick über den derzeitigen Stand von schulmed. Ursachenforschung und Therapie. Ihnen stellt er weiterführende ganzheitliche Ansätze gegenüber. 160 Seiten, 15,— DM

Ich bestelle

Nachtschatten im weißen Land
Zwischen zwei Kulturen
Erfassung zur Vernichtung
Morbus Crohn — Colitis Ulcerosa
Krankpflege im Nationalsozialismus
Für mich nur das Beste
Gesundheit 2000 (WIE GRÜNEN)
Gesundsein 2000 (DIE GRÜNEN)
Medizin und Nationalsozialismus
Bitte schickt mir ein kostenloses Probeheft

bitte ankreuzen

8,50 DM ☐ Ich lege einen Verechnungsscheck über _____ DM bei
9,80 DM ☐ Schickt mir eine Rechnung!
12,00 DM ☐ **Absender**
15,00 DM ☐ Name: _____ Vorname: _____
15,00 DM ☐ Straße: _____ PLZ/Ort: _____
10,00 DM ☐ Datum und Unterschrift: _____
24,80 DM ☐ Preise zuzüglich 1,50 DM Porto pro Band, ab 50 DM portofrei.
7,80 DM ☐ Coupon ausschneiden und einsenden.
0,00 DM ☐